

# Parlamentsrecht und Parlamentspraxis

in der Bundesrepublik Deutschland

Ein Handbuch

herausgegeben von

Hans-Peter Schneider und Wolfgang Zeh



Walter de Gruyter · Berlin · New York 1989

18773788



*CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek*

**Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik  
Deutschland** : ein Handbuch / hrsg. von Hans-Peter Schneider  
u. Wolfgang Zeh. — Berlin ; New York : de Gruyter, 1989  
ISBN 3-11-011077-6  
NE: Schneider, Hans-Peter [Hrsg.]

© Copyright 1989 by Walter de Gruyter & Co., Berlin 30.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Schutzumschlag Entwurf: Thomas Beaufort, Hamburg

Satz und Druck: Saladruck, Berlin 36. — Bindearbeiten: Lüderitz & Bauer GmbH, Berlin 61

Printed in Germany

JK89/15658

## Inhaltsverzeichnis

Geleitwort .....	V
Vorwort .....	VII
Die Autoren .....	XIII

### Erster Teil. Entstehung und Entwicklung des Parlamentarismus in Deutschland

§1 Hoftag und Reichstag von den Anfängen im Mittelalter bis 1806 (PETER MORAW) .....	3
§2 Volksvertretungen im monarchischen Konstitutionalismus (1814–1918) (JÖRG-DETLEF KÜHNE) .....	49
§3 Wandlungen des Parlamentarismus: Von Weimar nach Bonn (KLAUS VON BEYME) .....	101

### Zweiter Teil. Grundlagen der parlamentarischen Demokratie

§4 Die Stellung der Parlamente in der Verfassungsordnung des Grund- gesetzes (HANS MEYER) .....	117
§5 Repräsentation, Mehrheitsprinzip und Minderheitenschutz (HASO HOFMANN / HORST DREIER) .....	165
§6 Parlament und Parteien (DIETER GRIMM) .....	199
§7 Parlament und organisierte Interessen (RUDOLF STEINBERG) .....	217
§8 Parlament, Öffentlichkeit und Medien (STEN MARTENSON) .....	261

### Dritter Teil. Das Parlamentsrecht in Geschichte und Gegenwart

§9 Geschäftsordnungen deutscher Volksvertretungen (GERALD KRETSCHMER) .....	291
§10 Schichten des Parlamentsrechts: Verfassung, Gesetze und Geschäfts- ordnung (JOST PIETZCKER) .....	333
§11 Parlamentsbrauch, Gewohnheitsrecht, Observanz (HELMUTH SCHULZE-FIELTZ) .....	359

## Vierter Teil. Der Deutsche Bundestag und seine Mitglieder

### I. Die Bundestagswahl und ihre Auswirkungen

§ 12 Wahlkampf, Wahlrecht und Wahlverfahren (WOLFGANG SCHREIBER) . . . . .	401
§ 13 Wahlprüfung (GERALD KRETSCHMER) . . . . .	441
§ 14 Beginn und Ende der Wahlperiode, Erwerb und Verlust des Mandats (LUDGER-ANSELM VERSTEYL) . . . . .	467

### II. Rechte und Pflichten der Abgeordneten

§ 15 Die Stellung des Abgeordneten nach dem Grundgesetz und den Abgeordnetengesetzen in Bund und Ländern (PETER BADURA) . . . . .	489
§ 16 Entschädigung und Amtsausstattung (HANS HERBERT VON ARNIM) . . . . .	523
§ 17 Indemnität und Immunität (HANS HUGO KLEIN) . . . . .	555
§ 18 Geschäftsordnungsrechtliche Befugnisse des Abgeordneten (HERMANN-JOSEF SCHREINER) . . . . .	593
§ 19 Verhaltensregeln (HANS-ACHIM ROLL) . . . . .	607
§ 20 Geheimschutz im Bundestag (GERHARD JAHN / DIETER ENGELS) . . . . .	619
§ 21 Fraktion und Abgeordneter (CLAUS ARNDT) . . . . .	643
§ 22 Abgeordneter und Fraktion (HILDEGARD HAMM-BRÜCHER) . . . . .	673
§ 23 Unvereinbarkeiten zwischen Bundestagsmandat und anderen Funktionen (DIMITRIS TH. TSATSOS) . . . . .	701

### III. Parlamentssoziologie

§ 24 Zusammensetzung und Sozialstruktur des Bundestages (ADALBERT HESS) . . . . .	727
--	-----

## Fünfter Teil. Gliederungen, Organe und Verfahren des Bundestages

### I. Wahlen im Bundestag

§ 25 Selbstorganisation und Ämterbesetzung (HEINHARD STEIGER) . . . . .	763
§ 26 Kreationsaufgaben und Wahlverfahren (HEINHARD STEIGER) . . . . .	773

### II. Organe der Leitung, Planung und Selbstverwaltung

§ 27 Präsident und Präsidium (JOSEPH BÜCKER) . . . . .	795
§ 28 Der Ältestenrat (HANS-ACHIM ROLL) . . . . .	809
§ 29 Die Verwaltung des Bundestages (PETER SCHINDLER) . . . . .	829

*III. Das Gesetzgebungsverfahren*

§ 30 Stationen, Entscheidungen und Beteiligte im Gesetzgebungsverfahren  
(BRUN-OTTO BRYDE) . . . . . 859

*IV. Parlamentarische Anträge*

§ 31 Die Behandlung der Anträge im Bundestag: Rechte, Formen und  
Verfahren (RUDOLF KABEL) . . . . . 883

*V. Die parlamentarische Rede*

§ 32 Theorie und Praxis der Parlamentsdebatte (WOLFGANG ZEH) . . . . . 917  
§ 33 Rederecht und Redeordnung (JOHANN CHRISTOPH BESCH) . . . . . 939  
§ 34 Das parlamentarische Ordnungsrecht (JOSEPH BÜCKER) . . . . . 941  
§ 35 Das Stenographische Protokoll (FRIEDRICH-LUDWIG KLEIN) . . . . . 975

**Sechster Teil. Der Bundestag als Forum und zentraler Ort  
der politischen Willensbildung**

*I. Das Plenum*

§ 36 Parlamentsöffentlichkeit: Transparenz und Artikulation  
(LEO KISSLER) . . . . . 993

*II. Die Fraktionen*

§ 37 Politische Bedeutung, Rechtsstellung und Verfahren der Bundestags-  
fraktion (JÜRGEN JEKEWITZ) . . . . . 1021

*III. Die Opposition*

§ 38 Verfassungsrechtliche Bedeutung und politische Praxis der parlamen-  
tarischen Opposition (HANS-PETER SCHNEIDER) . . . . . 1055

*IV. Die Ausschüsse*

§ 39 Das Ausschußsystem im Bundestag (WOLFGANG ZEH) . . . . . 1087  
§ 40 Das Ausschußverfahren nach der Geschäftsordnung und in der Praxis  
(PETER DACH) . . . . . 1103  
§ 41 Vorbereitung und Gestaltung der Ausschußarbeit durch  
die Fraktionen (MICHAEL MELZER) . . . . . 1131  
§ 42 Öffentliche Anhörungen (SUZANNE S. SCHÜTTEMAYER) . . . . . 1145

*V. Ausschüsse und Gremien mit besonderen Funktionen*

§ 43 Der Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (MANFRED SCHULTE / WOLFGANG ZEH) .....	1161
§ 44 Haushaltsausschuß und Haushaltsverfahren (PETER EICKENBOOM) ...	1183
§ 45 Der Petitionsausschuß (WOLFGANG GRAF VITZTHUM / WOLFGANG MÄRZ) .....	1221
§ 46 Untersuchungsausschüsse (MEINHARD SCHRÖDER) .....	1245
§ 47 Enquete-Kommissionen (WOLFGANG HOFFMANN-RIEM / UDO RAMCKE) .....	1261

**Siebter Teil. Das parlamentarische Regierungssystem***I. Regierungsbildung*

§ 48 Koalitionen, Kanzlerwahl und Kabinettsbildung (HANS-PETER SCHNEIDER / WOLFGANG ZEH) .....	1297
---	------

*II. Parlamentarische Kontrolle*

§ 49 Formen, Verfahren und Wirkungen der parlamentarischen Kontrolle (WINFRIED STEFFANI) .....	1325
§ 50 Parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste (CLAUS ARNDT) ..	1369
§ 51 Der Wehrbeauftragte des Bundestages (ECKART BUSCH) .....	1393

*III. Bundestag und Bundesregierung*

§ 52 Rechte des Bundestages und seiner Mitglieder gegenüber der Regierung (SIEGFRIED MAGIERA) .....	1421
§ 53 Rechte der Regierung im Bundestag (MEINHARD SCHRÖDER) .....	1447
§ 54 Parlament und Ministerialverwaltung (FRIEDRICH BISCHOFF / MICHAEL BISCHOFF) .....	1457

**Achter Teil. Das Parlament in seinen organschaftlichen Außenbeziehungen***I. Bundestag und Bundesrat*

§ 55 Gesetzgebung zwischen Parlamentarismus und Föderalismus (WOLF-RÜDIGER SCHENKE) .....	1485
§ 56 Der Bundesrat als Parlament der Länderregierungen (KONRAD REUTER) .....	1523

§ 57 Vermittlung zwischen Bundestag und Bundesrat (MAX DIETLEIN) . . . . 1565  
§ 58 Der Gemeinsame Ausschuß (RUPERT SCHICK) . . . . . 1579

*II. Wahl des Bundespräsidenten*

§ 59 Die Bundesversammlung (WOLFGANG KESSEL) . . . . . 1599

*III. Parlament und Verfassungsgerichtsbarkeit*

§ 60 Der Bundestag als Wahlorgan, Gesetzgeber und Prozeßpartei  
im Verhältnis zum Bundesverfassungsgericht (CHRISTOPH GUSY) . . . . 1619

*IV. Bundestag und zwischenstaatliche Versammlungen*

§ 61 Europarat, WEU, NATO, Europäisches Parlament  
(MICHAEL SCHWEITZER) . . . . . 1657

*V. Vertretung des Bundestages in außerparlamentarischen Gremien*

§ 62 Verwaltungs-, Aufsichts- und Mitwirkungsgremien mit parlamen-  
tarischer Beteiligung (R. PETER DACH) . . . . . 1695

**Neunter Teil. Das Parlamentsrecht in den Bundesländern**

§ 63 Entwicklung und gegenwärtige Lage des parlamentarischen Systems  
in den Ländern (MANFRED FRIEDRICH) . . . . . 1707  
§ 64 Flächenländer (HEINRICH A. GROSSE-SENDER) . . . . . 1719  
§ 65 Stadtstaaten (PETER SCHULZ) . . . . . 1743  
§ 66 Die besondere Stellung des Abgeordnetenhauses von Berlin  
(WILHELM A. KEWENIG / STEPHAN GEORG SASSENROTH) . . . . . 1761  
§ 67 Bundestag und Länderparlamente (HARTMUT KLATT) . . . . . 1777

**Zehnter Teil. Exkurs**

§ 68 Die Volkskammer der DDR: Befugnisse und Verfahren nach  
Verfassung und politischer Praxis (ECKHARD JESSE) . . . . . 1821  
§ 69 Parlamentshäuser zwischen Zweckmäßigkeit, Repräsentations-  
anspruch und Denkmalpflege (MICHAEL S. CULLEN) . . . . . 1845  
Stichwortverzeichnis . . . . . 1891

## II. Rechte und Pflichten des Abgeordneten

# § 15 Die Stellung des Abgeordneten nach dem Grundgesetz und den Abgeordnetengesetzen in Bund und Ländern

PETER BADURA

### I. Das parlamentarische Mandat

#### 1. Parlamentarismus und Abgeordnetenmandat

Der Prozeß freier politischer Meinungs- und Willensbildung des Volkes, auf dem in der Staatsform der Demokratie Herrschaftsausübung und Rechtsbildung beruhen, hat in der gewählten Volksvertretung, dem Parlament, das einzige unmittelbare Staatsorgan der Artikulation und Entscheidung.

Die durch Verfassung und Gesetz geordnete Rechtsstellung des Abgeordneten, deren Kernstück das parlamentarische Mandat ist, bildet die Garantie dafür, daß die parlamentarische Körperschaft im Zusammenspiel der staatlichen Institutionen die ihr nach dem Staatsformprinzip der Demokratie zukommende Aufgabe zu erfüllen vermag. Es ist deshalb folgerichtig, wenn das Grundgesetz die staatsrechtliche Position des Bundestages dadurch bestimmt, daß es die ausschlaggebenden Merkmale des parlamentarischen Mandats des Abgeordneten festlegt: Die Abgeordneten werden nach demokratischen Grundsätzen gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen (Art. 38 Abs. 1 GG).

Die Verhandlungen des Bundestages bestehen darin, daß die Fragen der Staatsführung, insbes. der Gesetzgebung, in Rede und Gegenrede der einzelnen Abgeordneten zu erörtern sind<sup>1</sup>. Der Abgeordnete nimmt an der Beratung und Beschlußfassung des Bundestages kraft eigener, durch die Wahl erworbener Rechtsstellung und Legitimation teil.

Die Freiheit des Mandats sichert zugleich die Eigenschaft des Wahlaktes als Erscheinungsform der Integration der Aktivbürger zum Staatsvolk, deren Interessen und Meinungen durch die Vermittlung der Wahl, der Mandatsgewinnung und -ausübung und der parlamentarischen Entscheidung in den überindividuellen Gesamtwillen des Staates eingehen<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> BVerfGE 10, 4/12.

<sup>2</sup> H. H. KLEIN Status des Abgeordneten, in: HbStR, Bd. II, 1987, § 41, S. 367/369; M. SCHRÖDER Grundlagen und Anwendungsbereich des Parlamentsrechts, 1979, S. 110 ff.



- 5** Partei- und Fraktionszugehörigkeit Diese Fähigkeit demokratischer Vermittlung und Integration, die dem parlamentarischen Mandat eignet, wie auch die praktische Mitwirkung des Abgeordneten an der Arbeit des Bundestages sind von der Parteizugehörigkeit des Abgeordneten und von seiner Mitgliedschaft in einer Fraktion abhängig. „Sinnvolle Lösungen von Gesetzgebungsaufgaben können nur in der Gemeinschaft politisch gleichgesinnter, nach Fraktionen formierter und nach Fach- und Sachwissen differenzierter Parlamentsmitglieder gefunden werden“<sup>3</sup>. Das Grundgesetz statuiert und garantiert die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Abgeordnetenmandats, ignoriert aber nicht, daß die politische Willensbildung unter maßgeblicher Mitwirkung der Parteien erfolgt (Art. 21 GG).
- 6** Parlamentarische Repräsentation und demokratisches Prinzip Die parlamentarische Repräsentation, die sich in der Volksvertretung durch die Abgeordneten verwirklicht, gewährleistet die institutionelle und damit rechtlich geordnete und politisch effektive Wirksamkeit des demokratischen Prinzips. Nicht der einzelne Abgeordnete, sondern das Parlament „als Ganzes“, d. h. die Gesamtheit der Parlamentsmitglieder, übt die vom Volk ausgehende Staatsgewalt aus<sup>4</sup>. Daraus folgt, daß die Mitwirkung des Abgeordneten an der Beratung und Beschlußfassung ein aus dem Mandat abzuleitendes Recht ist, daß aber dieses Recht den Ausübungsschranken unterworfen ist, die sich aus der parlamentsrechtlichen Ordnung der Verhandlungen ergeben.
- 7** Veränderung des Parlamentarismus und des parlamentarischen Mandats Die demokratische Vollendung der Volksfreiheit durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts und die sozialstaatliche Entgrenzung der Gesetzgebungsaufgaben haben den Parlamentarismus und mit diesem die Bedeutung des parlamentarischen Mandats verändert. Nach dem durch GERHARD LEIBHOLZ inspirierten Entwicklungsschema<sup>5</sup> wird dieser Vorgang als Wandlung von der liberalen parlamentarisch-repräsentativen Demokratie zu einer mehr radikal-egalitären parteienstaatlichen Demokratie charakterisiert<sup>6</sup>. Verfassungsrechtliche Konsequenzen sind daraus in erster Linie für die Rechtfertigung und Ausgestaltung der Diäten (Art. 48 Abs. 3 GG) gezogen worden<sup>7</sup>. Der Auffassung, daß die in Art. 21 GG verfassungsrechtlich sanktionierte Entwicklung zur parteienstaatlichen Demokratie zu einer Aufhebung des selbständigen (repräsentativen) Status des Abgeordneten geführt habe, ist das Bundesverfassungsgericht entgegengetreten<sup>8</sup>. Es ist demnach verfassungsrechtlich nicht stichhaltig, die Garantie des freien parlamentarischen Mandats (Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG) als Grundlage der Unabhängigkeit des Abgeordneten mit Argumenten zu beschneiden, die sich auf vermeintliche Konsequenzen oder „Sachzwänge“ des Parteienstaates stützen.

<sup>3</sup> CL. ARNDT Der Bundestagsabgeordnete als Ausschußmitglied, ZfP 1984, 523/525.

<sup>4</sup> BVerfGE 56, 396/405.

<sup>5</sup> G. LEIBHOLZ Strukturprobleme der modernen Demokratie, 3. Aufl. 1967, bes. S. 78 ff.

<sup>6</sup> BVerfGE 1, 208/223 ff; 32, 157. — H.-P. SCHNEIDER Das parlamentarische System, HbVerfR, 1983, S. 239/253; P. BADURA Die parlamentarische Demokratie, HbStR I, 1987, S. 953/982 ff.

<sup>7</sup> BVerfGE 4, 144/151; 32, 157/164 f; 40, 296/310 ff. („Diäten-Urteil“). — Zum Diäten-Urteil: N. ACHTERBERG Parlamentsrecht, 1984, S. 265 f; P. HÄBERLE NJW 1976, 537; W. GEIGER ZfP 9, 1978, S. 522. BVerfGE 76, 256/341 ff weicht in der Frage, ob zwischen Abgeordneten und Beamten grundlegende statusrechtliche Unterschiede bestehen, von BVerfGE 40, 296 ab.

<sup>8</sup> BVerfGE 4, 144/149.

Die Änderungen, die sich im Hinblick auf die Stellung und Tätigkeit des Abgeordneten im Vergleich zum Parlamentarismus der konstitutionellen Epoche ergeben haben, sind in der heutigen Aufgabe des Parlaments und in der damit verbundenen Bedeutung und Verantwortung der politischen Parteien begründet. Die hierzu vom Bundesverfassungsgericht in verschiedenen Zusammenhängen, prononciert im Diäten-Urteil vom 5. November 1975, zugrunde gelegten Annahmen<sup>9</sup> lassen sich schwerlich in Abrede stellen. Der Parlamentarier in der heutigen Demokratie einer komplizierten, interessendurchzogenen und von intensiver rechtlicher Regelung abhängigen Wirtschafts- und Industriegesellschaft, in der Rechtsstaat, Freiheit und Pluralismus entscheidend mit Hilfe der politischen Parteien aufrechterhalten werden sollen, muß seine Person und Arbeitskraft ganz in den Dienst des Mandats stellen. Die Ausübung des Mandats läßt sich im Bundestag und in den Landtagen typischerweise nicht als Nebentätigkeit neben einem Beruf wahrnehmen. Allenfalls unter günstigen Umständen wird neben dem Mandat eine nachhaltige Erwerbstätigkeit in einem Beruf möglich bleiben. Für Abgeordnete mit besonderen Funktionen im Parlament oder in den Fraktionen tritt die berufliche Tätigkeit ganz zurück.

**8**  
Gründe der  
Veränderung des  
Abgeordneten-  
mandats

Die Bindung des Abgeordneten an die parlamentarische Organisation der Aufgabenbewältigung und an die Wirksamkeit seiner Partei und Fraktion ist nicht nur eine Frage der zeitlichen Inanspruchnahme, sondern vor allem eine Frage der politischen Rolle und Verantwortung der Parteien für Regierung und Gesetzgebung und der unausweichlichen Professionalisierung der Mandatsausübung. Die in der Volksvertretung institutionalisierte Vermittlung von Erfahrung, Sachwissen und Interessen bedingt einerseits die nach den Kraftlinien programmatischer Grundorientierung erfolgende Integration in den politischen Parteien<sup>10</sup>, andererseits die sachgerechte Arbeitsteilung in den Fraktionen, die den einzelnen Abgeordneten überhaupt erst dazu in Stand setzt, sein Mandat wirksam und verantwortlich auszuüben. In der sozialstaatlichen Parteiendemokratie „werden die notwendigen Entscheidungen weniger auf der Grundlage freier Diskussion der persönlichen *Meinungen* mit dem Ziel einer Entscheidung i. S. der ‚höheren Vernunft‘ als im Wege des Ausgleichs oder der Durchsetzung von *Interessen* getroffen, was nicht ausschließt, daß Sach- und Fachfragen eine wesentliche Rolle spielen“<sup>11</sup>.

## 2. Das freie Mandat des Abgeordneten

### a) Die Verfassungsnorm des Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages sind „Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen“. Die mit dieser Verfassungsnorm ausgesprochene Grundsatzentscheidung, Garantie und Rechtszuweisung wird herkömmlich als „Freiheit“ des parlamentari-

**9**  
Art. 38 Abs. 1 S. 2 GG  
als Grundsatz-  
entscheidung,  
Garantie und  
Rechtszuweisung

<sup>9</sup> Bes. BVerfGE 40, 296/313.

<sup>10</sup> M. STOLLEIS/H. SCHÄFFER/R. A. RHINOW Parteienstaatlichkeit — Krisensymptome des demokratischen Verfassungsstaats? VVDStRL 44, 1986, S. 7, 46, 83.

<sup>11</sup> K. HESSE Abgeordneter, EvStL, 3. Aufl. 1987, Sp. 11/13.

schen (repräsentativen) Mandats gekennzeichnet<sup>12</sup>. Die hier getroffene *Grundsatzentscheidung*, die eine nähere Bestimmung der durch Art. 20 Abs. 1 und 2 GG festgelegten Staatsform der Demokratie darstellt, ist die Entscheidung der Verfassung für die parlamentarische Demokratie nach dem Prinzip der Repräsentation. Die der Verfassungsnorm zu entnehmende *Garantie* ist der Schutz des einzelnen Abgeordneten gegen Bestrebungen oder Regelungen, die seine auf Bestand und Ausübung des Mandats bezogene Selbständigkeit und Unabhängigkeit als Volksvertreter in Frage stellen. Die aus der Garantie abzuleitende *Rechtswweisung* bedeutet, daß der einzelne Abgeordnete über eine ihm zustehende Rechtsstellung — einen selbständigen verfassungsrechtlichen Status — verfügt, den er gegen Akte der öffentlichen Gewalt, auch gegen den Gesetzgeber, und in den Rechtsbeziehungen zu Dritten, insbes. seiner Partei und Fraktion sowie Interessen- oder Wählergruppen aller Art, geltend machen kann<sup>13</sup>.

**10**  
Entstehungs-  
geschichte des Art. 38  
Abs. 1 S. 2 GG

Der Entwurf eines Grundgesetzes, der von dem Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee vorgelegt wurde, folgte in seinem Art. 46 wörtlich der Bestimmung des Art. 21 WeimRVerf.: „Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes. Sie sind nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden.“ Der Hauptausschuß setzte in der 1. Lesung an die Stelle des Satzes 2 die etwas weitschweifige Formulierung: „Jeder Abgeordnete folgt bei Reden, Handlungen, Abstimmungen und Wahlen seiner Überzeugung und seinem Gewissen“ (Art. 47 Satz 2)<sup>14</sup>. Davon ging der Hauptausschuß auf Vorschlag des Allgemeinen Redaktionsausschusses<sup>15</sup> in der 2. Lesung wieder ab<sup>16</sup>. Zugunsten der mit geringer Abänderung dem Art. 21 WeimRVerf. folgenden und dann festgehaltenen Fassung „... an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen“, wurde — neben sprachlichen Erwägungen — ins Feld geführt, die Formulierung der 1. Lesung bringe „das Recht des Abgeordneten auf freie Entscheidung“ nicht ausreichend zum Ausdruck.

**11**  
Gewissen des  
Abgeordneten

In der Wortfassung, daß die Abgeordneten „... nur ihrem Gewissen unterworfen“ sind, liegt — wie der vorangehende Satzteil zeigt — der Ton auf der Ausschließlichkeit der Unterworfenheit unter das eigene Gewissen. Es wird damit, an moralische Bindung appellierend, die subjektive, auf den einzelnen Abgeordneten bezogene Seite der parlamentarischen Repräsentation ausgedrückt, nicht etwa eine spezifische Gewissensfreiheit der Abgeordneten gewährleistet<sup>17</sup>. Das der

<sup>12</sup> P. BADURA BonnKomm., Art. 38 (Zweitbearb., 1966), Rdn. 48 ff; CHR. MÜLLER Das imperative und freie Mandat, 1966; W. KEWENIG Problematik des Artikels 38 Grundgesetz, in: Zwischenbericht der Enquete-Kommission für Fragen der Verfassungsreform (1972), BTag Drucks. VI/3829, S. 65; J. HENKEL Mandatsverlust bei Ausscheiden eines Abgeordneten aus seiner Fraktion oder Partei, DÖV 1974, 181; U. SCHEUNER Das imperative Mandat in Staat und Gemeinde, in: Festschrift für Hans Peter Ipsen, 1977, S. 143/162 ff; H. SENDLER Abhängigkeiten der unabhängigen Abgeordneten, NJW 1985, 1425.

<sup>13</sup> P. BADURA Staatsrecht, 1986, S. 306 ff.

<sup>14</sup> Parlam. Rat, Drucks. Nr. 340. — Darauf bezieht sich die Äußerung von HAMM-BRÜCHER BTag, 10. WP, 85. Sitzung, 20. 9. 1984, StenBer. S. 6205 A.

<sup>15</sup> Parlam. Rat, Drucks. Nr. 370, 394.

<sup>16</sup> Parlam. Rat, Drucks. Nr. 517, 548.

<sup>17</sup> E. TATARIN-TARNHEYDEN Die Rechtsstellung der Abgeordneten; ihre Pflichten und Rechte, HDStR I, 1930, S. 413/416; P. BADURA BonnKomm. (Fn. 12), Rdn. 50; R. HOFMANN Abge-

parlamentarischen Repräsentation dienende Mandat ist ein pflichtgebundenes Recht, was der frühere Abgeordneteneid augenfällig bezeugte<sup>18</sup>. Der Appell an das Gewissen des Abgeordneten kann als verfassungsrechtliche Richtschnur seines Verhaltens dahin verstanden werden, daß er die Parteianschauungen, zu denen er sich bekennt, und die eigenen Interessen, die er zu befürworten geneigt ist, stets darauf zu prüfen hat, ob sie mit dem Wohl der Gesamtheit vereinbar sind<sup>19</sup>. Mit diesem Inhalt bildet die Verfassungsnorm die Grundlage für Bindungen des Abgeordneten, die dessen Integrität und Verantwortung sichern sollen, durch das Gesetz oder durch Vorschriften der Geschäftsordnung. Eine sachliche Verpflichtung des Abgeordneten auf vorgegebene Anforderungen des Gemeinwohls kann dem durch das parlamentarische Mandat begründeten Rechtsstatus nicht entnommen werden.

*b) Parlamentarische Repräsentation  
und Unabhängigkeit des Abgeordneten*

Der politische Prozeß und die der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung dienenden Institutionen sind im demokratischen Verfassungsstaat angelegt auf freie und gleiche Teilhabe aller, auf Interessenausgleich und Konsensbildung und auf rechtsgebundene soziale Gerechtigkeit. Die Grundvorstellungen, mit denen diese von der Verfassung intendierte Fähigkeit des politischen Prozesses und der staatlichen Institutionen erfaßt werden, sind die demokratische Legitimation und die parlamentarische Repräsentation. Das freie Mandat des Abgeordneten ist für diese verfassungsnormative Betrachtung ein ausschlaggebendes Element<sup>20</sup>.

In bezug auf die Einrichtungen und Verfahrensweisen der parlamentarischen Demokratie bedeutet „Repräsentation“ das politische Prinzip der Anerkennung der Gesetze und sonstigen Entscheidungen, die nach den Regeln der Verfassung von der gewählten Volksvertretung verabschiedet werden<sup>21</sup>. Die Repräsentation der im Staatsvolk verbundenen einzelnen durch die parlamentarische Volksvertretung ist ein Vorgang der Zurechnung und der Billigung, der seine formelle Sicherung durch die demokratische Parlamentswahl erhält, zusätzlich aber durch Meinungsfreiheit, freie Partei- und Vereinsbildung und freie öffentliche Meinung gewährleistet wird.

**12**  
Anlage und Grundvorstellungen des politischen Prozesses und der Institutionen der Willens- und Entscheidungsfindung

**13**  
Bedeutung der Repräsentation

ordnenfreiheit und parlamentarischer Abstimmungsmodus, ZfP 1978, S. 32/49. — Die „Gewissensformel“ in Art. 21 WeimRVerf. ist auf Anregung von COHN (USPD) — um die Ausdrucksweise „kerniger“ und „volkstümlicher“ zu gestalten — vom Verfassungsausschuß der Nationalversammlung aufgenommen worden (E. V. HEYEN DÖV 1985, 772/773).

<sup>18</sup> E. V. HEYEN DÖV 1985, 772/774; W. STEFFANI ZfP 1976, S. 86.

<sup>19</sup> G. ANSCHÜTZ Die Verfassung des Deutschen Reichs, 14. Aufl. 1933, Art. 21, Anm. 2; H. H. KLEIN Status des Abgeordneten, HbStR, Bd. II, 1987, S. 367/371, 375, 378.

<sup>20</sup> Schlußbericht der Enquete-Kommission Verfassungsreform, Kap. 2: Zum parlamentarischen Mandat, BTag Drucks. 7, 5924, S. 22 ff.

<sup>21</sup> G. LEIBHOLZ Das Wesen der Repräsentation und der Gestaltwandel der Demokratie im 20. Jh., 1929, 3. Aufl. 1966; U. SCHEUNER Das repräsentative Prinzip in der modernen Demokratie, in: Festschrift für Hans Huber, 1961, S. 222; E.-W. BÖCKENFÖRDE Demokratie als Verfassungsprinzip, HbStR, Bd. I, 1987, S. 887; P. BADURA Die parlamentarische Demokratie, ebd., S. 953/972 ff; DERS. Staatsrecht, 1986, S. 176 ff, 296.

**14** Zur Entwicklung des Verhältnisses von „Vertretern“ und „Vertretenen“ Das aus dem römischen Recht stammende Konsensprinzip „quod omnes tangit, ab omnibus approbetur“ (was alle berührt, bedarf der Zustimmung aller) ist in der Entwicklung von der ständischen Vertretung mit an Instruktionen gebundener Vertretungsvollmacht zur parlamentarischen Repräsentation mit freiem Mandat des gewählten Abgeordneten institutionell verschiedenartig verwirklicht worden. Der entscheidende Schritt ist die Ausbildung der Vertretungskörperschaft als selbständiges Entscheidungsorgan der im Staat politisch geeinten Gesamtheit (des Volkes, der Nation), so daß jeder einzelne sich als Teil des Staatsvolkes im Parlament repräsentiert sehen kann. Dies bedingt die Abkehr von der Vorstellung, daß der Abgeordnete mit seinen Wählern oder mit sonst irgendeiner Gruppe durch eine konkrete Rechtsbeziehung der Beauftragung oder Interessenwahrnehmung verbunden sein könnte. Idee und staatsrechtliche Ausformung des Parlaments – genauer: des Unterhauses, der Commons – als Nationalrepräsentation und folgerichtig des freien Mandats des Abgeordneten vollenden sich zuerst in England. BLACKSTONE schreibt in seinen Commentaries on the Law of England (1765–68): „Every member, although chosen by one particular district, when elected and returned, serves for the whole realm“ (book 1, chap. 2 §2)<sup>22</sup>. Die französischen Generalstände verwandelten sich, der Lehre des ABBÉ SIEYÈS folgend, in die Nationalversammlung, indem sie sich den Auftrag setzten, Frankreich eine Verfassung zu geben, und eine Bindung an die Instruktionen der cahiers de doléance („Beschwerdehefte“) verwarfen. Die Verfassung von 1791 statuierte: «Les représentants nommés dans les départements, ne seront pas représentants d’un département particulier, mais de la Nation entière, et il ne pourra leur être donné aucun mandat» (Titre III, chap. I, sect. III, Art. 7). Ende des 18. Jahrhunderts tritt in den Regelungen und Bekräftigungen des freien Mandats bereits deutlich die Abwehr plebiszitärdemokratischer Bestrebungen zu Tage, mit denen der Abgeordnete an ein imperatives Mandat gebunden werden sollte. Während die Erscheinung der ständischen Vertretung heute in ferner Vergangenheit liegt, ist die Entscheidung der Verfassung gegen das basis- oder rätendemokratische imperative Mandat und den damit typischerweise verbundenen recall des mandatswidrig handelnden Abgeordneten ein Wesenszug der parlamentarischen Demokratie.

**15** Wirkungen des freien Mandats Kraft des freien Mandats, das das Bollwerk seiner Unabhängigkeit ist, steht der Abgeordnete des Bundestages in keiner Rechtsbeziehung zu Wählern, Wählergruppen oder seiner Partei, aus der ihn eine Pflicht zu einem bestimmten Verhalten bei der Ausübung seines Mandats treffen könnte. Darüber hinaus gewährt ihm das freie Mandat Schutz gegen faktischen Druck oder Einfluß von politischen oder wirtschaftlichen Gruppen, die seine selbstverantwortliche und unabhängige Parlamentstätigkeit beeinträchtigen könnten; Abreden mit Dritten, die einen derartigen Inhalt oder eine derartige Wirkung haben, sind verboten und unwirksam<sup>23</sup>.

**16** Formalisierter Gleichbehandlungsgrundsatz Die demokratische Repräsentation ist egalitär. Die Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts und ebenso die Ausübung des parlamentarischen Mandats

<sup>22</sup> Berühmt ist die Rechtfertigung des freien Mandats, die EDMUND BURKE in seiner Rede an die Wähler von Bristol (1774) gab.

<sup>23</sup> TH. MAUNZ / R. ZIPPELIUS Deutsches Staatsrecht, 27. Aufl. 1988, § 30 IV; K. HESSE Grundzüge 16. Aufl. 1988, Rdn. 603; H.-P. SCHNEIDER Das parlamentarische System, HbVerfR, 1983, S. 239/254.

folgen dem formalisierten Grundsatz der Gleichbehandlung. Das Grundgesetz kennt im Wahlrecht und im Parlamentsrecht keine für den Status des Abgeordneten erheblichen besonderen, in seiner Person liegenden Umstände, die eine Differenzierung innerhalb des Status rechtfertigen können. Alle Mitglieder des Parlaments sind einander formal gleichgestellt<sup>24</sup>. Die Gleichheit des Mandats und die Gleichbehandlung bei der Mandatsausübung sind Rechte des einzelnen Abgeordneten (Art. 38 Abs. 1 GG) und zugleich Ausdruck dessen, daß alle Abgeordneten gemeinsam „die Volksvertretung“ sind, die vom Volk als der Aktivbürgerschaft autorisiert und vermöge dessen in der Lage ist, das Volk als Einheit zu repräsentieren. Jeder einzelne Abgeordnete ist kraft seiner Stellung als Repräsentant des Volkes berufen, an den Verhandlungen und Entscheidungen des Bundestages mitzuwirken. Dieses eigene und gleiche Recht des Abgeordneten auf Teilhabe an den Verhandlungen und Entscheidungen des Bundestages muß auch der Bundestag selbst beachten<sup>25</sup>. Differenzierungen und Beschränkungen dieses Rechts dürfen – soweit nicht ausdrückliche Verfassungsvorschriften bestehen – Gesetz oder Geschäftsordnung nur zur Sicherung der Arbeitsfähigkeit des Parlaments oder zum Schutz vorrangiger Verfassungsgüter vornehmen.

*c) Parteibindung des Abgeordneten und  
Parteibezogenheit des Mandats*

Das Prinzip der parlamentarischen Repräsentation bildet einen Zurechnungszusammenhang zwischen den im Staatsvolk verbundenen Wahlbürgern und den in der Volksvertretung verbundenen Abgeordneten. Diese Konfiguration darf nicht zu dem Mißverständnis verleiten, daß die hier wirksame, die parlamentarische Entscheidung legitimierende Vermittlung nur eine ideelle und auf individuellen Meinungen und Handlungen beruhende Anerkennung kraft mehrheitsgetragenen Konsenses wäre. Die politischen Parteien, die jene für das Leben der Demokratie notwendige Vermittlung zu leisten haben, sind unverzichtbare Faktoren des politischen Prozesses und der Verfassungsordnung. Sie sind nicht nur den vermeintlich „eigentlichen“ Volkswillen verkrümmende, als Notbehelf zu tolerierende Zwischengebilde, durch die der Wahlbürger „mediatisiert“ wird. Auf der anderen Seite geht es aber auch fehl, wenn die vielfältige Abhängigkeit des Abgeordneten von seiner Partei in parteienstaatlichem Überschwang als gegebener oder gar wünschenswerter Zustand so weit zur Norm erhoben wird, daß das Mandat gewissermaßen als ein der Partei durch die Wähler zugewiesener Besitz verstanden wird. Unter diesem Blickwinkel muß die Garantie des Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG als ein „Konstruktionsfehler des Grundgesetzes“<sup>26</sup> erscheinen.

Aus dem Grundgesetz selbst kann abgelesen werden, daß die politische Willensbildung des Volkes nicht ohne Mitwirkung der Parteien stattfinden soll (Art. 21 GG) und daß damit auch die verfassungsrechtliche Stellung des Abgeord-

**17**  
Repräsentations-  
prinzip,  
Parteienstaatlichkeit

**18**  
Parteien und  
Mandatsträger

<sup>24</sup> BVerfGE 40, 296/317 f.

<sup>25</sup> Abweichende Meinung Mahrenholz, BVerfGE 70, 324, 366/367 f.; Abweichende Meinung Böckenförde, BVerfGE 70, 324, 380/381; HessStGH NJW 1977, 2065 („ruhendes“ Mandat verfassungswidrig).

<sup>26</sup> K. LOEWENSTEIN Parteiwechsel und Parlamentsmandat, JZ 1972, 352.

neten, ungeachtet des ihm zugesicherten freien Mandats, nicht isoliert von dieser Mitwirkung der Parteien an der politischen Willensbildung des Volkes gesehen werden kann<sup>27</sup>. Das parlamentarische Mandat ist parteibezogen<sup>28</sup>, aber es ist nicht<sup>29</sup> „parteigebunden“. Das Grundgesetz steht Konsequenzen des Parteienstaates entgegen, die zur Aufhebung des repräsentativen Status des Abgeordneten führen würden. Der eigene verfassungsrechtliche Status des einzelnen Abgeordneten schließt das Recht ein, unmittelbar am Verfassungsleben teilzunehmen<sup>30</sup>.

**19** Das freie Mandat kann und soll die Parteibezogenheit des Mandats des parteigebundenen Abgeordneten nicht aufheben. Es versetzt aber den Abgeordneten in die Lage, in die Willensbildung der Fraktion und Partei eine jedenfalls temporär unangreifbare eigene Position einzubringen, die gegebenenfalls bis zum offenen Dissens im parlamentarischen Verhalten führen kann. Damit wird nicht nur eine beliebige Unterdrückung der politischen Meinung des einzelnen Abgeordneten durch die Oligarchie der Parteispitze gehindert, sondern auch die Offenheit der Willensbildung in Partei und Fraktion ermöglicht und gefördert. Das freie Mandat gewinnt damit eine wesentliche Bedeutung für die innerparteiliche Demokratie (Art. 21 Abs. 1 Satz 3 GG)<sup>31</sup>. „Kein Abgeordneter kann ... rechtlich zu einem bestimmten Verhalten im Parlament gezwungen werden, und dadurch wird die Geschlossenheit des Handelns der Fraktion in erster Linie eine Frage freier Zustimmung, die freilich nicht nur auf der Überzeugung von der Richtigkeit der Fraktionsbeschlüsse zu beruhen braucht, sondern ihren Grund auch darin finden kann, daß der Abgeordnete sich einer Mehrheitsentscheidung der Fraktion fügt, daß er dem fachkundigen Urteil anderer Abgeordneter vertraut oder daß er die Solidarität der Fraktion nicht gefährden will“<sup>32</sup>.

#### d) Schutzwirkung des freien Mandats

**20** Die durch das freie Mandat begründete Unabhängigkeit des Abgeordneten in der Ausübung des Mandats bedeutet das Verbot jeder Beeinflussung, die dazu bestimmt und geeignet ist, ein bestimmtes parlamentarisches Verhalten des Abgeordneten herbeizuführen, und die rechtliche Unverbindlichkeit aller das parlamentarische Verhalten des Abgeordneten betreffenden Erklärungen Dritter und des Abgeordneten selbst, wie auch aller derartiger Abreden<sup>33</sup>. Zur geschützten Ausübung des Mandats gehört der gesamte parlamentarische Wirkungskreis des Abgeordneten im Plenum, in den Ausschüssen, in der Fraktion, sowohl die

<sup>27</sup> K. HESSE Grundzüge (Fn. 23), Rdn. 598.

<sup>28</sup> P. BADURA BonnKomm. (Fn. 12), Rdn. 65 ff; H. P. SCHNEIDER Parlamentar. System (Fn. 6), S. 256 f.

<sup>29</sup> Entgegen F. SCHÄFER, in: Zwischenbericht der Enquete-Kommission (Fn. 12), S. 73 ff; 77 ff.

<sup>30</sup> BVerfGE 2, 143/164; 4, 144/149.

<sup>31</sup> K. HESSE Abgeordneter (Fn. 11), Sp. 14; DERS. Grundzüge (Fn. 23), Rdn. 602; W. KEWENIG, in: Zwischenbericht der Enquete-Kommission (Fn. 12), S. 66; R. HOFMANN Abgeordnetenfreiheit (Fn. 17), S. 49; D. GRIMM Die politischen Parteien, HVerfR, 1983, S. 317/352 ff.

<sup>32</sup> K. HESSE Grundzüge (Fn. 23), Rdn. 600. Ähnlich E. FRIESENHAHN Parteien und Parlamentarismus nach dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, in: A. RANDELZHOFFER (Hrsg.) Deutsch-spanisches Verfassungsrechts-Kolloquium, 1981, S. 23/36.

<sup>33</sup> P. BADURA BonnKomm. (Fn. 12), Rdn. 58 ff, 77 ff.

Rede und das Schweigen wie die Beteiligung an Abstimmungen und Wahlen und die Art des Votums<sup>34</sup>.

Für die Abgrenzung des unerlaubten Bindens oder Beugens der Entschließungsfreiheit des Abgeordneten von dem erlaubten Versuch, seine Meinung und Entschließung zu beeinflussen, ist von Gewicht, daß der Lobbyismus der Interessengruppen ebensowenig unzulässig ist wie die Disziplin, die Fraktion und Partei einem Abgeordneten grundsätzlich abverlangen. Das Bestreben der Fraktion, ein einheitliches Agieren in der parlamentarischen Arbeit durch vorbereitende innerfraktionelle Willensbildung zu erreichen, ist zulässig und für die Arbeitsfähigkeit des Parlaments notwendig. Als verbotener „Fraktionszwang“ ist nur der Fall anzusehen, daß die Fraktionsführung oder die Fraktionsmehrheit dem Abgeordneten ein bestimmtes parlamentarisches Verhalten — mit oder ohne Androhung von Sanktionen, etwa des Ausschlusses — verbindlich auferlegt, wie z. B. das Verbot, eine Rede im Bundestag zu halten, die nicht völlig mit der von der Fraktion vertretenen Auffassung übereinstimmt. Das freie Mandat hindert es, den einzelnen Abgeordneten „zum bloßen Werkzeug seiner Fraktion“ zu machen<sup>35</sup>. Sein praktisches Gewicht verlagert sich mit der Professionalisierung des Parlamentswesens in die Meinungs- und Willensbildung der Fraktion.

Das freie Mandat schützt den Abgeordneten auch im Bestand des Mandats gegen einen unfreiwilligen Verlust und gegen eine Verpflichtung zur Mandatsaufgabe. Ebensowenig wie die Ausübung des Mandats kann das Recht des Abgeordneten, auf das Mandat zu verzichten, Gegenstand von Vereinbarungen sein. Deshalb wird die Garantie des freien Mandats durch Blankoverzichtserklärungen und Rücktrittsreverse<sup>36</sup>, durch das Zugeständnis von Rechenschaftspflichten oder gar der Abberufung („recall“) durch Parteigremien oder Wählerversammlungen und durch eine vorab verabredete „Rotation“<sup>37</sup> verletzt. In allen diesen Fällen wird die Unabhängigkeit des Abgeordneten in Frage gestellt und sein parlamentarisches Verhalten allgemein oder in bezug auf bestimmte Situationen oder Entscheidungen von der Entschließung Dritter abhängig. Die „Freiwilligkeit“ des Verzichts ist nicht sichergestellt, wenn diese Entscheidung des Abgeordneten in ein durch Partei oder Fraktion festgelegtes Schema der wechselnden Mandatszuteilung oder ein Verfahren der Verantwortlichkeit eingefügt ist<sup>38</sup>.

Die Parteibezogenheit des Mandats läßt die aus dem Wahlakt hervorgehende, unmittelbar zugeordnete Rechtsstellung des — über die Liste oder im Wahlkreis gewählten — Abgeordneten unberührt. Das Mandat ist nicht an die Zugehörigkeit zu einer Partei oder Fraktion gebunden. Der Abgeordnete verliert sein Mandat weder durch Austritt noch durch Ausschluß aus der Partei, als deren Mitglied er in

**21**  
Abgrenzung zwischen  
verbotener und  
erlaubter  
Einflußnahme

**22**  
Schutz der  
Parlaments-  
mitgliedschaft

**23**  
Keine Bindung des  
Mandats an eine  
Partei- oder  
Fraktions-  
zugehörigkeit

<sup>34</sup> Abweichende Meinung Mahrenholz, BVerfGE 70, 324, 366/374.

<sup>35</sup> BVerfGE 10, 4/15.

<sup>36</sup> BVerfGE 2, 1/74.

<sup>37</sup> Nds. StGH, DÖV 1985, 676. Dazu G. FRANK/R. STÖBER (Hrsg.) Rotation im Verfassungstreit, 1985; E. V. HEYEN Zur immanenten Grenze der Gewissensfreiheit beim Mandatsverzicht, DÖV 1985, 772.

<sup>38</sup> H. H. KLEIN Status des Abgeordneten (Fn. 19), S. 376; W. SCHREIBER Handbuch des Wahlrechts zum Deutschen Bundestag, 3. Aufl. 1986, § 46, Rdn. 11. — Abweichend H. SENDLER Abhängigkeiten (Fn. 12), S. 1429 ff.



den Bundestag gelangt ist, oder der Fraktion, der er sich im Bundestag angeschlossen hat. Er ist in diesen Fällen auch nicht zum Verzicht auf das Mandat verpflichtet. Eine derartige Rechtsfolge könnte auch nicht durch Gesetz eingeführt werden<sup>39</sup>.

**24** Der Gesetzgeber ist aufgrund der Garantie des Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG dazu verpflichtet, die Unabhängigkeit des Abgeordneten und die Freiheit des parlamentarischen Mandats zu beachten und zu gewährleisten. Regelungen, die den Abgeordneten hinsichtlich der Ausübung des Mandats einem unzulässigen Einfluß oder Druck aussetzen oder eine derartige Beeinträchtigung zulassen, sind verfassungswidrig. Dasselbe gilt für Regelungen, die einen unfreiwilligen Verlust des Mandats vorsehen oder zulassen, der durch irgendwelche Personen oder Gruppen herbeigeführt werden könnte, um ein bestimmtes parlamentarisches Verhalten des Abgeordneten zu erzwingen oder zu sanktionieren<sup>40</sup>. Nähere Bestimmungen über die mandatsbezogenen Pflichten des Abgeordneten können durch Gesetz oder Geschäftsordnung getroffen werden (Art. 38 Abs. 3, 40 Abs. 1 Satz 2 GG).

#### e) Landesverfassungen

**25** In allen Landesverfassungen wird mit nur geringen Abweichungen des Wortlauts der Grundsatz der parlamentarischen (repräsentativen) Demokratie ausgesprochen, daß die Abgeordneten Vertreter des ganzen Volkes sind. Mit der Ausnahme Hessens statuieren alle Landesverfassungen mit geringen Abweichungen der Wortfassung das freie Mandat als Garantie und Rechtsstellung des Abgeordneten<sup>41</sup>. Auch nach hessischem Landesverfassungsrecht gilt kraft des inneren Zusammenhangs der Verfassung die Garantie des freien Mandats und das daraus abzuleitende Recht des Abgeordneten, das eine grundsätzliche Parteibindung ausschließt<sup>42</sup>. In Art. 13 Abs. 2 BayVerf. wird den Abgeordneten eingeschärft, daß sie Vertreter des Volkes, „nicht nur einer Partei“ sind.

**26** Die Pflichtbindung des Abgeordneten hat in den Landesverfassungen eine besondere Ausprägung erhalten, die bei Mandatsmißbrauch den Ausschluß<sup>43</sup> oder die Abgeordnetenanklage<sup>44</sup> vorsehen<sup>45</sup>. Darin liegt eine Einschränkung des freien Mandats, die allein durch Gesetz, ohne verfassungsrechtliche Grundlage, nicht eingeführt werden dürfte. Die Pflichten des Abgeordneten selbst dagegen, an die jene besonderen und ausdrücklicher verfassungsrechtlicher Zulassung bedürftigen Rechtsfolgen anknüpfen, sind aus dem Rechtsstatus des Mandats abzuleiten. Art. 83 Abs. 1 Satz 1 BremVerf. betont die „Treupflicht“ des Abgeordneten besonders.

<sup>39</sup> Hierzu des näheren unten unter I 3 c.

<sup>40</sup> HessStGH, NJW 1972, 2065/2070.

<sup>41</sup> Art. 27 Abs. 3 BadWürttVerf.; Art. 13 Abs. 2 BayVerf.; Art. 83 Abs. 1 BremVerf.; Art. 7 HambVerf.; Art. 3 Abs. 1 Vorl. NdsVerf.; Art. 30 Abs. 2 NRWVerf.; Art. 79 S. 2 RhPfVerf.; Art. 66 Abs. 2 SaarlVerf.; Art. 9 Abs. 2 SchlHLSVerf.

<sup>42</sup> HessStGH, NJW 1977, 2065.

<sup>43</sup> Art. 85 BremVerf.; Art. 13 Abs. 2 HambVerf.

<sup>44</sup> Art. 42 BadWürttVerf.; Art. 61 BayVerf.; Art. 13 Vorl. NdsVerf.; Art. 85 SaarlVerf.

<sup>45</sup> Hierzu unten unter II 1 d.

### 3. Erwerb und Verlust des Mandats

#### a) Erwerb der Mitgliedschaft im Bundestag

Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft im Bundestag regeln sich nach den Vorschriften des Bundeswahlgesetzes (§ 1 AbgeordnetenG). Maßgebend sind die Vorschriften der §§ 45 ff BWahlG. **27** Rechtsgrundlagen

Der gewählte Bewerber erwirbt die Mitgliedschaft im Bundestag und damit die Rechtsstellung des Abgeordneten durch die Annahmeerklärung gegenüber dem zuständigen Wahlleiter. Die Erklärung wird wirksam, wenn sie form- und fristgerecht nach der Feststellung des Wahlergebnisses und der Benachrichtigung des Kandidaten durch den Wahlleiter (§§ 41, 42 BWahlG) bei dem Wahlleiter eingeht. Die Annahmeerklärung bedarf der Schriftform; sie muß ohne Vorbehalt abgegeben werden und kann nicht widerrufen werden. Gibt der Gewählte bis zum Ablauf der gesetzlichen Frist von einer Woche keine oder keine formgerechte Erklärung ab, so gilt die Wahl zu diesem Zeitpunkt als angenommen (§ 45 BWahlG). **28** Annahmeerklärung

#### b) Verlust der Mitgliedschaft im Bundestag

Der Abgeordnete verliert die Mitgliedschaft im Bundestag durch Verzicht oder gegen seinen Willen bei Ungültigkeit des Erwerbs der Mitgliedschaft, Neufeststellung des Wahlergebnisses, Wegfall einer Voraussetzung seiner derzeitigen Wählbarkeit<sup>46</sup> oder Feststellung der Verfassungswidrigkeit seiner Partei durch das Bundesverfassungsgericht nach Art. 21 Abs. 2 GG (§§ 46, 47 BWahlG). Verlustgründe nach anderen gesetzlichen Vorschriften bleiben unberührt. **29** Verlustgründe

Die Vorschrift, daß der Bundestag über die Wahlprüfung und auch darüber entscheidet, ob ein Abgeordneter des Bundestages die Mitgliedschaft verloren hat (Art. 41 Abs. 1 Satz 2 GG), ist eine Kompetenzzuweisung, nicht eine selbständige Ermächtigung für eine Entziehung des Mandats (vgl. § 47 Abs. 1 Nrn. 1 und 3 sowie Abs. 2 und Abs. 3 Satz 3 BWahlG). **30** Kompetenzzuweisung

Der Verzicht auf das Mandat muß unter Beachtung der gesetzlichen Formerfordernisse gegenüber dem Präsidenten des Deutschen Bundestages erklärt werden (§ 46 Abs. 3 BWahlG). Blankoverzichtserklärungen ohne Datum sind damit praktisch ausgeschlossen<sup>47</sup>. Der Verzicht kann nicht Gegenstand von Vereinbarungen sein. Im Fall des wirksam erklärten Verzichts entscheidet der Präsident des Deutschen Bundestages über den Verlust der Mitgliedschaft in der Form der Erteilung einer Bestätigung der Verzichtserklärung; diese Entscheidung hat für das Ausscheiden aus dem Bundestag konstitutive Bedeutung (§ 47 Abs. 1 Nr. 4 und Abs. 3 BWahlG). Der Sitz des ausgeschiedenen Abgeordneten wird aus der Landesliste derjenigen Partei besetzt, für die der Ausgeschiedene bei der Wahl aufgetreten ist, auch wenn er inzwischen dieser Partei nicht mehr angehört (Grundsatz der Listennachfolge; § 48 BWahlG). **31** Mandatsverzicht

Der Mandatsverlust im Fall der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts nach Art. 21 Abs. 2 GG (§ 46 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 und Abs. 4 BWahlG) beruht darauf, daß mit der Feststellung der Verfassungswidrigkeit einer Partei die Bundes- **32** Mandatsverlust bei Feststellung der Verfassungswidrigkeit einer Partei

<sup>46</sup> Zu einem Fall des Verlusts eines Landtagsmandats aufgrund strafgerichtlicher Verurteilung: BVerfGE 56, 396; 57, 250.

<sup>47</sup> W. SCHREIBER Handbuch (Fn. 38), Rdn. 11.

tags- und Landtagsmandate der Abgeordneten dieser Partei fortfallen<sup>48</sup>. Der Gesetzgeber ist berechtigt, diesen Tatbestand als Verlustgrund vorzusehen, weil der Mandatsverlust als Konsequenz der in Art. 21 Abs. 2 GG vorausgesetzten Pflicht der Parteien zur Verfassungstreue anzusehen ist. Aufgrund des Ausspruchs des Bundesverfassungsgerichts entscheidet der Ältestenrat des Bundestages mit konstitutiver Wirkung über den Verlust der Mitgliedschaft (§ 47 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 3 BWahlG). Der Sitz des ausgeschiedenen Abgeordneten bleibt unbesetzt, soweit er über die Landesliste der verbotenen Partei erworben worden war; für den Sitz ausgeschiedener Wahlkreisabgeordneter findet eine Nachwahl statt (§ 46 Abs. 4 Sätze 2 und 3 BWahlG).

*c) Partei- und Fraktionswechsel*

- 33** Die rechtliche Selbständigkeit des Abgeordnetenmandats tritt augenfällig dann zutage, wenn der Abgeordnete durch eigenen Entschluß oder durch Ausschluß aus der Partei ausscheidet, für die er als Listenbewerber oder Wahlkreiskandidat bei der Wahl aufgetreten ist. Austritt und Ausschluß aus der Partei oder der Fraktion lassen den Bestand des Mandats unberührt, sie haben auch nicht die Verpflichtung des Abgeordneten zur Folge, auf die Mitgliedschaft im Bundestag zu verzichten. Die Partei oder die Fraktion sind nicht in der Lage, den Mandatsverlust durch eigene Entschließung herbeizuführen, und können den Abgeordneten auch nicht zwingen, von sich aus das Mandat niederzulegen. Die Garantie des Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG hindert den Gesetzgeber, den Bestand des Mandats von der Fortdauer der Partei- oder Fraktionszugehörigkeit abhängig zu machen oder der Partei oder Fraktion Mittel in die Hand zu geben, die den ausgeschiedenen Abgeordneten zu einem Verzicht auf das Mandat zwingen könnten<sup>49</sup>.
- 34** Der (freiwillige) Austritt kann in der Frage des Mandatsverlusts nicht anders behandelt werden als der (unfreiwillige) Ausschluß aus der Partei oder Fraktion. Die Auffassung, daß durch Gesetz ein neuer Tatbestand des Verlusts der Mitgliedschaft im Bundestag für den Fall des Austritts des Abgeordneten aus der Partei, für die er bei der Wahl aufgetreten war, eingeführt werden dürfte<sup>50</sup>, müßte nicht nur

<sup>48</sup> BVerfGE 2, 1/72 ff; 5, 85/392.

<sup>49</sup> Schlußbericht der Enquete-Kommission Verfassungsreform (Fn. 20), S. 23, 26 f; P. BADURA BonnKomm. (Fn. 12), Rdn. 80; H.-J. SCHRÖDER Mandatsverlust bei Fraktionswechsel?, DVBl. 1971, 132; DERS. Die Abhängigkeit des Mandats von der Parteizugehörigkeit, ZRP 1971, 97; A. AZZOLA Parteiwechsel und Mandatsverlust, JuS 1972, 561; U. SCHEUNER Imperatives Mandat (Fn. 12), S. 164; N. ACHTERBERG Parlamentsrecht, 1984, S. 257; H. H. KLEIN Status des Abgeordneten (Fn. 19), S. 376. — J. HENKEL Mandatsverlust bei Ausscheiden eines Abgeordneten aus seiner Fraktion oder Partei, DÖV 1984, 181, behandelt die praktischen und gesetzestechnischen Fragen eines derartigen Gesetzentwurfs unter Beiseitelassen der verfassungsrechtlichen Grundfrage.

<sup>50</sup> F. SCHÄFER, in: Zwischenbericht der Enquete-Kommission Verfassungsreform (Fn. 12), S. 73–75, 77–79; Sondervotum SCHÄFER/HEINSEN, in: Schlußbericht der Enquete-Kommission Verfassungsreform (Fn. 49), S. 28 ff; W. KEWENIG, in: Zwischenbericht der Enquete-Kommission Verfassungsreform (Fn. 12), S. 66, 68 f; M. KRIELE Nochmals: Mandatsverlust bei Parteiwechsel, ZRP 1971, 79; DERS. Das demokratische Prinzip im Grundgesetz, VVDStRL 29, 1971, S. 46/71 f, 83, 116; F. F. SIEGFRIED Mandatsverlust bei Parteiausschluß, Parteiaustritt oder Parteiwechsel, ZRP 1971, 9; WALTERMATHE BTag, 10. WP, 85. Sitzung, 20. 9. 1984, StenBer. S. 6207 B.

zu ungerechtfertigten Differenzierungen je nach dem äußeren Verlauf einer Abwendung des Abgeordneten von seiner Partei führen. Es würde damit vor allem die durch Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG gerade verworfene parteienstaatliche Mittelbarkeit des parlamentarischen Mandats durchgesetzt. Die mit der Garantie des freien Mandats intendierte Unabhängigkeit des Abgeordneten würde in einem wesentlichen Punkt beeinträchtigt sein, wenn der Abgeordnete als gesetzlich angeordnete Folge seines Parteiaustritts den Verlust des Mandats in seine Entschließung einkalkulieren müßte.

#### 4. Der Abgeordnete im Parlament

##### a) Parlamentsrechtliche Rechte und Pflichten

Das parlamentarische Mandat ist die verfassungsrechtliche Grundlage dafür, daß die Repräsentation des Volkes im Parlament durch die Abgeordneten verwirklicht werden kann. Es ist die Volksvertretung als die Gesamtheit der Abgeordneten, der nach der Verfassungsidee und der normativ geordneten Staatsform der parlamentarischen Demokratie kraft der Repräsentation die Ausübung der vom Volk ausgehenden Staatsgewalt zukommt, soweit diese nicht der Exekutive oder den Gerichten vorbehalten ist (Art. 20 Abs. 2 GG). Dieser Grundlinie der parlamentarischen Repräsentation entsprechen die Rechte und Pflichten des Abgeordneten, die aus dem parlamentarischen Mandat abzuleiten sind (Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG) und in Gesetz und Geschäftsordnung näher bestimmt werden. Die Rechtsstellung des Abgeordneten muß so ausgestaltet sein, daß die Mitwirkung aller Abgeordneten bei den der Volksvertretung obliegenden Verhandlungen und Entscheidungen im Rahmen einer vernünftigen Ordnung der Arbeitsweise und Geschäftserledigung einer parlamentarischen Körperschaft sichergestellt ist<sup>51</sup>.

Die Rechte des Abgeordneten im Parlament<sup>52</sup> stellen sich im Kern als Rechte der Mitwirkung an der Beratung und Beschlußfassung des Bundestages dar, hauptsächlich also als das Recht, an den Verhandlungen teilzunehmen, das Wort zu ergreifen, abzustimmen, Anträge zu stellen und die Regierung durch Fragen entsprechend dem Interpellationsrecht dazu zu zwingen, Rede und Antwort zu stehen. Entsprechend der Verwaltungsorganisation und dem Geschäftsgang des Bundestages gehören zu den Mitwirkungsrechten des Abgeordneten seine Rechte auf Zugang und Benutzung der Einrichtungen und Dienste des Parlaments, auf Zusendung der Drucksachen und auf die sonst allgemein vorgesehenen Hilfsleistungen und Informationen.

Der Abgeordnete ist gemäß § 16 GeschO BTag zur Einsicht in die Akten berechtigt, die sich in der Verwahrung des Bundestages oder eines Ausschusses befinden.

**35**  
Grundlinie der parlamentarischen Repräsentation, Rechte und Pflichten des Abgeordneten

**36**  
Rechte der Mitwirkung

**37**  
Akteneinsicht

<sup>51</sup> BVerfGE 44, 308/318 ff; 56, 396/405.

<sup>52</sup> H. TROSSMANN Der Bundestag: Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit, JöR 28, 1979, S. 1/100 ff; H.-J. VONDERBECK Die Rechte eines Mitglieds des Deutschen Bundestages, ZfP 14, 1983, S. 311/334 ff; K. ABMEIER Die parlamentarischen Befugnisse des Abgeordneten des Deutschen Bundestages nach dem Grundgesetz, 1984; N. ACHTERBERG Parlamentsrecht (Fn. 7), S. 259 ff; J. KÜRSCHNER Die Statusrechte des fraktionslosen Abgeordneten, 1984; H. H. KLEIN Status des Abgeordneten (Fn. 19), S. 382 ff.

**38** Da der Bundestag erst durch die Organisation in Fraktionen und Ausschüssen arbeitsfähig wird, umfaßt die Rechtsstellung des Abgeordneten nach den Regeln der Geschäftsordnung die Rechte, sich mit anderen zu einer Fraktion zusammenzuschließen<sup>53</sup>, und als Mitglied oder beratend an den Ausschüssen mitzuwirken<sup>54</sup>.

Recht auf  
Fraktionsbildung,  
Recht auf Mitwirkung  
in den Ausschüssen

**39** Das Recht des Abgeordneten, im Bundestag das Wort zu ergreifen, gehört zu seinem verfassungsrechtlichen Status gemäß Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG. Seine Redefreiheit ist Teil der Ausübung des Mandats, nicht Wahrnehmung eines Grundrechts, fällt also insbes. nicht unter die Meinungsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG). Das Rederecht des Abgeordneten unterliegt den Begrenzungen, die der Bundestag kraft seiner Geschäftsordnungsautonomie aufstellt, um den Verhandlungen eine Ordnung zu geben und die Arbeitsfähigkeit des Hauses zu gewährleisten (Art. 40 Abs. 1 Satz 2 GG). Die Ordnungsgewalt des Parlaments, die der Präsident des Bundestages ausübt, und die Begrenzung der Redezeiten durch eine vom Bundestag festgelegte Gesamtredezeit und die Verteilung auf die Fraktionen entsprechend ihrer Stärke, verletzen die Redefreiheit des Abgeordneten nicht. Derartige Geschäftsordnungsmaßnahmen finden ihre Grenze am Wesen und an der grundsätzlichen Aufgabe des Parlaments, Forum für Rede und Gegenrede zu sein<sup>55</sup>.

Redefreiheit

**40** Ein allgemeiner und auf beliebige Gegenstände gerichteter Informationsanspruch des Abgeordneten gegenüber der Exekutive besteht nicht. Der Abgeordnete hat einen Informationsanspruch zur Erfüllung der ihm durch sein Mandat zukommenden parlamentarischen Aufgaben und Befugnisse. Dem parlamentarischen Interpellationsrecht korrespondiert eine verfassungsrechtliche Pflicht der Bundesregierung, auf Fragen Rede und Antwort zu stehen und den Abgeordneten die zur Ausübung ihres Mandats erforderlichen Informationen zu verschaffen. Entsprechendes gilt für das Untersuchungsrecht des Parlaments<sup>56</sup>. Sehr weit gehen die Rechte der Abgeordneten auf Information im Rahmen der Gesetzgebung und des parlamentarischen Budgetrechts. Der Abgeordnete hat im Gesetzgebungsverfahren nicht nur das Recht, im Bundestag abzustimmen (zu „beschließen“, Art. 42 Abs. 2 GG); er hat auch das Recht zu beraten (zu „verhandeln“, Art. 42 Abs. 1 GG). Die vom Bundesverfassungsgericht gezogenen Schlüsse ergeben ein weitgespanntes Informationsrecht<sup>57</sup>. Eine Beratung verfehle ihren Zweck, wenn über den Beratungsgegenstand keine oder nur unzureichende Informationen zur Verfügung stünden. Die Abgeordneten bedürften daher grundsätzlich einer umfassenden Information, um ihren Aufgaben genügen zu können; das gelte insbes. für parlamentarische Minderheiten. Im Hinblick auf den engeren Verfahrensgegenstand sagt das Gericht: Dem einzelnen Abgeordneten erwächst aus seinem in Art. 38 Abs. 1 GG gewährleisteten Status ein Recht darauf, daß ihm grundsätzlich diejeni-

Informationsrecht

<sup>53</sup> BVerfGE 43, 142/149. — Siehe weiter unten unter I 4 c.

<sup>54</sup> Dazu unten unter I 4 d.

<sup>55</sup> BVerfGE 10, 4; 60, 374. — R. SCHOLZ Der antiparlamentarische Parlamentarier, in: Festgabe Bitburger Gespräche, 1984, S. 385/388 f.

<sup>56</sup> BVerfGE 57, 1/5; 67, 100/129. — Dazu CZAJA BTag 10. WP, 85. Sitzung, 20. 9. 1984, StenBer., S. 6234.

<sup>57</sup> BVerfGE 70, 324/355 ff. — W. W. SCHMIDT Informationsanspruch des Abgeordneten und Ausschusssitzungen, DÖV 1986, 236.

gen Informationen nicht vorenthalten werden, die ihm eine sachverständige Beurteilung des Haushaltsplans ermöglichen.

Die verfassungsrechtliche Garantie des parlamentarischen Mandats appelliert an das Gewissen des Abgeordneten und enthält damit einen Hinweis darauf, daß die garantierte Rechtsstellung pflichtgebunden ist<sup>58</sup>. Das mit der Wahl erworbene Mandat ist dem Abgeordneten nicht zur Ausübung nach eigenem Belieben überlassen, sondern als Mitglied der Volksvertretung und somit gebunden durch die Verantwortung, sich der Mitwirkung an der Aufgabenerfüllung des Parlaments nicht nach Privatwillkür zu entziehen<sup>59</sup>.

Durch Gesetz und Geschäftsordnung sind die daraus im einzelnen abzuleitenden Pflichten näher bestimmt, ebenso auch die Rechtsnachteile, die bei einer Verletzung dieser parlamentarischen Pflichten eintreten oder ausgesprochen werden dürfen<sup>60</sup>. Der Verlust des Mandats kann nach den für die Mitgliedschaft im Bundestag geltenden Verfassungsvorschriften als Rechtsfolge der Pflichtverletzung nicht vorgesehen werden; anders ist die Rechtslage nach einigen Landesverfassungen<sup>61</sup>.

Die Art und Weise, wie der Abgeordnete das Mandat zur Verfolgung seiner politischen Meinungen und Bestrebungen wahrnimmt, kann in den Grenzen der Verfassung und der Gesetze kein Gegenstand von Rechtspflichten sein. Das freie Mandat sichert in diesem Hauptpunkt die Unabhängigkeit des Abgeordneten; damit wäre es unvereinbar, wenn die Mandatsausübung einer sachlich bestimmten Verantwortlichkeit oder Pflichtbindung unterworfen wäre oder unterworfen werden könnte.

Die parlamentarischen Pflichten betreffen das Verhalten des Abgeordneten im Parlament und bei der Ausübung des Mandats. Der Abgeordnete ist verpflichtet, an den Arbeiten des Bundestages teilzunehmen, sich an die Regeln der Geschäftsordnung zu halten und den Anordnungen des Präsidenten bei der Sitzungsleitung und in Ausübung der Ordnungsgewalt Folge zu leisten. Die Verhaltensregeln, die der Bundestag sich gibt (§ 44 a Abgeordnetengesetz, § 18 GeschO BTag mit Anlage 1), sind Pflichtbindungen kraft des Mandats, nicht Einschränkungen der parlamentarischen Wahrnehmung des Mandats<sup>62</sup>.

Der Abgeordnete unterliegt wegen der ihm aufgrund seines Amtes bekanntgewordenen Tatsachen bestimmten Vertraulichkeitspflichten. Die unbefugte Offenbarung von Geheimnissen und die Verletzung von besonders auferlegten Geheimhaltungspflichten ist strafbar (§ 353 b StGB). Die Tat wird nur mit Ermächtigung des Präsidenten des Bundestages (oder der gesetzgebenden Körperschaft des Landes) verfolgt. Im übrigen ist der Geheimnisschutz des Parlaments Sache des dem Parlament zustehenden Organisationsermessens. Das gilt auch für dessen notwendige Beteiligung am geheimen Wissen der Regierung. Der Bundestag hat dem durch gesetzliche Regelungen und vor allem durch die Geschäftsordnung

**41**  
Pflichtgebundenheit  
des Abgeordneten

**42**  
Grundlage der  
Einzelpflichten,  
Rechtsnachteile bei  
Pflichtverletzung

**43**  
Freies Mandat und  
Pflichten

**44**  
Gegenstand der  
Abgeordneten-  
pflichten

**45**  
Vertraulichkeits-  
pflichten,  
Geheimnisschutz

<sup>58</sup> Siehe oben unter I 2 a und e.

<sup>59</sup> Vgl. BVerfGE 56, 396/405.

<sup>60</sup> H. TROSSMANN Bundestag (Fn. 52), S. 102 f; N. ACHTERBERG Parlamentsrecht (Fn. 7), S. 261 ff.

<sup>61</sup> Siehe oben unter I 3 b und unten unter II 1 d.

<sup>62</sup> Siehe unten unter II 1 c.

Rechnung getragen<sup>63</sup>. Die Geheimschutzordnung, die Bestandteil der Geschäftsordnung des Bundestages ist (Anlage 3), regelt die Behandlung aller Angelegenheiten, die durch besondere Sicherungsmaßnahmen gegen die Kenntnismahme durch Unbefugte geschützt werden müssen (§ 17 GeschO BTag). Im deutschen Verfassungsrecht singular ist die ausdrückliche Vorschrift in Art. 83 Abs. 2 BremVerf., wonach die Abgeordneten verpflichtet sind, alle ihnen in ihrer Eigenschaft als Mitglieder der Bürgerschaft bekannt werdenden vertraulichen Schriftstücke, Drucksachen, Verhandlungen der Bürgerschaft und ihrer Ausschüsse sowie der Behörden geheim zu halten.

#### *b) Parlamentsautonomie und Mandatsausübung*

**46** Die dem Abgeordneten zur parlamentarischen Ausübung des Mandats zugewiesene Rechtsstellung ist den Schranken unterworfen, die das Parlament kraft seiner Geschäftsordnungsregelungen als Schranken der Abgeordnetenrechtsstellung (Art. 40 Abs. 1 Satz 2 GG) zur Sicherung seiner Geschäftsfähigkeit und im Interesse der zur Verhandlung stehenden Gegenstände festlegt. Die Regeln der Geschäftsordnung müssen mit der Verfassung im Einklang stehen und dürfen demnach auch die durch Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG garantierte Freiheit des Mandats nicht beeinträchtigen.

**47** Die zur Durchsetzung dieser Regeln bestehende Ordnungsgewalt des Parlaments, deren Ausübung dem Präsidenten, unterstützt durch den Ältestenrat, obliegt, beruht auf der Geschäftsordnungsautonomie<sup>64</sup>.

Die Ordnungsmaßnahmen, die der Präsident des Bundestages im Rahmen der Sitzungen gegenüber den Abgeordneten aussprechen kann, sind in den Vorschriften der §§ 36 ff GeschO BTag geregelt. Sie reichen vom Ordnungsruf über die Wortentziehung bis zum Ausschluß für bis zu dreißig Sitzungstagen<sup>65</sup>. Der Ausschluß hat auch eine Kürzung der Kostenpauschale zur Folge (§ 38 Abs. 5 GeschO BTag in Verb. mit § 14 Abgeordnetengesetz). Die „Rüge“, die der amtierende Präsident des Bundestages einem Abgeordneten erteilt, ist eine in der Geschäftsordnung nicht geregelte Disziplinarmaßnahme, die den Status des Gerügten in der Regel nicht berührt<sup>66</sup>.

#### *c) Abgeordneter und Fraktion*

**48** Die Fraktionen sind die Erscheinungsform der Parteien im Parlament. Sie sind nicht nur Teil ihrer Partei, sondern „als Gliederung des Bundestages der organisierten Staatlichkeit eingefügt“<sup>67</sup>. Die Fraktionen sind notwendige Einrichtungen

<sup>63</sup> BVerfGE 67, 100/135 f; 70, 324/358 f.

<sup>64</sup> BVerfGE 10, 4/12 f; 44, 308/314 f; 60, 374/379; 70, 324/359. — W. WIESE Das Amt des Abgeordneten, AöR 101, 1976, S. 548/561 ff; H. H. KLEIN Status des Abgeordneten (Fn. 19), S. 379, 382 f; M. SCHRÖDER Grenzen der Gestaltungsfreiheit des Parlaments bei der Festlegung des Beratungsmodus, JURA 1987, 469.

<sup>65</sup> H. TROSSMANN Bundestag (Fn. 52), S. 191 ff; R. SCHOLZ Parlamentarier (Fn. 55), S. 394 ff. — In Art. 85 Abs. 2 BremVerf. und Art. 13 Abs. 3 HambVerf. finden sich ausdrückliche Verfassungsnormen über den zeitweisen Ausschluß von Abgeordneten bei grober Ungebühr oder wiederholten Zuwiderhandlungen gegen die zur Aufrechterhaltung der Ordnung gegebenen Vorschriften.

<sup>66</sup> BVerfGE 60, 374.

<sup>67</sup> BVerfGE 20, 56/104.

des Verfassungslebens; als Teile und ständige Gliederungen einer parlamentarischen Körperschaft haben sie den technischen Ablauf der Meinungsbildung und Beschlußfassung in gewissem Grade zu steuern und damit zu erleichtern<sup>68</sup>.

Die Fraktionen, nicht die einzelnen Abgeordneten, sind die maßgebenden Faktoren der parlamentarischen Meinungs- und Willensbildung. Das Parlamentsrecht rechnet in der Regel mit Fraktionen und Fraktionsstärken. Dennoch verfügt der einzelne Abgeordnete über eine Reihe selbständiger parlamentarischer Befugnisse. In diesen Rechten wie auch in der verfassungsrechtlich garantierten Selbständigkeit des Mandats und Freiheit der Mandatsausübung, welche die Basis der inneren Ordnung und der Meinungs- und Willensbildung der Fraktion sind<sup>69</sup>, äußert sich der verfassungsrechtliche Grundtatbestand der parlamentarischen Repräsentation.

Das Recht des Abgeordneten, sich mit anderen Abgeordneten gleicher politischer Haltung zu einer Fraktion zusammenschließen, folgt nicht aus der Parteizugehörigkeit, sondern aus dem Mandat und ist — wie dessen Ausübung selbst — Sache freier Entscheidung<sup>70</sup>. Dieses Recht ist für die effektive Ausübung des Mandats und für die Leistungsfähigkeit des Parlaments selbst von großem Gewicht.

Die Mitwirkung des Abgeordneten in der Fraktion gewährleistet erst die gebotene Arbeitsteilung. Dem einzelnen Abgeordneten „muß die Möglichkeit belassen werden, sich bestimmten Sachgebieten, denen sein Interesse gilt und für die er Sachverstand besitzt, besonders eingehend zu widmen und darüber die Beschäftigung mit anderen Themenkreisen, soweit dies vertretbar erscheint, hintanzustellen. Dies erfordert nicht nur die auch auf Arbeitsteilung gegründete Funktionstüchtigkeit des Parlaments, sondern vor allem das parlamentarische System selbst, für dessen Bestand das politische Engagement und der Sachverstand des einzelnen Abgeordneten unverzichtbar sind“<sup>71</sup>.

Die Stellung des Abgeordneten in der Fraktion kann somit nicht nur als eine Beschneidung seines Wirkungskreises und seiner Aktionsmöglichkeiten gesehen werden. Die Zugehörigkeit zu einer Partei und einer Fraktion verschafft dem Abgeordneten eine Chance politischer Mitwirkung, die weit über den Einfluß mit Hilfe des Mandats allein hinausreicht.

Die Gefahr, daß die Partei oder Fraktion ihre Macht mißbraucht, darf dennoch nicht aus dem Auge verloren werden. Die Garantie des freien Mandats verpflichtet das Parlament, kraft seiner gesetzgebenden Gewalt und seiner Geschäftsordnungsautonomie, Vorkehrungen gegen einen Mißbrauch zu treffen, etwa durch die Sicherung der innerparteilichen Demokratie im Parteiengesetz (Art. 21 Abs. 1

**49**  
Bedeutung der Fraktionen, selbständige Abgeordnetenstellung, Grundtatbestand der Repräsentation

**50**  
Recht zur Fraktionsbildung

**51**  
Sachgebietsbezogene Mitwirkung des Abgeordneten in der Fraktion

**52**  
Fraktions- und Parteizugehörigkeit als Mitwirkungschance

**53**  
Pflicht des Parlaments zur Sicherung des freien Mandats

<sup>68</sup> BVerfGE 10, 4/14 f; 43, 142/147; 44, 308/318. — P. BADURA BonnKomm. (Fn. 12), Rdn. 73 ff; H. BORCHERT Die Fraktion, AöR 102, 1977, S. 210.

<sup>69</sup> Siehe oben unter I 2 b und c.

<sup>70</sup> BVerfGE 43, 142/149; 70, 324/354; H.-W. ARNDT/M. SCHWEITZER Mandat und Fraktionsstatus, ZParl 1976, 71/78. — Ein Recht des einzelnen Abgeordneten auf eine bestimmte Höhe von Fraktionszuschüssen und auf die Regelung ihrer Verteilungskriterien durch den Haushaltsgesetzgeber kann aus der Gewährleistung des freien Mandats nicht hergeleitet werden (BVerfGE 62, 194).

<sup>71</sup> BVerfGE 44, 308/316.



Satz 3 und Abs. 3 GG), durch eine angemessene Amtsausstattung (§ 12 Abgeordnetengesetz) und durch die Ordnung des Ausschußwesens.

**54** Die unumgängliche Bindung oder Mediatisierung des Abgeordneten in seiner Fraktion darf nicht über das hinausgehen, was zur Sicherung des Ablaufs der Parlamentsarbeit geboten ist, und findet ihre Grenze darin, daß die notwendige Entscheidungsfreiheit und Selbstverantwortlichkeit des einzelnen Abgeordneten erhalten bleiben muß<sup>72</sup>.

*d) Mitwirkung in Ausschüssen*

**55** Die Ausschüsse sind vorbereitende Beschlußorgane des Bundestages (§§ 54 ff. GeschO BTag). Das System für eine dem Stärkeverhältnis der Fraktionen entsprechende Zusammensetzung der Ausschüsse und die Zahl der Mitglieder bestimmt der Bundestag. Die Fraktionen benennen die Ausschußmitglieder und deren Stellvertreter (§ 57 GeschO BTag).

**56** Das Parlamentsrecht gibt das für die Arbeitsfähigkeit des Bundestages und für die wirksame Politik der in ihm vertretenen Parteien wesentliche Recht, die Zusammensetzung der Ausschüsse zu bestimmen und die Abgeordneten in die einzelnen Ausschüsse zu berufen, in die Hand der Fraktion. Darin liegt eine erhebliche, jedoch für die Leistungsfähigkeit der Volksvertretung unumgängliche Einschränkung in der Ausübung des Mandats. Sie ist verfassungsrechtlich zulässig, wenn nicht sogar geboten; ein Recht des Abgeordneten, in einen Ausschuß entsandt zu werden und in ihm nach seinem Entschluß zu verbleiben, folgt aus dem Mandat nicht. Sofern der Abgeordnete die Partei oder Fraktion verläßt oder aus ihr ausgeschlossen wird, kann die Fraktion an seiner Stelle einen anderen Abgeordneten für den Ausschuß benennen<sup>73</sup>. Die parlamentsrechtliche Befugnis der Fraktionen, die Ausschußsitze zu besetzen, ist gebunden an die Garantie des freien Mandats und darf deshalb nicht zu Weisungsrechten oder einem „recall“ bei Nichtbefolgung von Fraktionsgeboten mißbraucht werden<sup>74</sup>. Die Unabhängigkeit des einzelnen Ausschußmitgliedes bei seiner Meinungsbildung und Stimmabgabe darf nicht im Einzelfall durch die Verkoppelung mit einem angedrohten Ausschußrückruf in Frage gestellt werden, das abweichende Verhalten des Abgeordneten selbst darf — wie auch sonstige Umstände, die es politisch opportun erscheinen lassen — zum Anlaß einer anderweitigen Ausschußbesetzung genommen werden. Die wesentliche praktische Garantie dieser Unabhängigkeit liegt in der inneren Ordnung und Verfahrensweise der Fraktion, die über die Benennung der Ausschußmitglieder beschließt.

<sup>72</sup> BVerfGE 10, 4/14 f.

<sup>73</sup> J. WEILER Ausschußrückzug als verschleiertes imperatives Mandat?, DÖV 1973, 231; U. SCHEUNER Imperatives Mandat (Fn. 12), S. 165; H. TROSSMANN Bundestag (Fn. 52), S. 96 f; H.-H. KASTEN Ausschußorganisation und Ausschußrückruf, 1983; CL. ARNDT Der Bundestagsabgeordnete als Ausschußmitglied, ZfP 1984, 523; H. SENDLER Abhängigkeiten (Fn. 12), S. 1429. — Abw. Auff. H. H. KLEIN Zur Rechtsstellung des Bundestagsabgeordneten als Ausschußmitglied, DÖV 1972, 329; DERS. Status des Abgeordneten (Fn. 19), S. 376.

<sup>74</sup> J. WEILER Ausschußrückzug (Fn. 73), S. 232; H. H. KLEIN Rechtsstellung (Fn. 73), S. 329 f; CL. ARNDT Bundestagsabgeordneter (Fn. 73), S. 529.

Der Abgeordnete hat als Mitglied einer Fraktion ebensowenig wie als fraktionsloser Abgeordneter einen Anspruch darauf, in ein zahlenmäßig begrenztes Gremium des Bundestages gewählt zu werden. Das parlamentarische Mandat gibt ihm das Recht, sich zur Wahl zu stellen und an ihr nach den Regeln des Parlamentsrechts mitzuwirken<sup>75</sup>.

**57**  
Kein Anspruch auf  
Wahl in ein limitiertes  
Gremium

## II. Rechte und Pflichten des Abgeordneten

### 1. Das Abgeordnetenverhältnis und der Status des Abgeordneten

#### a) Status und „Amt“ des Abgeordneten

Zur Kennzeichnung der Rechtsstellung, die dem Abgeordneten aufgrund des parlamentarischen Mandats zukommt, hat das Bundesverfassungsgericht davon gesprochen, daß dem Abgeordneten „ein eigener verfassungsrechtlicher Status“ gewährt sei und daß „die mit diesem Status verbundenen Rechte“ im Verfassungsstreit geltend gemacht werden könnten. Kern dieses Status ist das dem einzelnen Abgeordneten garantierte Recht, „unmittelbar am Verfassungsleben teilzuhaben“<sup>76</sup>. Die durch das freie parlamentarische Mandat bestimmte Rechtsstellung des Abgeordneten ist „eine Rechts- und Pflichtenstellung“<sup>77</sup>. Für die Ausübung des Mandats und für den durch das Mandat begründeten Status des Abgeordneten gilt, daß alle Mitglieder des Parlaments mit formaler Strenge gleichgestellt sind und ihre Rechte in formal möglichst gleicher Weise sollen ausüben können<sup>78</sup>.

**58**  
Eigener  
verfassungsrechtlicher  
Status des  
Abgeordneten

„Status“ ist die durch Rechtsnormen begründete, Rechte und Pflichten verbindende Rechtsstellung eines Rechtssubjekts. Der Abgeordnete verfügt über einen verfassungsrechtlichen Status, ihm ist außerdem ein „Amt“ anvertraut. Die Verfassungsnorm des Art. 39 WeimRVerf. sprach von der Ausübung des „Amtes“ (sc. von Beamten und Angehörigen der Wehrmacht) als Mitglieder des Reichstags oder eines Landtags“ und Art. 48 GG enthält eine Schutznorm für die Übernahme und die Ausübung des Amtes eines Abgeordneten. „Amt“ ist der durch Rechtsvorschriften einer natürlichen Person zur pflichtgemäßen Wahrnehmung zugewiesene Wirkungskreis. Wenn im Hinblick auf die durch das Mandat gegebene Rechtsstellung des Abgeordneten neben dem technischen Begriff des Status betont der normativ anspruchsvollere Begriff des Amtes verwendet wird, wird damit häufig die Pflichtgebundenheit der Rechte des Abgeordneten und die innere Rechtfertigung dieser Rechte durch das Prinzip der parlamentarischen Repräsentation betont<sup>79</sup>. Dieses Verständnis wird in einigen Äußerungen einseitig zu einer „amtsrechtlichen“ Ausrichtung des Abgeordnetenstatus gesteigert, indem das „Amt“ als

**59**  
Statusbegriff, Amt des  
Abgeordneten

<sup>75</sup> BVerfGE 70, 324/354.

<sup>76</sup> BVerfGE 2, 143/164; 4, 144/149; 6, 445/447 f; 60, 374/379 f. — K. ABMEIER *Parlamentarische Befugnisse* (Fn. 52), S. 34 ff.

<sup>77</sup> BVerfGE 76, 256/541.

<sup>78</sup> BVerfGE 40, 296/317 ff.

<sup>79</sup> W. WIESE *Das Amt des Abgeordneten*, AöR 101, 1976, S. 548; J. ISENSEE *Demokratie — verfassungsrechtlich gezähmte Utopie*, in: U. MATZ (Hrsg.) *Aktuelle Herausforderungen der repräsentativen Demokratie*, 1985, S. 43/46 ff.

gemeinwohlgebunden und wertbestimmt aufgefaßt wird<sup>80</sup>. Diese Lehre setzt eine materiale Vorwegbestimmung der parlamentarischen Repräsentation voraus, die dem prozeduralen, „offenen“ Grundzug des demokratischen Parlamentarismus nicht vollständig gerecht wird.

**60**  
Gruppen und  
Funktion von Rechten  
und Pflichten

Die Rechte und Pflichten des Abgeordneten sind zuerst solche, die das Amt als Mitglied des Bundestages oder der Volksvertretung eines Landes betreffen, also die Ausübung des Mandats im Parlament<sup>81</sup>. Sie sind weiterhin solche, die sich auf Tatbestände beziehen oder an Tatbestände anknüpfen, die außerhalb der parlamentarischen Wirksamkeit des Abgeordneten liegen. Daher handelt es sich um Rechte und Pflichten, die dem Schutz der Funktionsfähigkeit und der repräsentativen Legitimation des Parlaments und der Sicherung der Unabhängigkeit des Abgeordneten dienen oder die Tätigkeit des Abgeordneten erleichtern sollen, wie das Recht der freien Benutzung aller staatlichen Verkehrsmittel (Art. 48 Abs. 3 Satz 2 GG). Pflichtbindungen des Mandats können auch der Gewährleistung anderer Verfassungsgrundsätze, wie der Gewaltenteilung oder der Rechtsstellung und Funktionsfähigkeit anderer Staatsorgane dienen; Beispiele dafür sind die Inkompatibilitätsvorschriften.

**61**  
Zeugnis-  
verweigerungsrecht,  
Beschlagnahme-  
privileg

Das besondere Zeugnisverweigerungsrecht und das damit korrespondierende Beschlagnahmeprivileg für Schriftstücke, auf das sich die Abgeordneten nach Art. 47 GG und entsprechenden Vorschriften der Landesverfassungen berufen können, war erstmals durch Art. 38 WeimRVerf.<sup>82</sup> geschaffen worden. Dieses Recht schützt das Vertrauensverhältnis, das im Einzelfall zwischen dem Abgeordneten und einem Dritten in Rücksicht auf die Mandatsausübung zustande gekommen ist. Die gesetzliche Regelung des Rechts ist insbes. durch die prozeßrechtlichen Vorschriften der §§ 53 Abs. 1 Nr. 4, 53 a Abs. 1, 97 Abs. 3 und 4 StPO und §§ 383 Abs. 1 Nr. 6, Abs. 3 ZPO erfolgt. Ob der Abgeordnete von diesem Recht Gebrauch macht, ist seiner freien Entscheidung anheimgegeben.

#### *b) Entschädigung und Amtsausstattung*

**62**  
Anspruch auf  
Abgeordneten-  
entschädigung in  
Bund und Ländern

Die Abgeordneten des Bundestages haben Anspruch auf eine angemessene, ihre Unabhängigkeit sichernde Entschädigung (Art. 48 Abs. 3 Satz 1 GG). Die Landesverfassungen enthalten entsprechende Grundsatznormen über die Diäten der Abgeordneten der Volksvertretungen in den Ländern<sup>83</sup>.

**63**  
Entwicklung der  
Abgeordneten-  
entschädigung

Eine Entschädigung für den besonderen, mit dem Abgeordnetenmandat verbundenen Aufwand wurde für die Mitglieder des Reichstags erstmals durch die Änderung des Art. 32 RV 1871 ermöglicht, der durch das Gesetz vom 21. Mai 1906 (RGBl. S. 467) folgende Fassung erhielt: „Die Mitglieder des Reichstags dürfen als

<sup>80</sup> A. KÖTTGEN Abgeordnete und Minister als Statusinhaber, in: Gedächtnisschrift für Walter Jellinek, 1955, S. 195; W. HENKE Das Recht der politischen Parteien, 1964, S. 91. — Darstellung und Kritik dieser Lehre: M. SCHRÖDER Grundlagen und Anwendungsbereich des Parlamentsrechts, 1979, S. 142 ff, 280 ff.

<sup>81</sup> Siehe oben unter I 4 a.

<sup>82</sup> A. GRAF ZU DOHNA Insbesondere: Redefreiheit, Immunität und Zeugnisverweigerungsrecht, HDSr I, 1930, S. 439/446.

<sup>83</sup> Die nähere Darstellung findet sich in § 16 Entschädigung und Amtsausstattung (H. H. VON ARNIM) in diesem Hdbch.

solche keine Besoldung beziehen. Sie erhalten eine Entschädigung nach Maßgabe des Gesetzes.“ Die gesetzliche Regelung erfolgte durch das Gesetz, betr. die Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder des Reichstags, vom 21. Mai 1906 (RGBl. S. 468). Der Sinn dieser neuen Bestimmungen war, die Entschließungsfreiheit, die traditionsgemäß zum Wesen des parlamentarischen Repräsentativsystems gehört, zu sichern und damit die Abgeordneten in die Lage zu versetzen, die sich aus ihrem repräsentativen verfassungsrechtlichen Status ergebenden Rechte und Pflichten in Freiheit auszuüben. Im weiteren Fortgang haben sich die Diäten aus einer Aufwandsentschädigung zu einem Entgelt für die im Parlament geleisteten Dienste mit dem Charakter einer Besoldung oder einem Gehalt gewandelt, zu einem aus der Staatskasse für eine mehr oder weniger beruflich ausgeübte Tätigkeit als Lebensunterhalt bezogenen Einkommen<sup>84</sup>. Diese Veränderung des Charakters der Diäten beruht auf einem Wandel des Status des Abgeordneten: „Je mehr nämlich die Abgeordneten von ihrem früheren repräsentativen Status eingebüßt haben, um so weniger kann die Aufwandsentschädigung ihren ursprünglichen Sinn erfüllen, die Unabhängigkeit des einzelnen Abgeordneten sicherzustellen“<sup>85</sup>. Der Abgeordnete ist dadurch nicht etwa „Beamter“ geworden. Er ist auch heute — vom Vertrauen der Wähler berufen — Inhaber eines öffentlichen Amtes, Vertreter des ganzen Volkes mit freiem parlamentarischem Mandat. Er „schuldet“ rechtlich keine Dienste und verfügt über keine dem beamtenrechtlichen Alimentationsprinzip vergleichbare Garantie. Die grundlegenden statusrechtlichen Unterschiede zwischen dem Abgeordneten und dem Beamten bestehen fort<sup>86</sup>.

Das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages (Abgeordnetengesetz — AbgG) vom 18. Februar 1977 (BGBl. I S. 297), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 1987 (BGBl. I S. 1674)<sup>87</sup>, enthält in dem Vierten bis Achten Abschnitt die näheren Bestimmungen. Zu den „Leistungen an Mitglieder des Bundestages“ gehören die Entschädigung und die Amtsausstattung. Die Amtsausstattung wird als Aufwandsentschädigung zur Abgeltung der durch das Mandat veranlaßten Aufwendungen in Gestalt von Geld- und Sachleistungen gewährt, insbes. durch eine monatliche Kostenpauschale.

Die Länder haben in den Grundzügen übereinstimmende, aber in der Einzelausgestaltung nicht unwesentlich divergierende Regelungen für die Abgeordneten ihrer Volksvertretungen getroffen.

### c) *Schutz der freien Mandatsausübung und der Unabhängigkeit des Abgeordneten*

Das Grundgesetz hat in Art. 48 GG eine Reihe von Rechten des Abgeordneten und des Bewerbers um ein Bundestagsmandat zusammengefaßt, die einen verfassungsrechtlichen Schutz für die Kandidaten um den Parlamentssitz und für die Aus-

**64**  
Nähere  
Bestimmungen im  
Abgeordnetengesetz

**65**  
Länderregelungen

**66**  
Regelungsinhalt des  
Art. 48 GG

<sup>84</sup> BVerfGE 4, 144/149 ff.; 32, 157/164; 40, 296/310 ff.

<sup>85</sup> BVerfGE 32, 157/164.

<sup>86</sup> BVerfGE 40, 296/314, 316 (dazu, Mißdeutungen abwehrend, W. GEIGER ZfP 9, 1978, S. 522); die Verschiedenartigkeit des Status schärfer betonend und das beamtenrechtliche Alimentationsprinzip als Bemessungsrichtlinie der Abgeordnetenentschädigung ausdrücklich verwendend: BVerfGE 76, 256/341 ff.

<sup>87</sup> Dazu unten unter II 3.

übung des Mandats gewähren und die Unabhängigkeit des gewählten Abgeordneten in Rücksicht auf seine materiellen Lebensbedürfnisse sichern sollen. In der Grundlinie betreffen diese Vorschriften Auswirkungen des künftigen oder des ausgeübten Mandats auf die bisherige Berufstätigkeit und auf die berufliche Daseinssicherung des Bewerbers um einen Sitz im Bundestag und des Abgeordneten.

**67** Die nähere Regelung und Ausgestaltung dieser Rechte ist durch das Abgeordnetengesetz erfolgt. Die Vorschriften dieses Gesetzes lassen sich in drei Regelungsbereiche gliedern. Das Abgeordnetengesetz behandelt — erstens — die Ausgestaltung der durch Art. 48 GG begründeten Garantien zum Schutz der freien Mandatsausübung im Hinblick auf den Beruf (§§ 2 bis 4 AbG) und zur Sicherung der Unabhängigkeit des Abgeordneten (§ 44 a AbG). Darauf ist sogleich einzugehen. Das Abgeordnetengesetz ordnet die Folgerungen für die Rechtsstellung der in den Bundestag gewählten Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die sich aus der Inkompatibilitätsvorschrift des Art. 137 Abs. 1 GG ergeben (§§ 5 bis 10 AbG)<sup>88</sup>. Es regelt — drittens — den Anspruch der Abgeordneten auf eine angemessene, ihre Unabhängigkeit sichernde Entschädigung und die sonstigen ihnen und ihren Hinterbliebenen zustehenden Leistungen<sup>89</sup>.

**68** Mit den Rechten gemäß Art. 48 Abs. 1 und 2 GG erstreckt das Grundgesetz eine herkömmlich auf die Beamten beschränkte Vergünstigung (vgl. Art. 39 WeimRVerf.) auf alle unselbständig Beschäftigten. Neben den Ansprüchen auf einen — unbezahlten — Wahlvorbereitungsurlaub (§ 3 AbG) und auf Kündigungsschutz (§ 2 Abs. 3 AbG) statuiert Art. 48 Abs. 2 Satz 1 GG ein allgemeines Behinderungsverbot. Dieses Verbot wird in § 2 AbG etwas deutlicher ausgeformt: Niemand darf gehindert werden, sich um ein Mandat im Bundestag zu bewerben, es anzunehmen oder auszuüben. Benachteiligungen am Arbeitsplatz im Zusammenhang mit der Bewerbung um ein Mandat sowie der Annahme und Ausübung eines Mandats sind unzulässig. Durch die Vorschrift des § 4 AbG wird einer mandatsbedingten Benachteiligung im Beruf in der Hinsicht vorgebeugt, daß die Mandatszeit auf die Berufs- und Betriebszugehörigkeit angerechnet wird. Bestrebungen, entsprechende Schutznormen für Angehörige freier Berufe, Gewerbetreibende und sonstige Selbständige zu schaffen, blieben im Parlamentarischen Rat ebenso erfolglos wie im Bundestag<sup>90</sup>.

**69** Im ganzen orientierte sich der Gesetzgeber an dem „Grundsatz der Trennung der Lebensabschnitte von Beruf und Mandat“<sup>91</sup>. Dieser „Grundsatz“ stellt allerdings nicht etwa ein Gebot des Verfassungsrechts dar. Soweit nicht Inkompatibilitätsvorschriften bestehen oder in zulässigem Maße durch Gesetz oder aufgrund Gesetzes zur Sicherung der Unabhängigkeit des Abgeordneten

<sup>88</sup> Dazu unten unter II 2.

<sup>89</sup> Siehe oben unter II 1 b sowie die nähere Darstellung in § 16 (Fn. 83).

<sup>90</sup> H. VON MANGOLDT Das Bonner Grundgesetz, 1953, Art. 48, Anm. 1; Bericht und Antrag des 2. Sonderausschusses zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages, BTag Drucks. 7/5903, S. 9 (zu § 1). — BGHZ 94, 248 (Anwaltssozietät).

<sup>91</sup> Bericht und Antrag (Fn. 90), S. 10 (zu § 4).

(Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG) Beschränkungen angeordnet sind, darf der Abgeordnete jedes Amt und jeden Beruf ausüben<sup>92</sup>.

Das allgemeine Behinderungsverbot des Art. 48 Abs. 2 Satz 1 GG gilt für privatrechtliche Rechtsbeziehungen und für die staatliche Hoheitsgewalt; es bindet auch den Gesetzgeber<sup>93</sup>. Sein Schutz wendet sich aber nur gegen solche Handlungen Dritter und solche normative Regelungen, die auf eine Erschwerung oder Behinderung der Übernahme oder der Ausübung des Mandats abzielen. Handlungen oder Regelungen, die in eine andere Richtung zielen, wie Inkompatibilitätsvorschriften oder die Einbehaltung des Gehalts oder sonstigen Entgelts wegen mandatsbedingter Nichterbringung einer geschuldeten Leistung, und nur unvermeidlicherweise die tatsächliche Folge oder Wirkung einer Beeinträchtigung der freien Mandatsübernahme oder -ausübung haben, werden durch das Behinderungsverbot nicht untersagt<sup>94</sup>.

Die Unabhängigkeit des Abgeordneten kann dadurch beeinträchtigt werden, daß die Bewerbung um ein Mandat oder die Mandatsausübung Benachteiligungen in dem bisherigen Beruf hervorrufen oder die Fortführung des Berufs und damit die materielle Daseinsgrundlage in Frage stellen. Im Hinblick darauf trifft Art. 48 GG einige Vorkehrungen, die besonders eingreifende Nachteile ausschließen sollen, ohne alle in Betracht kommenden Beeinträchtigungen abzuwehren. Weiteren Schutz bietet die Garantie des freien Mandats als die Grundnorm (Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG). Die Unabhängigkeit des Abgeordneten kann aber auch dadurch gefährdet sein, daß der Abgeordnete aufgrund seines Berufes oder wegen von ihm eingegangener besonderer Beziehungen zu Dritten, zu Verbänden oder zu Interessenten aller Art in wirtschaftliche Abhängigkeit gerät. In dieser Hinsicht enthält das Grundgesetz ausdrückliche Vorschriften nicht. Die Freiheit des Mandats beläßt es grundsätzlich in der selbstverantwortlichen Entschließung des Abgeordneten, in welcher Weise und bis zu welchem Grad der Bindung er sich politischen oder wirtschaftlichen Interessen öffnet. Auf der anderen Seite verbietet die Verfassungsnorm des Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG alle Verträge und Abreden, mit denen Meinung und Entscheidung des Abgeordneten gebunden werden, und fordert diese Verfassungsnorm darüber hinaus, daß durch Gesetz und Geschäftsordnung die notwendigen Vorkehrungen geschaffen werden, die zur Sicherung der Unabhängigkeit und Integrität des Abgeordneten geeignet und angemessen sind. Derartige Regelungen sind nicht etwa an sich untersagte Behinderungen im Sinne des Art. 48 Abs. 2 Satz 1 GG. Da Gebote und Verbote mit dieser Zwecksetzung die allgemeinen Rechte und Pflichten des Abgeordneten im Rechtsverkehr regeln,

**70**  
Bindungsadressaten  
und Schutzbereich des  
Behinderungsverbots

**71**  
Unabhängigkeit des  
Abgeordneten und  
dessen Schutz

<sup>92</sup> B. SCHMIDT-BLEIBTREU/F. KLEIN Kommentar zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 5. Aufl. 1980, Art. 48, Rdn. 6, 12; H. H. KLEIN Status des Abgeordneten (Fn. 19), S. 386.

<sup>93</sup> MAUNZ/DÜRIG Grundgesetz, Art. 48, Rdn. 7 ff; H. H. VON ARNIM BonnKomm., Art. 48 (Zweitbearb. 1980), Rdn. 28 ff.

<sup>94</sup> BVerfGE 42, 312/326 ff (kirchenrechtliche Regelung über die Unvereinbarkeit von geistlichem Amt und Abgeordnetenmandat).

bedürfen sie des Gesetzes oder gesetzlicher Grundlage<sup>95</sup>. Im Hinblick auf Art. 48 Abs. 3 GG hat das Bundesverfassungsgericht die Auffassung entwickelt, daß diese Verfassungsnorm in Verbindung mit Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG gesetzliche Vorkehrungen dagegen verlangt, daß Abgeordnete Bezüge aus einem Angestelltenverhältnis, aus einem sog. Beratervertrag oder ähnlichem, ohne die danach geschuldeten Dienste zu leisten, nur deshalb erhalten, weil von ihnen wegen ihres Mandats erwartet wird, sie würden im Parlament die Interessen des zahlenden Arbeitgebers, Unternehmers oder der zahlenden Großorganisation vertreten und nach Möglichkeit durchzusetzen versuchen<sup>96</sup>.

**72** Durch Art. I Nr. 4 des Gesetzes zur Neuordnung des Abgeordnetengesetzes  
Verhaltensregeln und des Europaabgeordnetengesetzes vom 22. September 1980 (BGBl. I S. 1752)<sup>97</sup> ist unter der Abschnittsüberschrift „Unabhängigkeit der Abgeordneten“ in das Abgeordnetengesetz die Vorschrift des § 44 a über „Verhaltensregeln“ eingefügt worden<sup>98</sup>. Danach gibt sich der Bundestag Verhaltensregeln, die eine Reihe gesetzlich festgelegter Bestimmungen enthalten müssen, u. a. über die Angabe beruflicher Tätigkeit und über die Offenlegung von Interessenverknüpfungen. Die Normativvorschrift über den Inhalt der Verhaltensregeln in § 44 a Abs. 2 AbgG ist durch das Sechste Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes vom 16. Januar 1987 (BGBl. I S. 142)<sup>99</sup> neu gefaßt worden<sup>100</sup>. Die vom Bundestag gemäß § 44 a AbgG zu beschließenden Verhaltensregeln sind Bestandteil der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages (§ 18 GeschO BTag, Anlage 1). Der danach in diesem Bereich zur Sicherung der Unabhängigkeit der Abgeordneten eingeschlagene Weg parlamentsrechtlicher Regeln baut auf die Wirkung der Publizität, ähnlich dem Parteienrecht (Art. 21 Abs. 1 Satz 4 GG, §§ 23 ff ParteienG)<sup>101</sup>.

#### *d) Mandatsverlust bei Pflichtverletzung*

**73** Die Verletzung der Pflichten, denen die Mitglieder des Bundestages aufgrund ihres  
Pflichtverletzung und Mandatsverlust im Bundesrecht verfassungsrechtlichen Status und nach gesetzlichen Vorschriften und Regeln der

<sup>95</sup> H. TROSSMANN Bundestag (Fn. 52), S. 104; H. H. VON ARNIM Stellungnahme zur vorgesehenen Neuordnung der Verhaltensregeln für Bundestagsabgeordnete (BT-Drucks. 10/3544 und 10/3557), Dt. Bundestag, Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung, 10. Wahlperiode, Protokoll G 28 (24. 10. 1985), Anlage 6, S. 4 f.

<sup>96</sup> BVerfGE 40, 296/318 f. — K. M. MEESSEN Beraterverträge und freies Mandat, in: Festschrift für Ulrich Scheuner, 1973, S. 431.

<sup>97</sup> Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P., BTag Drucks. 8/4114; Erste Beratung, Dt. BTag, 8. WP, 219. Sitzung, 23. 5. 1980, StenBer. S. 17 669; Beschlußempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses, BTag Drucks. 8/4293; Ergänzung zur Beschlußempfehlung, BTag Drucks. 8/4305; Zweite und Dritte Beratung, Dt. BTag, 8. WP, 225. Sitzung, 25. 6. 1980, StenBer. S. 18 291 f.

<sup>98</sup> H. H. ARNIM (Fn. 95); H. H. KLEIN Status des Abgeordneten (Fn. 19), S. 378 f.; H. SENDLER Abhängigkeiten (Fn. 12), S. 1432.

<sup>99</sup> Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., BTag Drucks. 10/3544; Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, BTag Drucks. 10/3557; Erste Beratung, Dt. BTag, 10. WP, 148. Sitzung, 26. 6. 1985, StenBer. S. 11 039 ff; Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung, BTag Drucks. 10/6687.

<sup>100</sup> H. FREUND Änderung des Verhaltensrechts für Mitglieder des Deutschen Bundestages, DÖV 1987, 435.

<sup>101</sup> Die nähere Darstellung erfolgt in § 19 Verhaltensregeln (H. A. ROLL) in diesem Hdbch.

Geschäftsordnung unterworfen sind, kann weder ex lege noch durch besondere Entscheidung den Verlust des Mandats zur Folge haben. Nur die durch das Bundesverfassungsgericht festgestellte Verletzung der Pflichten nach Art. 21 Abs. 2 GG durch die Partei, der der Abgeordnete angehört, ist mit dieser Rechtsfolge sanktioniert (§§ 46 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 und Abs. 4, 47 Abs. 1 Nr. 5 und Abs. 3 BWahlG). Von diesem Fall abgesehen, könnte ein Mandatsverlust bei Pflichtverletzung für Abgeordnete des Bundestages nur durch ein verfassungsänderndes Gesetz eingeführt werden<sup>102</sup>.

Anders als im Bundesrecht ist in einer Reihe von Landesverfassungen der Mandatsverlust wegen Pflichtverletzung vorgesehen, teils im Wege der Abgeordnetenanklage — so gemäß Art. 42 Verf.BadWürtt., Art. 61 BayVerf., Art. 13 Vorl.Nds.Verf., Art. 85 Saarl.Verf. —, teils durch von der Volksvertretung zu beschließenden Ausschluß aus der Bürgerschaft — so gemäß Art. 85 Brem.Verf., Art. 13 HambVerf.<sup>103</sup>.

Die Abgeordnetenanklage wird durch das Landesparlament, das hierüber mit qualifizierter Mehrheit<sup>104</sup> beschließen muß, beim Verfassungsgericht des Landes erhoben, das auf Verlust des Mandats<sup>105</sup> erkennen kann. Der Antrag, über die Erhebung der Anklage zu beschließen, kann nur von einer qualifizierten Minderheit (ein Drittel der gesetzlichen Mitgliederzahl) gestellt werden<sup>106</sup>. Die Vorschriften über das Verfahren vor dem Gericht finden sich in den Landesgesetzen über die Verfassungsgerichtsbarkeit<sup>107</sup>. Der mit der Abgeordnetenanklage gestellte Antrag auf Aberkennung des Mandats muß den Vorwurf erheben, der Abgeordnete habe seine Stellung in gewinnsüchtiger Absicht mißbraucht; in Bayern und im Saarland kann die Anklage auch mit dem Vorwurf erhoben werden, daß der Abgeordnete vorsätzlich Mitteilungen, deren Geheimhaltung in einer Sitzung des Landtags oder eines seiner Ausschüsse beschlossen worden ist, in der Voraussicht, daß diese öffentlich bekannt werden, einem anderen zur Kenntnis gebracht hat.

**74**  
Pflichtverletzung und  
Mandatsverlust im  
Landesverfassungs-  
recht

**75**  
Abgeordnetenanklage

<sup>102</sup> R. SCHOLZ *Parlamentarier* (Fn. 55), S. 397. — Siehe oben unter I 3 b.

<sup>103</sup> P. BADURA *BonnKomm.* (Fn. 12), Rdn. 64; O. KRATZSCH *Befugnisse der Länderparlamente zur Aberkennung des Abgeordnetenmandats bei Unwürdigkeit und Mandatsmißbrauch*, DÖV 1970, 372; P. KRAUSE *Freies Mandat und Kontrolle der Abgeordnetentätigkeit*, DÖV 1974, 325/331 ff.; N. WIESE *Amt* (Fn. 79), S. 565 ff.

<sup>104</sup> Zwei Drittel der gesetzlichen Mitgliederzahl; in: Baden-Württemberg bei Anwesenheit von mindestens zwei Dritteln der Mitglieder des Landtags eine Zweidrittelmehrheit, die jedoch mehr als die Hälfte der Mitglieder des Landtags betragen muß (siehe TH. MEDER *Die Verfassung des Freistaates Bayern*, 3. Aufl. 1985, Art. 61, Rdn. 3).

<sup>105</sup> Das bayerische Recht sieht einen derartigen Spruch nicht ausdrücklich vor.

<sup>106</sup> Nach Art. 61 Abs. 4 Satz 2 BayVerf. kann jedes Mitglied des Landtags Antrag gegen sich selbst stellen.

<sup>107</sup> §§ 8 Abs. 1 Nr. 5, 43 BadWürtt. Gesetz über den Staatsgerichtshof vom 13. 12. 1954 (GBl. S. 171), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. 3. 1976 (GBl. S. 310); Art. 2 Nr. 1, 37 bayer. Gesetz über den Verfassungsgerichtshof in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. 10. 1962 (BayRS 1103-1-5); §§ 13 Nr. 2, 21 ff nds. Gesetz über den Staatsgerichtshof vom 31. 3. 1955 (Sb I S. 1103), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. 2. 1978 (GVBl. S. 101); §§ 7 Nr. 2, 26 ff saarl. Gesetz Nr. 645 über den Verfassungsgerichtshof vom 17. 7. 1958 (BS-1103-1), zuletzt geändert durch Gesetz Nr. 1121 vom 19. 3. 1980 (Abl. S. 546, ber. S. 662). — L. FREUND *Die Anklageverfahren vor den Landesverfassungsgerichten*, in: CHR. STARCK / K. STERN (Hrsg.) *Landesverfassungsgerichtsbarkeit 1983*, Teilband II, S. 307.



**76** Als ein Vorbild für die landesverfassungsrechtliche Abgeordnetenanklage wird die unter dem Eindruck des Barmat-Skandals eingeführte Bestimmung des § 41 Abs. 3 Nr. 1 der Verfassungsurkunde des Freistaates Bayern in der Fassung der Novelle vom 17. Juni 1925 zu gelten haben: „Auf Verlust der Mitgliedschaft ist (sc. durch den Staatsgerichtshof) zu erkennen gegen Abgeordnete, welche in gewinnsüchtiger Absicht ihren Einfluß als Abgeordnete in einer die Ehre und das Ansehen der Volksvertretung gröblich gefährdenden Weise mißbraucht haben“<sup>108</sup>.

**77** Der im hanseatischen Verfassungsrecht vorgesehene Ausschluß aus der Bürgerschaft setzt den Tatbestand voraus, daß ein Abgeordneter sein Amt ausnutzt, um sich oder anderen persönliche Vorteile zu verschaffen oder sich beharrlich weigert, die ihm als Bürgerschaftsmitglied obliegenden Geschäfte zu erfüllen<sup>109</sup> oder der Pflicht zur Verschwiegenheit (Hamburg: gröblich) zuwiderhandelt. Der Beschluß bedarf qualifizierter Mehrheit, in Bremen einer Mehrheit von drei Vierteln der gesetzlichen Zahl der Mitglieder oder, falls weniger, jedoch mindestens die Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl anwesend sind, der Einstimmigkeit, in Hamburg einer Mehrheit von drei Vierteln der gesetzlichen Mitgliederzahl<sup>110</sup>. Der ausgeschlossene Abgeordnete kann gem. Art. 93 Abs. 1 Nr. 4 GG und § 71 Abs. 1 Nr. 3 BVerfGG das Bundesverfassungsgericht anrufen<sup>111</sup>.

#### e) Verfassungsgerichtlicher Rechtsschutz

**78** Die Rechte, die dem Abgeordneten des Bundestages aufgrund seines in der Organstreitigkeit, keine Verfassungsbeschwerde Garantie des freien Mandats fundierten verfassungsrechtlichen Status zustehen, kann er gegenüber anderen Verfassungsorganen im Wege der Organstreitigkeit geltend machen (Art. 93 Abs. 1 Nr. 1 GG; §§ 13 Nr. 5, 63 ff BVerfGG)<sup>112</sup>. Die Garantie des Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG ist kein Grundrecht. Sie umschreibt die organschaftliche Stellung des Abgeordneten und legt ihm Pflichten als Mitglied des Parlaments auf; die aus diesem Status abzuleitenden Rechte können nicht Gegenstand einer Verfassungsbeschwerde sein<sup>113</sup>.

**79** Der Abgeordnete der Volksvertretung eines Landes kann die ihm nach der Landesverfassung zustehenden Statusrechte nach den landesrechtlichen Vorschriften vor dem Landesverfassungsgericht, in Ermangelung landesverfassungsrechtlichen Rechtsschutzes mit Hilfe der subsidiären Landes-Organstreitigkeit vor dem Bundesverfassungsgericht geltend machen (Art. 93 Abs. 1 Nr. 4 GG, § 71 Abs. 1 Nr. 3 BVerfGG).

<sup>108</sup> H. VON JAN Aberkennung der Abgeordneteneigenschaft im bayerischen Landtag, AöR 48, 1925, S. 314.

<sup>109</sup> Art. 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 HambVerf.: „... seine Pflichten als Abgeordneter aus eigennützligen Gründen gröblich vernachlässigt“.

<sup>110</sup> Die Anrufung des Hamburgischen Verfassungsgerichts ist ausgeschlossen (Art. 13 Abs. 2 S. 3 in Verb. mit Art. 9 Abs. 2 HambVerf.).

<sup>111</sup> O. KRATZSCH Befugnis der Länderparlamente (Fn. 103), S. 374; CHR. PESTALOZZA Verfassungsprozessrecht, 2. Aufl. 1982, S. 88 ff, 314 f.

<sup>112</sup> BVerfGE 2, 143/164; 4, 144/149; 6, 445/448; 43, 142/148; 60, 374/379; 62, 1/31 f; 70, 324/350. — K. STERN Staatsrecht Bd. 1, 2. Aufl. 1984, S. 1044/1066 f; K. ABMEIER Parlamentarische Befugnisse, S. 243 ff; D. C. UMBACH in: Festschrift für Wolfgang Zeidler, 1987, Bd. 2, S. 1235.

<sup>113</sup> BVerfGE 4, 445.

## 2. Inkompatibilitäten

Die Verfassung und — zum Schutz des freien Mandats oder anderer Verfassungsgüter — das Gesetz können bestimmte Ämter oder Tätigkeiten mit oder ohne Erwerbscharakter für unvereinbar mit dem Innehaben oder der Ausübung des parlamentarischen Mandats erklären und damit den Abgeordneten daran hindern, einer derartigen Betätigung neben dem Mandat nachzugehen. Parlamentarische Inkompatibilitäten können ausdrücklich durch Verfassungssatz angeordnet sein oder sich durch Auslegung aus dem freien Mandat, der Gewaltenteilung, dem Bundesstaatsprinzip oder anderen Verfassungsnormen ergeben<sup>114</sup>. Inkompatibilitätsvorschriften untersagen dem Abgeordneten, die mit dem Mandat inkompatiblen Ämter oder Tätigkeiten zu übernehmen oder fortzuführen, und gebieten ihm, andernfalls das Mandat nicht anzutreten oder auf das Mandat zu verzichten.

Dem Bundestag oder der gesetzgebenden Körperschaft eines Landes dürfen nicht angehören der Bundespräsident (Art. 55 Abs. 1 GG), Mitglieder des Bundesrates (§ 2 GeschO BRat) und Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts (Art. 94 Abs. 1 Satz 3 GG, § 3 Abs. 3 BVerfGG). Die Zugehörigkeit von Abgeordneten des Bundestages zur Spitze der Exekutive des Bundes als Bundeskanzler, Bundesminister oder Parlamentarischer Staatssekretär ist nach den Grundsätzen des parlamentarischen Regierungssystems zulässig<sup>115</sup> und folgerichtig. Inkompatibel mit dem Bundestagsmandat sind die Ämter des Wehrbeauftragten<sup>116</sup> und des Bundesbeauftragten für den Datenschutz<sup>117</sup> sowie die Mitgliedschaft im Bundesrechnungshof<sup>118</sup> und im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung<sup>119</sup>. Die Mitgliedschaft im Bundestag ist vereinbar mit dem Mandat in der Volksvertretung eines Landes und mit der Mitgliedschaft im Europäischen Parlament (siehe Art. 5 des Aktes zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten der Versammlung vom 20. September 1976, § 1 Abs. 2 Europawahlgesetz); durch Bundesgesetz könnte jedoch bestimmt werden, daß die gleichzeitige Mitgliedschaft im Bundestag und in einer anderen gewählten Vertretungskörperschaft unzulässig ist<sup>120</sup>. Ein Bundestagsabgeordneter kann nicht Mitglied einer Landesregierung sein<sup>121</sup>.

**80**  
Inkompatibilitäts-  
grundlagen, Inhalt  
von Inkompatibilitäts-  
vorschriften

**81**  
Einzelfälle von  
Inkompatibilitäten  
und Kompatibilitäten

<sup>114</sup> W. WEBER Parlamentarische Unvereinbarkeiten (Inkompatibilitäten), AÖR 58, 1930, S. 161; G. STURM Die Inkompatibilität, 1967; M. SCHRÖDER Parlamentsrecht (Fn. 2), S. 183 ff; N. ACHTERBERG Parlamentsrecht (Fn. 7), S. 226 ff; K. STERN Staatsrecht (Fn. 112), S. 1054 ff; H. H. KLEIN Status des Abgeordneten (Fn. 19), S. 379 ff.

<sup>115</sup> Die in den Gemeinsamen Ausschluß berufenen Abgeordneten dürfen nicht der Bundesregierung angehören (Art. 53 a Abs. 1 Satz 2 GG).

<sup>116</sup> § 14 Abs. 3 Gesetz über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages in der Fass. der Bek. vom 16. Juni 1982 (BGBl. I S. 677).

<sup>117</sup> § 18 Abs. 2 Bundesdatenschutzgesetz.

<sup>118</sup> § 3 Abs. 4 Bundesrechnungshofgesetz.

<sup>119</sup> § 1 Abs. 3 Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 (BGBl. I S. 685), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Juni 1967 (BGBl. I S. 582).

<sup>120</sup> BVerfGE 42, 312/327.

<sup>121</sup> K. STERN Staatsrecht (Fn. 112), S. 1056. — Siehe auch Art. 19 Abs. 3 Vorl.Nds.Verf.; Art. 64 Abs. 4 Verf. NRW.

**82** Die Wählbarkeit von Beamten, Angestellten des öffentlichen Dienstes, Berufssoldaten, freiwilligen Soldaten auf Zeit und Richtern im Bund, in den Ländern und den Gemeinden kann gesetzlich beschränkt werden (Art. 137 Abs. 1 GG). Diese verfassungsrechtliche Grundsatzregelung ermächtigt den Bundes- und den Landesgesetzgeber, durch staats- und beamtenrechtliche Vorschriften der Gefahr von Interessenkollisionen entgegenzuwirken, die aus der gleichzeitigen Wahrnehmung des Mandats in einer gesetzgebenden Körperschaft und des Amtes im Bereich der Exekutive entstehen können. Dadurch wird der organisatorische Grundsatz der Gewaltenteilung gesichert. Es soll verhindert werden, daß durch das Zusammenreffen von Mandat und Amt („Personalunion“) „die Kontrolleure der Verwaltung sich selbst kontrollieren, insofern sie zugleich Aufgaben und Verantwortung innerhalb der Verwaltung wahrnehmen“, und erreicht werden, „die Gefahr von Entscheidungskonflikten und daraus möglicherweise resultierenden Verfälschungen abzuwehren“<sup>122</sup>.

**83** Dem Gesetzgeber ist für die Abgrenzung der betroffenen Gruppen des öffentlichen Dienstes ein Spielraum zuzugestehen. Die greifbaren Umstände und Möglichkeiten der zu befürchtenden Interessenkollision müssen dabei in Betracht gezogen werden<sup>123</sup>, nicht etwa kann es genügen, sich nur abstrakt an der Geltung des Gewaltenteilungsgrundsatzes zu orientieren. Die Inkompatibilität von Amt und Mandat bildet eine Einschränkung des Verfassungsgrundsatzes der repräsentativen Demokratie zugunsten des Prinzips der Gewaltenteilung, so daß die gesetzliche Ausgestaltung auf der Grundlage einer die Verschiedenartigkeit der Gegebenheiten berücksichtigenden Abwägung gerechtfertigt sein muß<sup>124</sup>. Leitlinie und Gebundenheit der dem Gesetzgeber obliegenden Regelungsaufgabe zeigen sich beispielsweise darin, daß auch die Richter betroffen sind und daß zu den Beamten im Sinn des Art. 137 Abs. 1 GG auch die kommunalen Wahlbeamten gehören<sup>125</sup>, während für Hochschullehrer nach der Art ihrer Aufgabe, die sich auf Forschung und Lehre beschränkt, die Möglichkeit einer Interessenkollision zwischen Amt und Mandat ausscheidet<sup>126</sup>. Zu den Angestellten des öffentlichen Dienstes im Sinn der Verfassungsnorm (siehe auch § 8 Abs. 3 AbgG) gehören die leitenden Angestellten eines Unternehmens privaten Rechts — gleichgültig, ob Versorgungsbetrieb oder nicht —, das von der öffentlichen Hand beherrscht wird<sup>127</sup>, gehören jedoch nicht die Angestellten privatrechtlicher, von der Gemeinde beherrschter Unternehmen, die wegen fehlender Leitungs- und Entscheidungsbefugnisse nur in verhältnismäßig loser Beziehung zur öffentlichen Hand stehen<sup>128</sup>. Über die jeweils konstatablen Möglichkeiten einer das Gewaltenteilungsprinzip berührenden Interessenkollision hinaus hat das Bundesverfassungsgericht die Frage aufgeworfen, „ob das in Bund und Ländern zu beobachtende unverhältnismäßig starke Anwachsen der Zahl der aktiven und inaktiven Angehörigen des

<sup>122</sup> BVerfGE 12, 73/77; 18, 172/183; 38, 326/338 f.; 40, 296/320; 42, 312/339; 48, 64/88; 57, 43/62.

<sup>123</sup> Vgl. BVerfGE 48, 64; 57, 43.

<sup>124</sup> BVerfGE 42, 312/340 f.; 58, 177/193.

<sup>125</sup> BVerfGE 18, 172; 44, 245.

<sup>126</sup> BVerfGE 18, 172/185. — Siehe jetzt die Regelung in § 9 AbgG.

<sup>127</sup> BVerfGE 38, 326.

<sup>128</sup> BVerfGE 48, 64.

öffentlichen Dienstes unter den Abgeordneten („Verbeamtung der Parlamente“), sollte es sich fortsetzen, noch mit den Anforderungen eines materiell verstandenen Gewaltenteilungsprinzips vereinbar ist“<sup>129</sup>.

Art. 137 Abs. 1 GG erlaubt eine Beschränkung der Wählbarkeit durch Inkompatibilitätsvorschriften, nicht einen Ausschluß Angehöriger des öffentlichen Dienstes von der Wählbarkeit („Ineligibilität“), d. h. eine Beseitigung des passiven Wahlrechts bei dieser Personengruppe. Wesentliches Merkmal einer Inkompatibilitätsvorschrift ist, daß sich der Beamte als Wahlbewerber aufstellen lassen, gewählt werden und die Wahl annehmen kann, die Annahme der Wahl und damit die Ausübung des Mandats aber von einer Beendigung des Beamtenverhältnisses abhängig gemacht wird. Kern einer solchen Unvereinbarkeitsregelung ist die Wahlmöglichkeit des Bewerbers zwischen Amt und Mandat<sup>130</sup>.

Die Regelung über die Rechtsstellung der in den Bundestag gewählten Angehörigen des öffentlichen Dienstes findet sich in den Bestimmungen der §§ 5 ff Abgeordnetengesetz. Kernpunkt dieser Vorschriften ist, daß die Rechte und Pflichten aus dem Dienstverhältnis eines in den Bundestag gewählten Beamten mit Dienstbezügen vom Tage der Annahme der Wahl für die Dauer der Mitgliedschaft ruhen, mit Ausnahme der Pflicht zur Amtsverschwiegenheit und des Verbots der Annahme von Belohnungen und Geschenken. Endet die Mitgliedschaft im Bundestag, ist der Beamte auf seinen Antrag wieder in das frühere Dienstverhältnis zurückzuführen; das ihm zu übertragende Amt muß derselben oder einer gleichwertigen Laufbahn angehören wie das zuletzt bekleidete Amt und mit mindestens demselben Endgrundgehalt ausgestattet sein. Diese Bestimmungen gelten für Richter, Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit entsprechend.

Für die nähere Ausgestaltung der Rechtsstellung der in den Bundestag eintretenden Angehörigen des öffentlichen Dienstes, insbes. für das Versorgungsrecht, ist insgesamt der „Grundsatz der Trennung der Lebensabschnitte von Amt und Mandat“ zugrunde gelegt<sup>131</sup>.

Die aus der Inkompatibilität sich ergebenden Rechtsfolgen für Abgeordnete, die zur Zeit der Ernennung einer gesetzgebenden Körperschaft angehörten, sind in den Beamtenengesetzen geregelt. Legt der Beamte das Mandat nicht innerhalb der durch die oberste Dienstbehörde festgesetzten Frist nieder, ist er zu entlassen (§ 28 Nr. 2 BBG, § 33 Abs. 3 BRRG in Verb. mit dem Landesbeamtenengesetz).

Ebenso wie der Bund für die in den Bundestag gewählten Angehörigen des öffentlichen Dienstes haben die Länder gemäß Art. 137 Abs. 1 GG die Rechtsstellung der in die gesetzgebende Körperschaft ihres oder eines anderen Landes gewählten Beamten geregelt (vgl. § 33 Abs. 2 BRRG).

Unter „wirtschaftlicher“ — im Unterschied zur „parlamentarischen“ — Inkompatibilität versteht man die Unvereinbarkeit des Mandats mit bestimmten Erwerbstätigkeiten und vor allem der Zugehörigkeit oder vertraglichen Beziehung zu Unternehmen oder zu Interessengruppen mit wirtschaftlicher Zielsetzung.

**84**

Keine Beseitigung des passiven Wahlrechts, Wahlmöglichkeit zwischen Amt und Mandat

**85**

Regelungen des Abgeordnetengesetzes des Bundes

**86**

Ausgestaltungsgrundsatz

**87**

Beamtenrechtliche Regelungen

**88**

Länderregelungen gemäß Art. 137 Abs. 1 GG

**89**

„Wirtschaftliche“ Inkompatibilität, Verhaltensregeln

<sup>129</sup> BVerfGE 40, 296/321.<sup>130</sup> BVerfGE 38, 326/337 f; 48, 64/88; 57, 43/57 ff, 66 ff; 58, 177/192. StGH BadWürtt., DÖV 1970, 239.<sup>131</sup> Bericht und Antrag des 2. Sonderausschusses (Fn. 90), S. 4 f.

Dieser Begriff orientiert sich an dem Gedanken, daß das freie Mandat die Unabhängigkeit des Abgeordneten auch gegenüber organisierten Interessen und dem Interessenteneinfluß aus dem Bereich des Erwerbslebens sichern soll. Eine daraus gezogene, aber gerade nicht bis zur Anordnung von Unvereinbarkeiten des Mandats und bestimmter beruflicher oder verbandsmäßiger Tätigkeit<sup>132</sup> geführte Konsequenz ist der Schutz der Unabhängigkeit des Abgeordneten durch parlamentsrechtliche Verhaltensregeln (§ 44 a AbgG)<sup>133</sup>.

**90**  
 Problematik  
 „wirtschaftlicher“  
 Inkompatibilitäts-  
 regeln

Angesichts der so vielgestaltigen wie diffusen Kraftfelder und Einflußverflechtungen des Wirtschafts- und Soziallebens ist nicht erkennbar, in welcher Weise sachgerechte und berechenbare Inkompatibilitäten festgelegt werden könnten<sup>134</sup>. Doch ist dies nicht nur eine Frage des politischen Entschlusses, gesetzestechnischer Zweckmäßigkeit und rechtsstaatlicher Anforderungen. Eine derartige Beschränkung des passiven Wahlrechts und des freien Mandats würde auch den demokratischen Pluralismus und die grundrechtliche Freiheit der verbandsmäßigen Interessenvertretung unverhältnismäßig einschränken und die notwendigen Beziehungen zwischen der Volksvertretung und den gesellschaftlichen Gruppierungen mit einem ungeeigneten Mittel einengen. Von allem abgesehen, wären wirtschaftliche Unvereinbarkeitsregeln nur im Wege verfassungsändernder Gesetzgebung einzuführen; denn Art. 137 Abs. 1 GG bildet in diesem Punkt eine abschließende Regelung und läßt keinen Raum für ungeschriebene Inkompatibilitäten<sup>135</sup>.

### 3. Das Abgeordnetengesetz

**91**  
 Das  
 Abgeordnetengesetz:  
 Erlaß, Gesetzentwurf,  
 Beschlußfassung

Das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages (Abgeordnetengesetz — AbgG) ist als Art. I des Gesetzes zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages vom 18. Februar 1977 (BGBl. I S. 297) erlassen worden. Der Gesetzentwurf war von den Fraktionen der SPD, CDU/CSU und F.D.P. im Juni 1976 eingebracht<sup>136</sup> und anstelle einer Begründung durch „Materialien“<sup>137</sup> erläutert worden, die — ebenso wie der Gesetzentwurf — durch den am 10. Dezember 1975 vom Bundestag eingesetzten 2. Sonderausschuß ausgearbeitet worden waren. Die Beschlußfassung des Bundestages erfolgte aufgrund des Berichts und Antrags des 2. Sonderausschusses, die im November 1976 fertiggestellt worden waren<sup>138</sup>.

**92**  
 Bedeutung und  
 Verarbeitung des  
 Diäten-Urteils des  
 BVerfG, Zielsetzung  
 und Gesichtspunkte  
 des Gesetzgebers

Nachdem das Diäten-Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 5. November 1975<sup>139</sup> den letzten Anstoß gegeben und grundsätzliche Richtlinien mit verfassungsrechtlichem Achtungsanspruch aufgestellt hatte, war es als Zielsetzung des

<sup>132</sup> Abgesehen von der Unzulässigkeit der Annahme bestimmter Zuwendungen.

<sup>133</sup> Siehe oben unter II 1 c.

<sup>134</sup> Weniger zurückhaltend H. H. von ARNIM BonnKomm., Art. 48 (Zweitbearb. 1980), Rdn. 47.

<sup>135</sup> BVerfGE 57, 43/57 f.

<sup>136</sup> Gesetzentwurf, BTag Drucks. 7/5525. — Erste Beratung, Dt. BTag, 7. WP, 256. Sitzung, 1. Juli 1976, StenBer. S. 18 414 ff.

<sup>137</sup> Materialien, BTag Drucks. 7/5531.

<sup>138</sup> Bericht und Antrag, BTag Drucks. 7/5903. — Zweite und Dritte Beratung, Dt. BTag, 7. WP, 259. Sitzung, 8. Dezember 1976, StenBer. S. 18 569. — J. HENKEL Das Abgeordnetengesetz des Bundestages, DÖV 1977, 350.

<sup>139</sup> BVerfGE 40, 296.

Gesetzes vorgezeichnet, die Rechtsstellung der Mitglieder des Deutschen Bundestages umfassend neu zu regeln, die Abgeordneten-Entschädigung der Besteuerung zu unterwerfen und neu zu bemessen und alle die Abgeordneten betreffenden Bestimmungen in einem Gesetz zusammenzufassen. Mit vollem Recht sind die Rechtsvorschriften des Gesetzes über das Verhältnis von Mandat und Beruf als zentral für die Ausgestaltung der Rechtsstellung des Abgeordneten angesehen und auch unter dem Blickwinkel betrachtet worden, wie die möglichen Auswirkungen auf die künftige Zusammensetzung des Parlaments einzuschätzen seien<sup>140</sup>. Die allgemeinen Leitgedanken des Diäten-Urteils über die Entwicklung des Parlamentarismus und die geänderte Stellung des Parlamentariers wurden dabei auch mit durchaus kritischem Blick verarbeitet: „Es wäre zu bedauern, wenn der Abgeordnete auf Grund der Rechtsprechung des Verfassungsgerichts in eine Art Sonderlaufbahn des öffentlichen Dienstes hineingedrängt und die Entwicklung zum reinen Berufsparlamentarier weiter gefördert würde“<sup>141</sup>. Auf Widerspruch stieß ebenso eine forcierte Parteienstaatsdoktrin: „Es kann also keine Rede davon sein, daß eine Entwicklung von der liberal-repräsentativen zur parteienstaatlichen Demokratie stattgefunden hat oder zwangsweise stattfinden wird, in dem Sinne etwa, daß der Abgeordnete nur noch Beauftragter des in Parteien organisierten Volkes ist. Es gibt also *kein imperatives Mandat* (Hervorhebung im Protokoll), und, so möchte ich hinzufügen, es wird auch in Zukunft keines geben“<sup>142</sup>.

Die Novellierung des Abgeordnetengesetzes durch das Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und des Europaabgeordnetengesetzes vom 22. September 1980 (BGBl. I S. 1752)<sup>143</sup> brachte neben diäten- und versorgungsrechtlichen Regelungen die gesetzliche Ermächtigung für die Aufstellung von Verhaltensregeln, womit der Garantie des freien Mandats Rechnung getragen wird<sup>144</sup>, und eine Verbesserung der Rechtsstellung der in den Bundestag gewählten Hochschullehrer. Nach der ursprünglich in § 9 AbgG getroffenen Regelung war das Amt des Professors an einer Hochschule im Sinne des § 43 Hochschulrahmengesetz mit dem Bundestagsmandat nicht vereinbar, wenn auch offen gelassen wurde, durch Gesetz vorzusehen, daß einzelne Rechte und Pflichten eines solchen Professors erhalten blieben<sup>145</sup>. Die Länder hatten dadurch die Möglichkeit, der besonderen Rechtsstellung der Professoren Rechnung zu tragen, etwa durch Zulassung einer

**93**

Abgeordneten-  
gesetznovelle  
von 1980 (insbes.  
Verhaltensregeln,  
Rechtsstellung der  
Hochschullehrer)

<sup>140</sup> Materialien (Fn. 137), S. 9 ff; KUNZ Erste Beratung (Fn. 136), S. 18 415 B; SCHMITT-VOCKENHAUSEN ebd. S. 18 417 C.

<sup>141</sup> SCHMITT-VOCKENHAUSEN Zweite Beratung (Fn. 138), S. 18 570 B. Siehe auch JAHN ebd. S. 18 574 B/C, sowie BECKER Dritte Beratung (Fn. 138), S. 18 590 D.

<sup>142</sup> RENGER Dritte Beratung (Fn. 138), S. 18 588 D.

<sup>143</sup> Entwurf der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. für ein Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes, BTag Drucks. 8/4114; Beschlußempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses, BTag Drucks. 8/4293.

<sup>144</sup> Die Vorschrift des § 44 a AbgG wurde so aufgefaßt, daß damit ein Auftrag des Bundesverfassungsgerichts aus dem Diäten-Urteil (siehe BVerfGE 40, 296/318 f) erfüllt werde. Dem wurde die Bemerkung hinzugefügt, es habe sich bei den Beratungen im Ausschuß gezeigt, „daß theoretische Abhandlungen in Urteilen in der Praxis oft auf Schwierigkeiten stoßen“ (BÖTSCH Zweite Beratung, Dt. Bundestag, 8. WP, 225. Sitzung, 25. 6. 1980, StenBer. S. 18 291 D).

<sup>145</sup> Damit war von der günstigeren Regelung in der bisher maßgeblichen Vorschrift des § 7 Rechtsstellungsgesetz abgegangen worden.

Weiterbetreuung von Doktoranden und Habilitanden und einer Durchführung einzelner Lehrveranstaltungen. Nunmehr wurde bundesrechtlich bestimmt, daß Professoren eine Tätigkeit in Forschung und Lehre sowie die Betreuung von Doktoranden und Habilitanden während der Mitgliedschaft im Bundestag wahrnehmen dürfen (§ 9 Abs. 2 AbgG in der Fassung der Novelle). Der Rechtsausschuß wies darauf hin, daß die weitere wissenschaftliche Betätigung der in den Bundestag gewählten Professoren nicht nur mit Rücksicht auf Art. 5 Abs. 3 GG gestattet werden, sondern auch der Parlamentsarbeit zugute kommen solle<sup>146</sup>. Die Vorschrift wurde später nur in dem Punkt der Vergütungsbemessung noch einmal durch die Novelle vom 16. Januar 1987 (BGBl. I S. 143) geändert.

**94** Auf die Novelle von 1980 folgten eine Reihe von Änderungsgesetzen, mit denen eine Anpassung der Diäten vorgenommen wurde<sup>147</sup>. Das Zweite Änderungsgesetz vom 22. Dezember 1983 verbesserte die Berichtspflicht des Bundestagspräsidenten nach § 30 AbgG. Der Präsident erstattet in Zukunft nicht nur jährlich einen Bericht über die Angemessenheit der Entschädigung, sondern legt zugleich einen Vorschlag zur Anpassung der Entschädigung vor. Der Bundestag berät und beschließt dann jeweils unter Berücksichtigung dieses Vorschlags mit Wirkung vom 1. Juli desselben Jahres.

**95** Das Sechste Änderungsgesetz vom 16. Januar 1987 (BGBl. I S. 142) hat der Grundsatznorm über die Verhaltensregeln eine neue Fassung gegeben (§ 44 a AbgG). Die Normativbestimmung für das Geschäftsordnungsrecht (§ 44 a Abs. 2 AbgG) wurde durch eine Erweiterung der Anzeigepflichten und der Fälle, in denen eine Angabe im Amtlichen Handbuch des Bundestages erforderlich ist, weiterentwickelt und weiter durch den Auftrag ergänzt, das Verfahren sowie die Befugnisse und Pflichten des Präsidenten bei Verstößen gegen die Verhaltensregeln zu regeln. Dementsprechend wurde die Anlage 1 der Geschäftsordnung des Bundestages neu gefaßt<sup>148</sup>. Vorschläge zu einer umfangreicheren und detaillierten Regelung des Verhaltensrechts im Abgeordnetengesetz selbst<sup>149</sup> wurden nicht weiterverfolgt, die Änderung des § 44 a Abs. 2 AbgG und der als Bestandteil der Geschäftsordnung verabschiedeten und neu gefaßten Verhaltensregeln sollen jedoch als „einheitliches Regelwerk“ verbunden sein<sup>150</sup>.

<sup>146</sup> Beschlussempfehlung und Bericht (Fn. 143), S. 8.

<sup>147</sup> Zweites Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und des Europaabgeordnetengesetzes vom 22. 12. 1983 (BGBl. I S. 1513); Drittes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und des Europaabgeordnetengesetzes vom 11. 3. 1985 (BGBl. I S. 540); Viertes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und des Europaabgeordnetengesetzes vom 30. 7. 1985 (BGBl. I S. 1623); Fünftes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und des Europaabgeordnetengesetzes vom 18. 11. 1986 (BGBl. I S. 2039); Achtes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Sechstes Gesetz zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes vom 23. 7. 1987 (BGBl. I S. 1674); Neuntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und Siebtes Gesetz zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes vom 29. 7. 1988 (BGBl. I S. 1081).

<sup>148</sup> Bekanntmachung vom 18. 12. 1986 (BGBl. I S. 147). — Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung, BTag Drucks. 10/6687.

<sup>149</sup> Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P., BTag Drucks. 10/3544; Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, BTag Drucks. 10/3557. — Erste Beratung beider Vorlagen: Dt. Bundestag, 10. WP, 148. Sitzung, 26. 6. 1985, StenBer. S. 11 039 ff.

<sup>150</sup> Beschlussempfehlung und Bericht (Fn. 143), S. 7 f, 11.

Das Siebte Änderungsgesetz vom 16. Januar 1987 (BGBl. S. 143) enthält eine größere Anzahl sachlicher Neuregelungen des Diäten- und Versorgungsrechts der Abgeordneten.

**96**  
7. Änderungsgesetz:  
Diäten- und  
Versorgungsrecht

## Literatur

- M. ABELEIN Die Rechtsstellung des Abgeordneten in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, in: Festschrift für Friedrich-August von der Heydte, 1977, 2. Halbbd., S. 777.
- K. ABMEIER Die parlamentarischen Befugnisse des Abgeordneten des Deutschen Bundestages nach dem Grundgesetz, 1984.
- N. ACHTERBERG Die Rechtsstellung des Abgeordneten, JA 1983, 303.
- DERS. Parlamentsrecht, 1984. § 11: Der Abgeordnete (S. 215–274).
- P. BADURA, in: Bonner Kommentar, Art. 38 GG, Zweitbearbeitung, 1966.
- CHR. BÖCKENFÖRDE u. a., Der Status des Abgeordneten, RuG 1972, 197.
- E. FRIESENHAHN Parteien und Parlamentarismus nach dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, in: A. RANDELZHOFFER (Hrsg.) Deutsch-Spanisches Verfassungsrechts-Kolloquium, 1981, S. 23.
- W. HENKE Das demokratische Amt der Parlamentsmitglieder, DVBl. 1973, 553.
- K. HESSE Abgeordneter, EvStL, 3. Aufl. 1987, Sp. 11.
- R. HOFMANN Abgeordnetenfreiheit und parlamentarischer Abstimmungsmodus, ZfP 1978, S. 32.
- R. KASSING Das Recht der Abgeordnetengruppe, 1988.
- H. H. KLEIN Status des Abgeordneten, in: HbStR, Bd. II, 1987, § 41 (S. 367–390).
- A. KÖTTGEN Abgeordnete und Minister als Statusinhaber, in: Gedächtnisschrift für Walter Jellinek, 1955, S. 195.
- J. KÜRSCHNER Die Statusrechte des fraktionslosen Abgeordneten, 1984.
- U. SCHEUNER Das imperative Mandat in Staat und Gemeinde, in: Festschrift für Hans Peter Ipsen, 1977, S. 143.
- R. SCHOLZ Der antiparlamentarische Parlamentarier, in: Festgabe Bitburger Gespräche, 1984, S. 385.
- M. SCHRÖDER Grundlagen und Anwendungsbereich des Parlamentsrechts, 1979.
- K. SCHULTE Volksvertreter als Geheimnisträger, Diss. Köln 1987.
- H. SENDLER Abhängigkeiten der unabhängigen Abgeordneten, NJW 1985, 1425.
- W. STEFFANI Ein Verfassungseid für Abgeordnete in Bund und Ländern?, ZfP 7, 1976, S. 86.
- K. STERN Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Bd. I, 2. Aufl. 1984, § 24. Status und Mandat des Abgeordneten (S. 1044–1078).
- E. TATARIN-TARNHEYDEN Die Rechtsstellung der Abgeordneten; ihre Pflichten und Rechte, HDStR, I. Bd., 1930, S. 413–439.
- H. TROSSMANN Der Bundestag: Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit, JöR 28, 1979, S. 1.
- D. C. UMBACH Der „eigentliche“ Verfassungskonflikt vor dem Bundesverfassungsgericht: Abgeordnete und Fraktionen als Antragsteller im Organstreit, in: Festschrift für Wolfgang Zeidler, 1987, Bd. 2, S. 1235.
- H.-J. VONDERBECK Die Rechte eines Mitglieds des Deutschen Bundestages, ZfP 14, 1983, S. 311.
- W. WIESE Das Amt des Abgeordneten, AöR 101, 1976, S. 548.
- Zwischenbericht der Enquete-Kommission für Fragen der Verfassungsreform, Kommissionsdrucksachen (Thesen u. sonstige Ausarbeitungen) zum parlamentarischen Mandat, BTag Drucks. VI/3829, S. 62 ff.
  - Schlußbericht der Enquete-Kommission Verfassungsreform, Kap. 2: Zum parlamentarischen Mandat, BTag Drucks. 7/5924, S. 22 ff.
  - Debatte über „Stellung und Arbeit des Deutschen Bundestages“, Dt. Bundestag, 10. WP, 85. Sitzung, 20. September 1984, Stenographischer Bericht, S. 6202 bis 6263.



# Stichwortverzeichnis

Die fetten Zahlen verweisen auf die Paragraphen, die mageren auf die Randnummern.

- Abgeordnete(r)** 2 61, 75, 83; 4 8, 14; 5 26 f;  
6 1, 5, 25, 29; 7 34, 56; 9 26, 67; 14 28;  
15 37, 59; 17 19; 18 39; 20 15, 19, 22;  
21 1; 11, 19, 25, 32 f; 22 13, 17, 42, 50, 55;  
23 37, 47; 24 11; 31 75; 33 57; 36 17, 59;  
40 13
- als Vertreter des ganzen Volkes 6 6, 25;  
22 15, 17
- der Opposition 38 30
- im Kaiserreich 22 15
- im Parteienstaat 22 25
- in Beiräten 26 49
- in Gremien 21 35
- und Fraktion 6 16, 18, 22, 24, 26; 15 48;  
21 9 f, 16, 21, 29, 49; 22 5, 15, 25, 48
- und Fraktionszwang 22 25
- und Partei 6 18; 15 5, 17; 21 9, 18; 22 17, 25, 27
- Altersstruktur 24 14
- Amtsausstattung 64 8
- Antragsrecht 18 8; 30 37
- Ausschluß 275, 104, 114 f
- Berliner 21 15
- Chancengleichheit der 22 26
- Entschädigung und Amtsausstattung 15 62
- Fragerechte 18 41
- Fraktionsabhängigkeit 6 22; 22 71
- fraktionslose(r) 6 7, 29, 31, 33 f; 18 39;  
21 41; 33 57
- Gemeinwohlbindung des 5 27
- Gesetzesinitiativrecht des 30 24
- Gewissensfreiheit des 14 37; 15 11; 22 1, 24
- historische Entwicklung des 22 8, 16, 20
- Initiativrecht 6 30
- Mitwirkungsrechte 6 25; 15 3
- Ohnmacht der 22 51
- Pflichten des 15 35
- Recht auf Fraktionsbildung 15 38
- Recht auf Mitwirkung in Ausschüssen  
15 38
- Recht zu Erklärungen 18 40
- Rechte des 22 53
- Rechtsstellung des 15 2
- Rederecht 33 5
- Rotation 21 27
- Rückruf aus Ausschuß 21 40
- Selbstverständnis 42 13; 67 80
- Stellung des — in Parlamentspraxis 22 5
- Stellvertretung 2 114
- Teilhaberecht 21 42
- Teilzeitmandat 64 6
- unabhängige(r) 21 10
- Unabhängigkeit des 15 71; 16 1; 22 8
- Verfassungsauftrag des 22 5
- Verfassungsgerichtlicher Rechtsschutz  
des 15 78
- Verfassungsstatus des 5 38; 18 2; 21 30
- Verhaltensregeln 10 21; 15 72, 95; 24 13, 20;  
19 1
- Verschwiegenheitspflicht 15 45; 20 23
- Voll- oder Teilzeittätigkeit 16 49
- Wahlvorschlagsrecht 18 27
- Weisungsfreiheit des 22 20, 30, 32
- Abgeordnetenanklage** 15 75
- Abgeordnetenbezüge** 16 64
- Abgeordnetenentschädigung** 16 1, 7, 51, 61
- Abgeordnetenfreiheit** 6 24
- Abgeordnetengesetz** 15 64, 67, 85, 91, 93;  
23 38; 24 17, 20; 36 69; 43 51
- Abgeordnetengesetze der Bundes-**  
**länder** 16 5
- Abgeordnetenmandat** 14 22
- Beendigung 14 29
- Mittel demokratischer Vermittlung und  
Integration 15 4
- Veränderung 15 8  
s. a. Mandat
- Abgeordnetenpflichten** 15 44
- Abgeordnetenrechte** 9 79; 21 41; 22 38, 53; 44 9
- Antragsrecht 22 53
- Beschränkung der 21 29, 48
- Erklärungs-, Frage- und Rederechte 22 53
- Fraktionsgeschäftsordnungen 22 40, 44
- Individual- und Gruppenrechte 18 3
- Teilnahmerechte 22 53
- Abgeordnetenstellung** 6 27; 10 7; 15 58;  
22 20 f, 33, 36, 39, 55, 60, 73 f  
historische Entwicklung 22 8 ff
- Absolute Mehrheit** 48 43
- Absolutismus** 2 52
- Abstimmung** 17 24; 18 4, 51; 21 6; 31 50, 83,  
119; 33 59; 41 1
- Abstimmungsregeln** 11 37

- Abstimmungsverbote** 19 1  
**Abstimmungsverhalten des Abgeordneten** 21 26  
**Abstrakte Normenkontrolle** s. Normenkontrolle, abstrakte  
**Abteilungen** 2 118, 120, 123  
**Ad-Hoc-Kommission Parlamentsreform** 39 26; 43 49  
**Adel** 2 35, 58  
**Adressausschuß** 2 123  
**Akademisierung des Bundestages** 36 65  
**Akteneinsichtsrecht** 20 14  
**Aktenvorlage** 38 44, 62, 65; 45 41  
**Aktivbürger** 5 1, 17, 25  
**Aktive Gesellschaft** 38 47  
**Aktuelle Stunde** 11 23, 41, 69; 32 32; 36 53  
   als Kontrollmittel der Opposition 38 42  
   und Öffentlichkeitsbezug 36 54  
   Ausübungsrate 36 52  
   Begriff 33 61  
   Dauer und Redezeit 33 62  
   Praxis 52 25  
   Rednerfolge 33 63  
   Verfahren 52 24  
   Verlangen auf — als Antrag 18 14  
**Akzeptanz** 7 81, 84, 105; 40 67; 42 50; 54 40  
**Alimentation** s. Abgeordnetenentschädigung  
**Allgemeine Aussprache** s. Erste Lesung  
**Allgemeine Wahlen** 3 3; 21 6  
**Allparteienregierung(en)** 38 21  
**Allzuständigkeit, formelle** 45 19  
**Alternanzdemokratie** 38 18  
**Alternanzprinzip** 38 13, 22, 43, 62  
**Alterspräsident** 11 60; 27 4  
**Altersstruktur des Bundestages** 24 25  
**Altersversorgung der Abgeordneten** 16 51  
**Ältestenrat** 2 97; 6 22, 26, 34; 9 95, 122; 11 46, 52, 55; 14 32, 36; 17 30; 25 10; 28 1, 40; 39 14, 22; 43 17; 69 44, 59  
   Baukommission des 69 54, 62  
   Besetzung des 21 39  
   Funktionen des 11 53  
   Vorstand des 28 4  
**Ältestenratssitzung** 28 11  
**Ältestenrat und Ausschußzusammensetzung** 39 14  
**Ämterpatronage** 23 14  
**Amtliches Protokoll** 35 2  
**Amtsausstattung** 16 86  
**Amtshilfe** 45 41  
**Amtszulagen** 16 85  
**Änderungsanträge** 18 10; 31 30, 49, 65 ff, 74, 76, 79, 82, 84  
   bei Gesetzentwürfen, Zweite und Dritte Lesung 31 77  
   bei Rechtsverordnungen 31 70  
   bei Vermittlungsvorschlag 31 72  
   bei Verträgen und Vertragsgesetzen 31 69  
   im Gesetzgebungsverfahren 30 37  
   mit finanziellen Auswirkungen 31 89  
   zur dritten Lesung 31 87  
   Begriff 31 64  
   Folgeänderungen 31 88  
   Fristlauf bei Annahme 31 85  
   Fristverkürzung für Dritte Lesung 31 86  
   Mehrheiten 31 90  
   Reihenfolge der Abstimmung 31 83  
   Stimmrecht Berliner Abgeordneter 31 91  
   Verfahren 31 79, 85  
**Anfrage**  
   Große 5 66; 18 46  
   Kleine 18 46  
**Angestellte**  
   des öffentlichen Dienstes 23 18, 43  
   in Wirtschaft und Verbänden 24 18  
**Anhörpersonen** 40 76, 79  
**Anhörungen** 7 25, 30 f, 44; 33 31; 40 79; 42 11  
   Funktionen von 7 27  
   öffentliche 7 44; 36 40; 38 42, 57; 40 72, 79  
   schriftliche Stellungnahmen 40 77  
   Stellung der Beauftragten von Bundesregierung 40 79  
   Verbandseinfluß 7 28  
   Zeitbedarf 40 74  
   s. a. Hearings  
**Anhörungsrecht, Rederecht** 53 14  
**Antrag** 18 16; 31 1, 6, 16, 22  
   auf Absetzung von der Tagesordnung 31 107  
   auf Änderung der Tagesordnung 31 101  
   auf Ausschluß der Öffentlichkeit 31 97  
   auf Einberufung einer Sondersitzung 31 105 f  
   auf Herberufung eines Regierungsmitglieds 31 98  
   auf Schluß der Aussprache 31 99  
   auf Teilung der Abstimmungsfrage 31 103  
   auf Überweisung von Vorlagen 31 111  
   auf Veränderung der Tagesordnung 31 101  
   auf Verbindung der Beratung 31 108  
   auf Verkürzung der Beratungsfristen 31 102  
   auf Vertagung der Beratung 31 99, 100  
   zum Verfahren 18 5  
   zur Geschäftsordnung 18 5; 31 9  
   zur Gestaltung und Dauer der Aussprache 31 109  
   zur Sache 18 5; 31 9  
   Abgrenzung zu Verlangen 31 6  
   Abgrenzung zur Beschlußempfehlung 31 4

- Arten von 31 7  
 Aufsetzung auf Tagesordnung 31 21  
 Einbringung 31 17  
 Eingangsformel 31 17  
 Form 31 18  
 interner 31 8  
 selbständige 31 10, 12 f, 19, 25, 27, 29, 32 f  
 unselbständige 31 10, 39 ff, 45  
 Wiederaufnahme 31 20  
 Zurücknahme 31 19  
 Zusatzanträge 31 84  
 s. a. Geschäftsordnungsanträge  
**Antragsberechtigung** 18 15, 23; 31 12  
**Antragseinbringung** 31 17  
**Antragsrecht(e)** 18 8, 11; 21 32; 37 43  
**Antragsteller** 31 23 f; 33 50  
**Anzeigepflicht** 19 13 ff, 19 f  
**Arbeitgeberverbände** 7 10  
**Arbeitsfähigkeit des Parlaments** 21 6, 14  
**Arbeitsgruppen/kreise (der Fraktionen)** 39 8  
**Arbeitskreise**  
 der Fraktionen 37 57, 59; 40 25, 26  
 der Landesgruppen 37 61  
**Arbeitsparlament** 30 10, 36; 36 67; 48 11;  
 54 50  
**Arbeitsteilung im Parlament** 39 1  
**Architektur und parlamentarische Funktionen** 69 78  
**Artikulations- und Kommunikationsfunktion** 3 43  
**Artikulationsrechte** 38 51  
**Aufhebung der Sitzung** 34 42  
**Aufklärung** 1 3  
**Auflösung des Bundestages** s. Bundestag, Auflösung  
**Auflösung eines Ausschusses** 40 31  
**Augsburger Reichstag** 1547/48 1 83  
**Augsburger Religionsfrieden** 1 84, 97, 105  
**Außerparlamentarische Opposition**  
 s. a. Opposition, außerparlamentarische 22 36  
**Ausfertigung**  
 als Abschluß des Gesetzgebungsverfahrens 30 62  
 der Gesetze 30 58  
 Inhalt der 30 62  
**Ausführungsbestimmungen** 28 53  
**Auskunftspersonen** 49 18  
**Auskunftspflicht** 52 12  
**Auskunftsrecht** 38 44  
**Auslegungszuständigkeiten** 9 120  
**Ausschließung von der Sitzung**  
 Rechtsfolgen 34 38  
 Voraussetzungen 34 33  
**Ausschluß der Öffentlichkeit** 18 22; 31 97;  
 34 54  
**Ausschuß** 1 93; 2 106, 120 ff; 4 44; 6 24; 7 36;  
 18 23; 20 5; 21 42; 25 11; 32 43; 34 55;  
 39 10, 13, 16, 19, 23, 28 ff; 40 13, 17, 28,  
 36, 46, 61, 70, 80, 83; 49 37 f, 89; 53 12;  
 56 67, 105  
 als Parlamentsorgan 6 22  
 für Wahlprüfung, Immunität und  
 Geschäftsordnung 11 61; 43 1  
 mit Querschnitts-Orientierung 39 8, 31  
 und Ältestenrat 39 22  
 und Berliner Abgeordnete 21 15  
 und Fraktion 6 31; 37 44  
 und fraktionsloser Abgeordneter 6 26  
 zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung 14 9  
**Abwesenheitsstellvertretung** 40 23  
**Anhörungen** 40 72  
**Anzahl und Stärke** 40 1  
**Arbeitsgruppen/kreise** 39 8; 40 25  
**Arbeitsweise** 40 32 ff  
**Aufgaben** 39 13 ff, 19 ff  
**Ausschußstärke** 40 4  
**Berichterstattung** s. Berichterstatter  
 40 62  
**Besetzung durch Fraktionen** 21 13  
**Diskontinuitätsprinzip** 40 30  
**Entschließungen der** 31 60  
 federführender 9 91, 94; 40 34  
**Fraktion im** 37 47  
 investigativer s. a. Untersuchungsausschüsse 39 17  
 Kontrolle durch 6 32  
 Legitimation der 21 43  
 mitberatender 40 34, 37  
 Rechtsgrundlagen 39 13 ff, 19 ff  
 Ressortgliederung des 39 9; 40 1 f  
 Selbstbefassungsrecht des 39 10; 40 38 f;  
 42 10  
**Selbstbefassungsverbot** 21 42  
**Teilöffentlichkeit des** 39 28; 49 84  
**Überweisung an** 30 35; 40 32  
**Unselbständigkeit des** 21 42  
**Verbandsfärbung des** 7 37  
**vereinigter** 2 126  
**Vorsitz** 40 8 ff  
 s. a. Auswärtiger Ausschuß, Gemeinsamer  
 Ausschuß, Geschäftsordnungsausschuß,  
 Haushaltsausschuß, Kommissionen,  
 Richterwahlausschuß, Vermittlungsausschuß,  
 Verteidigungsausschuß, Wahlmännernausschuß,  
 Wahlprüfungsausschuß  
**Ausschußarbeit** 21 14; 41 2 f, 7, 11, 13, 22, 24,  
 41; 49 39  
 und Fraktion 40 25; 41 4 f, 10, 15, 19, 26, 38  
 und Partei 41 6

- Ausschußarbeit** (Forts.)  
 und Regierung 41 5  
 Bundesratseinfluß auf die 41 9  
 Diskontinuität der 40 68  
 Vorbereitung der 41 1, 20, 27, 33
- Ausschlußauflösung** 40 31
- Ausschußberatungen** 30 37; 42 13  
 Ablauf 40 51  
 besondere Teilnahmerechte bei Beratungen 31 33  
 Diskontinuität 40 68  
 Friktionen mit Plenarbetrieb 40 50  
 geheime 20 28 f  
 Teilnahmerechtigung 40 52  
 vertrauliche 20 17, 28, 31  
 Wesen der 40 49
- Ausschußbericht** 40 62, 83, 85 ff  
 Transparenz des Verbandseinflusses 7 29
- Ausschußberichtersteller** 11 68
- Ausschußbesetzung** 21 39 f, 45 ff  
 Minderheitenschutz bei 39 24  
 Mitwirkungsrecht der Abgeordneten 21 41  
 proportionale 39 15  
 Rechtsgrundlagen 21 39  
 Rückrufsrecht der Fraktionen 21 40  
 Umrechnungsverfahren bei 39 14  
 Wechsel während Wahlperiode 40 18
- Ausschußeinsetzung** 6 30; 21 42; 39 14
- Ausschußmitglieder** 15 55  
 Bestimmung durch Fraktionen 21 39  
 keine Vertreter des Bundestages 21 42  
 Legitimation der 21 43  
 Legitimation durch Plenum 21 43  
 stellvertretende 40 22  
 Wahl durch Plenum 21 44
- Ausschußmitgliedschaft, Recht auf Ausschlußobleute** 6 32; 40 24, 46
- Ausschußöffentlichkeit** s. a. Öffentlichkeit der Ausschußsitzungen 32 44; 36 39; 39 25 f; 42 6
- Ausschußrückruf** 6 35
- Ausschußsekretariate** 49 54
- Ausschußsitzung(en)**  
 und Pressemitteilungen 49 82  
 Beamte und Fraktionsmitarbeiter in 39 25  
 Fraktionsmitarbeiter 40 53  
 nichtöffentliche, Geheimschutz für 20 9  
 Öffentlichkeit der 7 30; 39 25, 27; 40 54  
 Ressortbeamte in 39 25  
 Teilnahmerecht für Bundesratsbeauftragte 40 55  
 Teilnahmerecht von Fraktionsmitarbeitern 40 53
- Ausschußsystem** 39 1  
 Unterbrechung und Beendigung der 34 59
- Ausschußvorsitz** 11 43; 25 13; 40 11
- Ausschußvorsitzender** 11 48; 28 33  
 Aufgaben 40 41  
 Auswahl des 40 12  
 Bestimmung durch Akklamation 40 28  
 Ordnungsgewalt des 34 56  
 Sitzungsleitung 40 43  
 Stellvertretender 40 22  
 Umsetzung der Beschlüsse 40 45
- Aussprache** 18 37; 28 28; 31 22; 33 42, 55; 48 46  
 zur Sache 33 42  
 zur Geschäftsordnung 33 42  
 Abgrenzung zur Beratung 33 41  
 allgemeine 18 19; 33 42  
 Einzelaussprache 33 42  
 Erklärungen zur 33 58  
 Gestaltung und Dauer 31 109; 33 54  
 Pflicht zur Eröffnung 33 44  
 Schluß der 33 45 f  
 Wiedereröffnung 33 47
- Auswärtige Gewalt** 2 6, 18
- Auswärtiger Ausschuß** 67 78
- Autonomes Parlamentsrecht** 11 2, 19; 53 23
- Autonomie**  
 des Parlaments 21 30  
 und Minderheitenschutz 5 64
- Baden** 69 42
- Basisorganisation** 54 19
- Bauerntum** 2 10
- Bauernverband** 7 73
- Baukommissionen** 69 1
- Baukonservatorische Lösung** 69 64
- Beamte** 2 76 ff, 83 f
- Beamtenparlament** 24 17
- Beantwortung von Fragen** 18 44 f
- Beauftragte**  
 als Ausschußmitglieder 56 19  
 des Bundesrates und der Bundesregierung 40 79; 49 37  
 im Plenum 53 7  
 in den Ausschüssen 53 8
- Bedeutungsverlust des Parlaments** 7 41
- Beendigung der Ausschußsitzung** 34 59
- Beförderungsverbot** 23 44
- Befugnisse, geschäftsordnungsrechtliche** 18 1
- Begründungspflichten im Gesetzgebungsverfahren** 60 35
- Behinderungsverbot** 15 70
- Beiräte** 7 45; 26 50
- Benachrichtigungspflicht** 50 23
- Benachteiligungsverbot** 51 41
- Benennungsrecht des Bundestagspräsidenten** 11 72
- Beraterverträge** 7 32, 119; 16 72

- Beratung** s. a. Lesungen 19 13; 28 38; 33 40 f, 43; 56 43  
**Berechnungsverfahren**  
   D'Hondt 12 84  
   Hare/Niemeyer 12 84  
   St. Lague/Schepers 58 18  
**Berichte der Regierung** 52 26  
**Berichtersteller** 11 28; 33 50; 40 56 ff, 60, 62; 41 12, 30; 44 5 ff; 45 30  
**Berichterstattergespräche** 44 9  
**Berichterstattergruppe(n)** 11 58; 44 7, 34  
**Berichterstattung** 8 61; 40 62, 88  
**Berichtigungsverfahren** 40 89  
**Berichterstattungsöffentlichkeit** 36 37  
**Berlin** 12 29, 31; 65 14, 19; 66 2 f, 24 f, 29, 32, 41; 69 16, 18, 23  
   Senat 66 33  
   Sonderstatus 66 22 f  
   Übernahme von Bundesgesetzen 66 26 f  
**Berliner Abgeordnete**  
   Berliner Abgeordneter 18 50; 21 15; 27 21; 31 91  
   s. a. Stimmrecht  
**Berliner Abgeordnetenhaus** 65 20; 66 1; 69 22; 66 8 f, 11, 13, 15 ff, 19, 40, 42  
   Funktionen 66 9  
   Gesetzgebung 66 21  
   Mitgliederzahl 66 5  
   Personalentscheidungen 66 12, 37  
   Selbstauflösung 66 6  
   Stellung der Opposition 66 18  
   Volksbegehren und Volksentscheid 66 7  
   Wahlrecht 66 4  
**Berufsbeamtentum** 23 31; 54 22  
**Berufsgruppen im Bundestag** 24 14, 17 ff, 22  
**Berufspolitiker** 24 10  
**Berufsverbände** 7 5, 10, 68  
**Besatzungsmächte** 23 13 ff  
**Beschlagnahmeprivileg** 15 61  
**Beschlußempfehlung** 9 127; 31 4, 19; 40 83, 89; 45 33  
**Beschlußfähigkeit** 2 42  
**Beschlußfassung im Plenum** 13 29  
**Beschränkung des Akteneinsichts- und Zutrittsrecht** 20 14  
**Besucherdienst** 36 31  
**Beteiligung an verfassungsgerichtlichen Verfahren** 60 25, 27  
**Beteiligungsgremien** 62 3, 5, 10, 16, 19, 23  
**Beugemaßnahmen** 17 44  
**Beweiserhebung** s. a. Untersuchungsausschüsse 20 47  
**Bibliothek** 69 9  
**Bindungswirkung verfassungsgerichtlicher Entscheidungen** 60 41, 44  
**Bipolarität** 38 13 f; 48 3, 16, 69; 63 4  
**Blankoverzichtserklärung** 14 34  
**Blocksystem** 64 40  
**Bonner Korrespondenten** 8 56  
**Brandenburg-Preußen** 1 128  
**Bremen** 65 7, 33, 55, 68  
   Bürgerschaft 65 17  
   Deputationen 65 30, 39  
   Selbstauflösungsrecht 65 66  
   Verwaltungsleitung 65 34  
**Briefwahl** 12 59, 63  
**Briegleb-Fall** 2 75  
**Budgetkonflikte** 2 21, 110  
**Budgetkontrolle** 44 7  
**Budgetrecht** 4 53; 54 53  
**Bund und Länder** 38 23; 63 1, 5; 67 5, 81  
**Bund-Länder-Programme** 67 18  
**Bundesadler** 69 48  
**Bundesaufsicht** 55 62  
**Bundesbaudirektion** 69 64  
**Bundesbauministerium** 69 55, 63  
**Bundesbeamter** 23 24  
**Bundesbeauftragter für den Datenschutz** 15 81  
**Bundesbedienstete** 23 25  
**Bundesbehörden, oberste** 54 6  
**Bundesfinanzminister** 30 20; 44 28  
**Bundesfinanzministerium** 44 7  
**Bundesgesetze**  
   Vollzugskontrolle 67 15  
   Zustimmungsbedürftigkeit 55 21  
**Bundeshaus** 69 4, 46 f, 50 ff, 60 f  
**Bundeshaushalt** 44 4  
**Bundeshaushaltsordnung** 44 1  
**Bundesinnenminister** 30 20  
**Bundesjustizminister** 30 20  
**Bundeskabinettt** 30 19  
**Bundeskanzler** 4 16, 30, 57; 48 26, 43, 56, 58  
   Abwahl 4 80  
   Ernennung 48 47  
   Mißtrauensantrag 18 15  
   Organisationsgewalt 48 53  
   Organstellung 26 4  
   Personalbestimmungsrecht 4 57  
   Personalkompetenz 48 53  
   Richtlinienkompetenz 4 57  
   Stärkung der Stellung 3 33  
   Vereidigung 48 61  
   Wahl 26 4, 10; 48 23 ff  
   s. a. Kanzler  
**Bundesländer** 5 65; 38 63; 56 3, 5, 30  
**Bundesminister** 48 26  
   Ernennung und Entlassung 48 51, 57 f  
**Bundespräsident** 5 7; 23 5; 26 40; 48 26, 43; 58 4  
   als Präsident der Bundesversammlung 59 12  
   als Staatsoberhaupt 26 36

- Bundespräsident** (Forts.)  
 Absetzung, Anklage 26 43  
 Amtsdauer 59 16  
 Amtseid 59 41  
 Bundestagsauflösung 49 129  
 Eidesleistung 59 39  
 Entlassungspflicht 48 54  
 Ermessen 48 41  
 Ernennungspflicht 48 47  
 Ernennungsrecht 26 15  
 Ernennung des Bundeskanzlers 48 47  
 politisches Ermessen 48 56  
 Prüfungsrecht 30 59 ff; 48 48, 54  
 Rechtsstellung 26 36  
 Reservefunktion 48 50  
 Sondierungspflicht 48 41  
 Vermittlungsfunktion 48 38  
 Vizepräsident 59 18  
 Vorschlagsrecht 26 11; 48 37; 59 44  
 Wahl 4 91; 26 35; 48 49; 59 33, 35, 39
- Bundespressekonferenz** 8 28, 30 f, 38 ff
- Bundesproporz** 12 89
- Bundesrat** 2 16; 8 26; 14 4; 23 6; 30 3, 5, 7, 9;  
 38 21; 55 5, 23, 27, 35, 50, 90; 56 4, 20 f,  
 76, 83, 97, 109, 114; 63 13  
 als Repräsentativorgan 56 85  
 und Bundestag 55 31, 34, 38; 57 1  
 und Bundesverfassungsgericht 56 81  
 und Länderparlamente 55 52  
 und Länderregierungen 56 1, 6  
 und Parteienstaat 55 32  
 und zustimmungspflichtige Gesetze 30 45  
 Abstimmungsverfahren 56 108  
 Anrufungsrecht 30 46; 57 19  
 Arbeitsweise 55 27 f; 56 90  
 Aufgaben 55 25  
 Beratungsfristen 56 87  
 Beschlußfassung 30 55  
 Bürokratisierung 55 54  
 Diskontinuität 55 22  
 EG-Kammer 9 105; 56 104  
 Einspruchsrecht des 30 43  
 Geschäftsordnung 56 116  
 Gesetzesinitiativrecht 55 16  
 gesetzgebende Körperschaft 56 81  
 Gesetzgebungskörperschaft 55 25  
 Gesetzgebungsverfahren 56 87  
 Indemnität, Immunität, Zeugnisverweigerungsrecht 56 64  
 Initiativrecht 30 32  
 Mitglieder 56 11  
 Mitgliedschaft 55 14  
 Mitwirkungsrechte 30 39  
 Plenarsitzungen 56 110  
 Rechtsstellung 56 62  
 Ständiger Beirat 56 95  
 Stellungnahmekompetenz 30 22; 55 18  
 Stellvertretende Mitglieder 56 15 f  
 Stimmengewicht der Länder 55 23; 56 27  
 Verfahren 55 19; 56 86  
 Verkörperung der Länder 56 2  
 Zusammensetzung 55 27; 56 2  
 Zustimmung 55 72  
 Zweite Kammer 55 24; 56 80
- Bundesratsausschüsse** 55 29; 56 93, 98, 106
- Bundesratseinwände** 69 74
- Bundesratsgeschäftsordnung** 56 116 f
- Bundesratskompetenzen, Notwendigkeit der Beschränkung** 55 72
- Bundesratsmitglieder** 56 46, 53 ff, 73 f  
 Amtsverschwiegenheit 56 59  
 Anwesenheitspflicht 56 56  
 Bestellung und Abberufung 55 9  
 Kontrolle durch Landtage 55 53  
 parlamentarische Verantwortlichkeit 56 60  
 Rechtsstellung 56 46, 52 f  
 strafrechtlicher Schutz 56 65  
 Weisungen 56 34, 36, 45  
 Zutritts- und Rederecht im Bundestag 56 68
- Bundesratsmodell** s. a. Bundesratssystem 30 3
- Bundesratsplenarsitzungen** 56 110 f
- Bundesratspräsident** 27 5; 69 59
- Bundesratssitzungen** 8 26; 56 103
- Bundesratssystem** 56 6, 39; 64 31
- Bundesratsvorlagen** 30 29 ff
- Bundesratswahlen** 55 51
- Bundesrechnungshof** 23 9; 26 44; 44 9, 19, 43,  
 54; 49 90; 69 61, 75  
 Wahl des Präsidenten 26 44 f; 44 55
- Bundesregierung** 4 17, 70; 23 6; 26 4; 30 9, 13;  
 44 2; 48 26; 59 21  
 und Parlament 44 13  
 Amtszeit 48 29  
 Berichtspflichten 44 38  
 Entlastungsverfahren 44 39  
 Gegenäußerung 30 23  
 Informationsgewinnung 49 24  
 Mitglieder und Beauftragte 53 24  
 Notbewilligungsrecht 44 30  
 Organisationsgewalt der 4 56  
 Organisationsrecht der 4 57  
 Unterrichtungspflicht 58 42  
 s. a. Regierung
- Bundesrichter** 26 46
- Bundessozialrat** 7 114
- Bundesstaat** 38 21; 67 3, 37  
 Deformierung durch Unitarisierung 55 59  
 Ideelle Rechtfertigung 55 58  
 unitarischer 55 32, 61
- Bundesstaatliche Ordnung** 67 39, 102
- Bundesstaatsprinzip** 55 2, 4 f, 58; 56 3

- Bundestag** 3 48; 4 16, 60; 57; 21 1, 10; 26 15;  
 30 3, 9; 37 1 f; 38 21; 49 143; 55 24;  
 60 25; 69 48  
 als Beamtenparlament 36 63  
 als Gesetzgeber 30 29  
 als Gruppenparlament 21 10  
 als Mittelschichtenparlament 36 66  
 als Öffentlichkeitsorgan 36 3, 11  
 als Ziel von Verbandsaktivitäten 7 17  
 und Bundesrat 57 1, 7, 44  
 und Bundesregierung 11 55; 52 48  
 und Bundesverfassungsgericht 60 24 f,  
 27 ff, 34  
 und Landtage 67 1, 4, 8, 10, 19, 23 ff, 32, 44  
 und Öffentlichkeit 8 2  
 und Parteien 6 7  
 und Presse 8 1  
 und Verbände 7 35, 65  
 Akademisierung des 36 64  
 Ämterbesetzung 25 8  
 Ämterkumulation 24 1  
 Amtliches Handbuch 19 11  
 Änderung von Gesetzentwürfen durch 7 51  
 Antrag auf vorzeitige Einberufung 18 22  
 Antragsrechte 18 15  
 Aufgaben 25 3  
 Auflösung 30 69; 48 49; 55 42  
 Autonomie 14 15  
 Bauvorhaben 31 11  
 Beschlußfassung über Vermittlungsvor-  
 schlag 30 54  
 Beschlußfähigkeit 58 14  
 Beteiligungsfunktion 62 8  
 Binnendifferenzierung 25 4  
 Budgetkompetenz 4 57  
 Diskretionspflichten 20 39  
 Doppelmandate 67 11  
 Enquete-Kommissionen 67 77  
 Fernsehberichterstattung 8 1  
 Frauenanteil in Führungspositionen 36 61  
 Funktionen 4 1  
 Funktionsfähigkeit 9 70; 21 45  
 Geschäftsordnung 6 22; 12 101; 38 14; 44 1  
 Gesetzgebungsfunktion 3 44  
 Gesetzgebungskompetenz 7 17  
 Gesetzgebungsverfahren 30 33  
 Immunität der Mitglieder 17 1 ff  
 Indemnität der Mitglieder 17 1 ff  
 Initiativrecht 30 24  
 Kontrollfunktion 3 45; 4 66  
 Kreativefunktion 25 3; 26 1, 3, 47; 48 62  
 Legitimationsfunktion 21 43; 36 15  
 Legitimationsprüfungsbefugnis 13 40  
 Öffentlichkeitsarbeit 9 109; 27 31; 36 32  
 Öffentlichkeitsfunktion 36 8; 55 39  
 Öffentlichkeitsprinzip 9 29  
 Organe 25 2  
 Organisation 25 2  
 Organisationsgewalt 9 41  
 parlamentarische Funktionen 3 42  
 Periodizität 14 2  
 Plenarbeschlüsse 44 1  
 Plenarpräsenz 8 1  
 Plenum 44 3  
 plurale Repräsentation 62 8  
 Polizeigewalt 27 30  
 Pressetribüne des 8 16  
 Pressezentrum des 27 31; 36 31  
 Publikum 8 1  
 Rechte des 52 1  
 Rechtsstreitigkeiten des 27 7  
 Redeparlament 3 48  
 Repräsentativorgan 25 5  
 Selbstauflösungsrecht 14 20; 48 36  
 Selbstorganisation 25 1, 6  
 Selbstversammlung 14 16  
 Sitzungs-, Anwesenheitserfordernis 56 33  
 Sitzungsordnung 69 75  
 Sozialprofil des 36 60  
 Sozialstruktur 24 1  
 Teil der Staatsorganisationen 25 5  
 Untersuchungsrecht s. a. Untersuchungs-  
 ausschüsse 67 86  
 Verbandsfärbung des 7 35, 56  
 Verhaltensregeln s. a. Abgeordneter, Ver-  
 haltensregeln 20 46  
 Vertretungsfunktion 4 69  
 Wahleinsprüche 13 19  
 Wissenschaftlicher Dienst 3 48  
**Bundestagsabgeordnete** s. Abgeordnete(r)  
**Bundestagsausschuß**  
 für innerdeutsche Fragen 67 76  
 für Wissenschaft und Bildung 54 57  
**Bundestagsausschüsse, Kooperation** 11 56  
**Bundestagsbaukommission** 69 53  
**Bundestagsbeauftragter für Nachrichten-**  
**dienste** 50 10  
**Bundestagsdirektor** 29 30  
**Bundestagsmehrheit, Opposition** 49 58  
**Bundestagsmitglieder, Rechte** 52 1  
**Bundestagspräsident(in)** 3 33; 9 110; 11 31,  
 36, 43, 53, 65; 25 8; 27 13 f, 19, 24, 27;  
 28 35; 29 29; 31 11; 40 28; 48 61; 58 24;  
 67 62; 69 59  
 Anträge 31 11  
 Ausschußzuteilung durch 6 34  
 Berichtspflicht 15 94  
 Disziplinargewalt 10 24  
 Ermessen 34 9, 19, 23, 43  
 Handhabung der Redeordnung 33 36  
 Hausrecht und Polizeigewalt 10 25; 34 5  
 Neutralitätspflicht 60 32

- Bundestagspräsident(in)** (Forts.)  
 Ordnungsgewalt 34 3, 5  
 Prüfungsrecht 9 112  
 Stellung im Organstreitverfahren 60 32  
 Stellvertreter 25 8  
 Vertretungsbefugnis 60 28  
 Wahl 25 8; 49 117  
 Worterteilung 33 39  
 Zurückweisungsrecht 31 16
- Bundestagspräsidium** 6 22, 9 123; 17 30; 25 8; 37 44
- Bundestagsitzung** 36 27
- Bundestagsverwaltung** 29 1, 11, 36, 61; 49 45
- Bundestagswahlen als Kanzlerplebiszite** 48 64
- Bundestagswahlrecht** 12 28 f
- Bundesverfassung von 1815** 1 1
- Bundesverfassungsgericht** 8 4 f; 26 20; 67 30  
 und Bundestag 60 24 ff, 31, 36  
 und Gesetz 60 37  
 und Verbände 7 59  
 abstrakte Normenkontrolle 38 20; 49 109  
 Besetzung 60 21  
 Beteiligungsverfahren 60 27  
 Bindungswirkung der Entscheidungen 7 58  
 Bundesratskompetenz 55 22  
 demokratische Legitimation 60 4  
 Diäten-Urteil 14 27; 15 8, 92; 16 12; 36 70; 38 60; 65 11  
 Entscheidungskompetenzen 60 2  
 Funktionen 60 5  
 Kassationsfunktion 60 46  
 Konsensfunktion 60 39, 43  
 Legitimationsfunktion 60 39, 48  
 Minderheitenschutz 60 46  
 Prüfungsmaßstäbe 60 3  
 Prüfungsumfang 13 45  
 Richterwahl 26 21 ff; 38 42; 49 115; 60 6 ff, 12 ff, 18 ff  
 unpolitische Instanz 60 2  
 Vorwirkungen 60 47
- Bundesverfassungsgerichtsgesetz** 60 8, 21, 38 f
- Bundesversammlung** 26 41  
 Aufgaben und Stellung 59 1; 67 14  
 Beschlußfähigkeit 59 29  
 Einberufung und Zusammentritt 59 26  
 Fraktionen 59 28  
 Geschäftsordnung 59 29  
 Grundsätze der Verhältniswahl 59 23  
 oberstes Verfassungsorgan 59 1  
 Rechtsstellung der Mitglieder 59 27  
 Verfahrensvorschriften 59 25  
 Wahl der Mitglieder 59 19  
 Wählbarkeit der Mitglieder 59 22  
 Wahlverfahren 26 42
- Wahlvorschläge 59 30  
 Zusammensetzung und Konstituierung 58 11
- Bundeswahlausschuß** 12 47 f, 75, 77
- Bundeswahlgesetz** 12 27; 14 29, 32; 43 53; 49 104; 69 47
- Bundeswahlleiter** 12 48, 76
- Bundeswirtschaftsrat** 7 114
- Bürgerbeteiligung** 42 38
- Bürgerinitiativen, Abgrenzung zu Interessenverband** 7 7
- Bürokratisierung** 54 24; 55 30
- Chambre des Deputes** 69 6
- Chancenausgleich** 27 33
- Chancengleichheit** 12 18, 23, 25; 38 14, 60; 55 53 5  
 der Abgeordneten 22 26  
 der Fraktionen 37 39; 38 28, 31  
 von Parteien und Fraktionen 38 26  
 von Regierung und Opposition 38 26, 31, 1, 38, 53
- Charte constitutionelle v 4. 6. 1814** 17 11
- checks and balances** 7 102
- Chemikaliengesetz** 7 20, 65
- Clubs, politische**  
 in Frankfurter Nationalversammlung 37 7 20  
 in Frankreich 37 10
- constitutional activism** 60 52
- Corpus- und Caput — Repräsentation** 5 4 4
- Daily-Telegraph-Affaire** 2 32, 34
- Darmstadt, Ständehaus** 69 14
- Datenbanksysteme** 49 43
- Datenschutz** 20 6, 20 f, 44; 50 41; 52 71
- Datenschutzbeauftragter** 23 9
- Datenverarbeitung** 29 50
- Dauer der Regierungsbildung** 48 65
- Debatte** 36 55  
 kontingentierte 32 46  
 öffentliche 36 43  
 parlamentarische 4 78; 6 2; 28 28; 33 2  
 s. a. Parlamentsdebatte
- Debattenbeiträge** 32 20
- Debattenordnung** s. a. Redeordnung 33 34 4
- Debattenredner** 32 24 f, 29
- Debattenstil** 36 56, 58
- Delegation von Entscheidungsbefugnissen** 1 9 102
- Delegationsreisen** 27 31; 28 37
- Delegationsverbot** 21 42
- Delegiertenversammlung** 12 41 f
- Demokratie** 1 147; 2 38, 129; 4 4, 7, 49, 83; 6 42; 7 107; 38 1, 18, 35, 62; 48 72; 69 1 1  
 und imperatives Mandat 6 15, 21  
 direkte 5 14; 22 25  
 freiheitliche 21 20; 38 2, 65



- identitäre 22 28
- innerparteiliche 5 45; 6 20, 28
- kommunikative 9 130
- parlamentarische 4 81; 36 6; 38 4, 11, 35, 56
- parteienstaatliche 11 27; 21 17 f; 22 25
- plebiszitäre 22 25
- pluralistische 6 8, 11
- repräsentative 5 21; 6 3, 23; 22 25; 38 16
- Strukturprinzipien der 22 25
- unmittelbare 5 14
- Demokratieprinzip** 4 7; 5 17; 7 103; 16 9; 22 28; 38 15, 19; 56 28
- Demokratiethorie** 5 37
- Demokratische Ordnung** 48 22
- Demokratische Organisation** 4 58
- Demokratischer Zentralismus** 68 4, 15
- Demonstrationsrecht** 38 25
- Demonstrationsrechte der Opposition** 38 51
- Denkmalschutz** 69 58, 65
- Denkmalseigenschaft** 69 76
- Deputation** 2 106
- Deeregulierung** 21 2
- Deutsche Demokratische Republik** 8 37; 68 2 f, 9 ff, 18 f, 23 f
  - föderativer Staatsaufbau 68 9
  - Kommunale Selbstverwaltung 68 15
  - Länderkammer 68 14
  - Massenorganisationen 68 21, 42
  - Ministerrat 68 11, 37
  - Nationaler Verteidigungsrat 68 34, 36
  - Oberstes Gericht, Generalstaatsanwalt 68 38
  - Staatsrat 68 11, 35
  - Verfassung 1968 68 10
  - Verfassungsrevision 1974 68 11
  - Volkskammer s. Volkskammer der DDR
  - Wahlbeteiligung 68 25
- Deutscher Bundestag** s. Bundestag
- Deutscher Kaiser** 1 46, 100 f, 120
  - und Reichstag 1 127
- Deutscher Konstitutionalismus** 37 17
- Deutscher Presseclub** 8 60
- Deutscher Volksrat** 68 13
- Deutsches Reich** 1 1
- Deutschland, Provinzparlamente** 69 12
- Deutschlandvertrag** 58 1
- Dezentralisierung** 55 57
- Diätenkommissionen** 16 42
- Dienstherrenfähigkeit** 2 3, 98
- Direktor beim Deutschen Bundestag** 27 16
- Diskontinuität** 14 1; 37 41; 40 30, 68; 45 29
- Diskretionspflicht** 20 15, 39, 46
- Diskretionsschutz** 20 2, 6, 12, 18
- Diskriminierungsverbote** 5 60, 63
- Diskussion**
  - innerparteiliche 22 23
  - öffentliche 33 3
- Disziplinalgewalt** 17 14
  - und Indemnität 34 11
  - und Redefreiheit 34 10
  - parlamentarische 17 70; 34 3
- Disziplinarmaßnahmen** 34 12, 27
- Disziplinarmittel** 34 15
- Disziplinarstrafe** 17 41
- Disziplinarverfahren** 17 42
- Doppelmandat** 14 27; 23 62
- Doppelmitgliedschaft** 4 37, 39
- Doppelte Organwelterstellung** 56 48 f
- Drei-Lesungen-Prinzip** 30 33
- Dreierkommission** 50 27, 29
- Dreiklassen-Parlament** 36 57; 37 65
- Dreißigjähriger Krieg** 1 105, 116
- Dritte Beratung** s. a. Lesungen 31 86 f
- Dritte Wahlphase** 26 14
- Dritter Stand** 1 19
- Drittwirkung des Parlamentsrechts** 27 15
- Drucksachen** 21 3; 36 34
- Dualismus** 1 14, 44
  - institutionalisiert 1 62
  - s. a. Ständischer Dualismus
- D'Hondt'sches Höchstzahlverfahren** 39 14
- Ehrenamt** 16 7
- Ehrenbeamte** 23 39, 61
- Ehrengerichtliches Verfahren** 17 41
- Eid für Regierungsmitglieder** 48 59
- Eigenstaatlichkeit der Länder** 5 65
- Einberufung, vorzeitige** 18 22
- Einerwahlkreis** 2 43
- Einflußverbände** 7 4
- Einheitliche Europäische Akte** 61 74; 64 31 ff; 67 68
- Einheitskurzschrift, Deutsche** 35 1
- Einheitspauschale** 16 87
- Einsetzung der Ausschüsse** 28 32
- Einsetzungsantrag, Überweisung** 47 8
- Einsetzungsbeschluß** 50 17
- Einspruch** 18 9; 55 20
  - Zulässigkeitsvoraussetzungen 13 34
  - Zurückweisung des 30 44
- Einspruchsbegründung** 13 38
- Einspruchsberechtigung** 13 33
- Einspruchsfrist** 13 35
- Einspruchsgesetz** 30 7, 40
- Einspruchsrecht des Bundesrates** 30 43
- Einspruchsverfahren** 30 44
- Einstimmensystem** 12 32
- Einstimmigkeitspostulat** 5 52
- Einstimmigkeitsprinzip** 9 95
- Einzelfragen** 52 22 f
- Einzelplan** 44 5
- Einzelregelungen** 52 44 f

- Enquete-Kommission Verfassungsreform**  
 4 83; 10 25; 14 21; 21 12, 18, 44; 22 36;  
 25 12; 38 42, 57; 39 17, 30; 47 1, 16, 41,  
 47; 49 45, 66, 108; 50 9; 52 6; 54 76;  
 56 29; 59 40; 67 78  
 und Untersuchungsausschüsse 39 18; 47 3,  
 36, 39, 40, 48; 49 108  
 Aufgaben 47 2, 5 f, 10 ff, 24  
 Bericht 47 29 f, 52, 57, 77  
 Beteiligung der Ministerialbürokratie 47 46  
 Beteiligung von Forschungsinstituten  
 47 51  
 Diskontinuitätsgrundsatz 47 25  
 Einsetzung 47 26  
 Einsetzungsverfahren 47 7  
 Geschäftsordnungsregelungen 47 2, 37  
 Informationsbeschaffung 47 43  
 Kommissionssekretariat 47 19  
 Kommissionsvorsitzender 47 27  
 Mitglieder 47 13 f, 17  
 Nichtparlamentarier 47 13, 15  
 Öffentlichkeit 47 33  
 Rechtsgrundlagen 47 2 f  
 Reformüberlegungen 47 70 f, 73  
 Schlußbericht 47 42  
 Unterstützung durch Wissenschaftlichen  
 Dienst 47 45  
 Verfahrensregeln 47 27  
 Vorsitz 47 18  
 Zitierrecht 47 35
- Enquete-Recht des Parlaments** s. a. Unter-  
 suchungsrecht
- Entlassungs- und Mißbilligungsvoten**  
 49 132
- Entlastung der Bundesregierung** 44 39
- Entschädigung** s. a. Abgeordnetenent-  
 schädigung
- Entscheidung in eigener Sache** 16 22, 28, 41
- Entscheidungsfindung** 7 91
- Entscheidungsvorbereitung** 32 37, 40
- Entschließungsanträge** 18 13; 31 31, 39, 47 f,  
 50 f, 55, 59, 62
- Entschließungsantragsverbote** 31 61
- Erblandmarschall** s. a. Parlamentspräsident
- Erfolgswertgleichheit** 5 34
- Erklärungen** 18 40; 33 58  
 außerhalb der Tagesordnung 33 60  
 zur Abstimmung 33 59
- Erklärungs- und Annahmeverfahren** 14 22
- Erklärungsöffentlichkeit** 36 22, 39
- Ermächtigungsgesetz** 3 29; 21 23; 22 19
- Ermittlungsverbot** 17 45
- Eröffnung der Aussprache** 18 35; 33 44
- Erscheinungspflicht** 52 9
- Erste Beratung** 31 58
- Erste Lesung** 30 35
- Erste Wahlphase, Vorschlag des Bundes-  
 präsidenten** 26 11
- Erststimme(nwahl)** 12 32
- Erstunterzeichner** 31 33
- Ersuchen an die Regierung** 52 32 ff
- Erzwingungshaft** 17 44
- Ethics in Government Act 1978** 19 6
- Europa** 1 123
- Europa-Kommission** 67 78
- Europäische Gemeinschaft(en)** 7 63, 65;  
 17 66; 67 68
- Europäische Integration** 67 68, 109
- Europäische Versammlungen** 9 18
- Europäisches Parlament** 27 18; 61 67 f, 71,  
 74, 88  
 Beratungsbefugnisse 61 92  
 Beschlußfassung 61 109  
 Bestellung der Abgeordneten 61 85  
 Direktwahl 61 73  
 Fraktionsbildung 37 33, 35  
 Fraktionsmindeststärke 37 35  
 Fraktionsvorsitzende 37 35  
 Fraktionszugehörigkeit 37 37  
 Haushaltsverfahren 61 105  
 Kompetenzerweiterung 61 72  
 Kontrollbefugnisse 61 99  
 Luns- und Westerp-Verfahren 61 96  
 Rechtsetzung 61 103  
 Regenbogenfraktion 37 35  
 Wahlverfahren 61 87  
 Zusammensetzung 61 76  
 Zuständigkeiten 61 91; 64 42
- Europarat** 61 1, 4 ff; 67 100
- Ewiger Landfriede** 1 56
- Exekutive** 7 18, 48; 67 49
- Exekutivföderalismus** 67 58
- Fachausschüsse** 67 76
- Fachministerkonferenzen** 67 92
- Fachparlament** 39 29
- Fachwelten in Ausschüssen** 39 29
- Fernsehdemokratie** 22 26
- Fernsehen** 8 64; 32 29, 48 ff
- Finanzausschuß** 2 123
- Finanzfunktion des Bundestages** 4 51, 53 f
- Finanzgewalt**  
 Budgetkonflikt 2 21, 110  
 Haushalt 2 1  
 Normaletat 2 20  
 Steuern 2 20  
 Steuerverweigerung 2 20, 23
- Finanzkontrolle der Fraktionen** 37 64
- Finanzminister** 44 4
- Finanzplan** 44 28
- Finanzverfassung** 44 1
- Finanzvorlagen** 44 2 f, 48, 50

- Flächenländer** 22 25; 64 1  
**Föderalismus** 2 24, 37; 23 6  
**Formierte Gesellschaft** 7 111  
**Formulierungshilfen** 39 25  
**Forschungspolitik** 54 40  
**Frage- und Interpellationsrechte** 38 42  
**Fragen an die Regierung** 18 44 f; 52 16  
**Fragerechte des Abgeordneten** 18 43  
**Fragestunde** 18 44; 36 49 f; 49 26 f  
**Fraktion(en)** 2 3, 24, 97, 108, 116, 127 ff;  
     6 1, 6; 7 21; 15 19; 16 36; 21 1, 30, 36;  
     37 55, 64; 38 32; 67 88  
     als mittelbares Staatsorgan 37 52  
     als notwendige Einrichtung des Verfas-  
     sungslebens 6 23; 21 5 f, 30; 22 48  
     als öffentlich-rechtliche Körperschaft 37 53  
     als Organ des Parlaments 37 52  
     als Parlamentsuntergliederung 6 22  
     als Partei im Parlament 6 28; 21 20  
     als Verein 37 54  
     als Verfassungsorganteil 37 51  
     im Ausschuß 37 47  
     in Länderparlamenten 6 7, 22; 21 16; 22 5;  
     37 32  
     und Abgeordnete 6 7, 22; 21 16; 22 5  
     und Ausschüsse 9 72; 37 43  
     und Partei 22 28; 37 36, 48 f, 52  
     und Regierungsbildung 3 14  
     Antragsrechte der 31 101  
     Arbeitsweise 37 55  
     Ausschußbesetzungsrecht 6 22, 33; 15 56;  
     21 39, 41  
     Ausschüsse und Arbeitskreise der 21 9;  
     40 25  
     Begriff 37 4  
     Beschränkung des Wahlvorschlagsrechtes  
     auf 21 38  
     Beteiligung an Parlamentsarbeit 37 44  
     Beteiligung an Präsidium und  
     Ausschüssen 37 44  
     Binnenstruktur 37 56  
     Chancengleichheit der 38 28  
     Finanzierung 37 55 ff, 60 ff  
     Finanzmittel 37 62  
     Geschäftsordnungen der 21 48  
     Geschichte 22 12, 15; 37 5, 17, 19 ff, 23, 28 ff  
     Gleichberechtigung von — und  
     Abgeordneten 21 21  
     Gleichheit der 9 74; 37 53  
     Grundmandat in Ausschüssen 5 67  
     Indemnitätsschutz 17 33  
     Initiativ- und Beteiligungsfunktion 37 46  
     Personal 37 65  
     Pflichten der 37 53  
     Rechte der 22 43  
     Rückrufsrecht 21 14, 40  
**Frankfurter Nationalversammlung** 1 1;  
     7 26; 14 4, 9; 17 17; 22 12; 37 20 ff  
**Stärkeverhältnis der** 9 74; 28 33; 39 23  
**Stellenanteile der** 27 23; 28 31  
**Stellung der** 37 52  
     Vollversammlung der 21 9; 37 56, 66 ff  
     Vorbereitung der Abstimmungen 21 6  
     Wahlvorschlagsrecht der 21 36 f  
**Fraktionenparlament** 9 25; 10 18; 18 19;  
     22 38, 62, 78; 37 43  
**Fraktions(mindest)stärke** 22 38; 30 24; 37 25,  
     29, 35, 38; 40 8  
**Fraktionsabhängigkeit des Abgeordneten**  
     6 22  
**Fraktionsabsprachen** 9 124  
**Fraktionsarbeit** 37 48  
**Fraktionsarbeitsgruppen** 44 7  
**Fraktionsarbeitskreise** 37 57  
**Fraktionsauflösung** 37 40 f  
**Fraktionsausschluß** 5 46; 6 26 ff, 35; 21 24,  
     34  
**Fraktionsbeiträge** 37 62  
**Fraktionsbeitritt** 37 40  
**Fraktionsbildung** 9 88; 21 5, 7; 37 21, 32,  
     35,  
     37, 39  
**Fraktionsbindung** 6 16; 21 9; 22 12  
**Fraktionsdisziplin** 5 46; 21 7, 23, 28, 49;  
     22 30, 45, 72, 74; 49 93  
**Fraktionsführung** 22 41; 37 24  
**Fraktionsgeschäftsführer** 10 18; 22 43; 37 56  
**Fraktionsgeschäftsordnungen** 22 40, 44;  
     37 66  
**Fraktionsgliederung** 9 86; 21 6  
**Fraktionshilfsdienste** 49 59  
**Fraktionsloser Abgeordneter** s. Abgeord-  
     nete(r), fraktionslose(r)  
**Fraktionsloyalität** 21 26, 28  
**Fraktionsmitarbeiter** 22 47; 37 65; 39 25;  
     40 53  
**Fraktionsmitarbeiter, Geheimhaltungs-**  
     **pflichten** 20 39  
**Fraktionsmitglieder** 37 48, 67  
**Fraktionsrechte** 10 7  
**Fraktionsredezeiten** 33 12; 38 63  
**Fraktionssetzung** 21 50; 37 55  
**Fraktionssitzungen** 37 67 f  
**Fraktionssolidarität** 37 47, 66  
**Fraktionssozialisation** 22 49  
**Fraktionsstatus** 37 29, 32, 38, 40, 62  
**Fraktionsstellung** 22 33  
**Fraktionsstruktur** 41 16  
**Fraktionsvereinbarungen** 9 95, 124  
**Fraktionsvorsitzender** 37 47, 67; 67 89  
**Fraktionsvorstand** 21 49; 37 67; 41 17  
**Fraktionszuschüsse** 11 42; 38 64  
**Fraktionszwang** 5 46; 15 21; 21 23, 26, 28;  
     22 19, 25, 28, 30; 37 21

- Frankfurter Paulskirche s. a. Paulskirche**  
 69 15
- Frankreich** 2 7, 15, 27, 68; 37 27  
 Abgeordnete 22 8; 37 12  
 Bureaux 37 11, 27  
 Fraktionsentwicklung 37 9  
 Indemnität und Immunität 17 11, 58  
 Nationalversammlung 37 11, 13  
 politische Clubs 37 10  
 Zensuswahlrecht 37 14  
 unechter Parlamentarismus 3 6
- Französische Revolution** 1 138
- Frauen im Bundestag** 24 25
- Frauenanteil im Bundestag** 36 61
- freedom of speech** 17 10
- Freie Rede** 33 64; 35 10
- Freies Mandat s. a. Mandat, freies** 15 9; 18 2;  
 22 22, 68; 23 32; 36 17  
 und Fraktionsdisziplin 37 47  
 und Fraktionsmitglieder 37 48  
 und Geheimschutz 20 1  
 und innerparteiliche Diskussion 22 23  
 und Verhaltensregeln 19 22  
 Funktion 15 15, 19  
 Schutzwirkung des 15 20; 49 91
- Freiheit** 5 51
- Freiheit und Gleichheit im Wahlrecht**  
 16 9
- Freiheitliche demokratische Grund-  
 ordnung** 21 20; 38 14, 24
- Freiheits- und Eigentumsformel** 2 18
- Freiheitsbeschränkungen** 17 46, 49
- Freiheitsentziehungen** 17 46
- Freiheitsrechte und Minderheiten-  
 schutz** 5 62
- Freiheitsstrafen** 17 54
- Fremdbestimmung** 5 51
- Frühkonstitutionalismus** 2 4 ff, 24, 108;  
 37 15
- Führer der Opposition** 3 35; 37 32; 38 30;  
 48 3
- Funktionsgerechte Funktionsaus-  
 übung** 23 35, 49
- Funktionsgerechtigkeit** 52 47
- Fürstenrat** 1 52, 89
- Fürstensolidarität** 1 109
- G 45 c-Gesetz** 45 38
- Gegenäußerung der Bundesregierung**  
 30 23
- Gegenzeichnung durch Bundeskanzler** 30 63
- Geheimdienste, Haushaltskontrolle** 10 16
- Geheimer Rat s. a. Staatsrat**
- Geheimhaltung** 10 17; 20 20 f, 44, 47;  
 45 41
- Geheimhaltungspflichten** 20 19, 22, 33
- Geheimregistratur** 20 13
- Geheimschutz** 20 1 ff, 25, 28, 45
- Geheimschutzordnung** 15 45; 20 1, 4,  
 7 ff, 43
- Gemeiner Pfennig** 1 58
- Gemeinsame Geschäftsordnung  
 der Bundesministerien  
 (Teil II)** 7 43; 30 15
- Gemeinsamer Ausschuß** 26 26; 56 36;  
 58 1, 22, 35  
 Abgeordnetenmitglieder 26 28  
 Aufgaben 58 44  
 Berliner Abgeordnete 58 24  
 Beschlußfähigkeit 58 37  
 Funktionen 58 36, 41  
 Geheimschutz 58 20  
 Geschäftsordnung 58 3  
 Indemnitätsschutz 17 31  
 Informationsanspruch 58 42  
 konstruktives Mißtrauensvotum 58 14  
 Minderheitenschutz 58 20  
 oberstes Verfassungsorgan 58 10  
 Öffentlichkeitsgrundsatz 58 4, 28  
 Rechtliche Grundlagen 58 3  
 Selbstorganisation 58 34  
 Sitzverteilung 58 18  
 Status der Mitglieder 58 26  
 Verfahren 58 28  
 Verteidigungsfall 58 35  
 Vorschlagsrecht der Fraktionen 26 28  
 Vorsitz Bundestagspräsident 58 40  
 Zusammensetzung 58 16  
 Zutrittsrechte 58 31
- Gemeinschaftsaufgaben** 38 23; 55 65
- Gemeinwohl** 6 8; 7 109, 124; 22 24
- Generalausschuß** 2 121
- Gerichte, oberste** 1 131
- Gerichtsbarkeit** 4 64, 72
- Gesamtheitsprinzip** 9 97
- Gesandtenkongreß** 56 8, 40
- Geschäftsordnungsautonomie** 30 24
- Geschäftsführender Bundeskanzler** 26 15
- Geschäftsführer, parlamentarische** 21 49;  
 28 6; 37 65
- Geschäftsordnung** 4 1, 12; 9 1 ff, 42, 66,  
 69, 88, 114 f; 10 18 f, 24, 27, 40 f; 11 2 8;  
 22 52; 43 1, 28; 53 22  
 als parlamentarische Innenrechtsnorm 9 51  
 als parlamentarisches Prozeßrecht 43 7  
 der Bundesregierung 30 15  
 der Bundesversammlung 10 23  
 des Bundestages 16 37; 21 19; 37 30  
 der Länderparlamente 9 5  
 des Europäischen Parlaments 9 6  
 des Vermittlungsausschusses 10 23  
 und Abgeordnetenstatus 21 30

- und Diskontinuität 10 28
- und Grundgesetz 52 62
- und Parlamentsbrauch 9 62
- und Verfassungsrecht 21 30
- Arten 9 35
- Abweichen im Einzelfall 10 32, 34
- Altersschichten 9 30
- Änderung 9 127; 10 33; 43 47
- Anlagen 9 57
- Antrag zur 18 5; 31 9
- Auslegung 9 60; 10 36; 11 13; 27 29; 43 27
- autonome Satzung 9 48; 10 40
- Begriff 10 19
- Bekanntmachung 10 27
- Bindungswirkung 10 24
- gerichtliche Kontrolle der 10 44
- Geschichte 9 3, 9, 12, 22
- innere und äußere 9 15, 41; 10 19
- interfraktionelle Absprachen 10 37
- Kontinuität 9 4
- Normcharakter 9 45, 52, 55; 11 17
- öffentlich-rechtliche Vereinbarung 9 50
- Organsatzung 10 40
- Organstreit 10 44
- Rechtsnatur 9 43; 10 40; 52 36
- Rechtsverordnung 9 47; 10 40
- Rechtswirkungen 10 39
- Regelungsbereiche 9 2
- Sondergeschäftsordnungen 9 58
- Verfassungssatzung 10 40
- zeitliche Geltung 10 27
- Zusammenwirken mit anderen Verfassungsorganen 10 22
- Geschäftsordnungsabweichung** 10 35, 43
- Geschäftsordnungsanträge** 18 5, 16 f, 19; 31 9, 92, 95 f, 104, 113 ff, 119
- Geschäftsausschuß** 2 85 ff, 90 ff; 9 20, 32, 35, 122, 125; 10 14, 16, 20; 15 46; 21 30, 42; 30 20; 43 26, 32, 34, 36 f, 40, 45, 47, 50; 58 6
- Geschäftsordnungsdiskontinuität** 10 31
- Geschäftsordnungsfunktionen** 9 113
- Geschäftsordnungsrecht** 4 79; 9 2, 34, 38, 55, 64, 66, 116; 10 2, 18, 29, 33; 18 1; 56 67
- Geschäftsordnungsreform** 11 26, 31; 22 80
- Geschäftsordnungsverstoß** 10 42, 47
- Geiellschaft**
  - aktive 38 47
  - formierte 7 111; 50 54
- Geetz(e)** 4 48, 59, 61 ff; 32 52; 52 39; 55 1
- Geetzenquete** 4 83
- Geetzentwurf** 7 20, 36, 51, 93 f; 18 12; 21 33; 30 26, 30; 31 13; 40 68
- Geetzesbeschuß** 21 46; 30 38
- Geetzesinitiative** 30 9, 11 ff, 21, 24
- Geetzesinitiativrecht** 30 24; 55 46
- Geetzesvollzug** 29 12
- Geetzesvorbehalt** 4 48 f, 52 ff, 55 ff; 39 3
- Geetzesvorlage** 30 1 f, 14, 27 ff
- Geetzgeber** 4 63; 30 29
- Geetzgebung** 2 16, 18, 92, 106; 4 13, 19, 36, 48 f, 50, 56, 59, 61 ff, 70, 87; 6 36; 7 97, 113; 21 1; 30 1; 38 19; 42 19; 55 1
  - als parlamentarische Kontrolle 39 11
  - als Verfassungsvollzug 60 44
  - und Bundesverfassungsgericht 60 46 ff
  - und Interessenverbände 7 66
  - Initiativrecht 2 3, 17, 108; 7 42
  - Kompetenzkonflikte 67 29
  - Mitwirkung des Abgeordneten an 6 25
  - Notverordnungsrecht 2 18
  - plebiszitäre Formen 3 21
  - Verbandseinfluß auf 7 19, 38, 92
- Geetzgebungs-Hilfsdienste** 29 99
- Geetzgebungs-ausschüsse** 39 13; 42 20
- Geetzgebungs-funktion** 3 21; 42 24
- Geetzgebungs-initiativen der Oppositions-fraktion** 7 42
- Geetzgebungs-kompetenz** 17 5 f; 23 24
- Geetzgebungs-mehrheit** 5 60
- Geetzgebungs-notstand** 30 68 ff; 59 48
- Geetzgebungs-organ** 56 65
- Geetzgebungs-praxis** 30 17
- Geetzgebungs-prozeß** 7 22; 30 11
- Geetzgebungs-referenten** 7 46
- Geetzgebungs-staat** 30 9
- Geetzgebungs-verfahren** 7 95, 97, 113; 30 1 ff, 9 ff, 33; 38 20; 40 68, 71; 54 49; 55 39; 60 35
- Geetzgebungs-zuständigkeit** 55 61
- Gewaltenmonismus** 48 12; 54 3
- Gevaltenteilung** 2 5, 89, 111; 4 2, 22, 26 ff; 7 102; 23 5, 14, 33; 38 11, 19; 39 12; 44 7; 45 44; 56 1
  - funktionelle 54 3
  - horizontale 55 31
  - normative 52 46
- Gevaltenteilungsprinzip** 4 23, 68; 23 34; 48 14; 54 2
- Gewerkschaften** 7 10, 75
- Gewissensverpflichtung des Abgeordneten** 22 24
- Gewohnheitsrecht** s. a. Parlamentarisches
  - Gewohnheitsrecht 10 29; 11 1
- Gleichberechtigung von Abgeordneten und Fraktion** 21 21
- Gleichheit** 22 28; 37 55
- Gleichheitssatz** 6 25, 39
- Globalsteuerung** 54 41
- Goldene Bulle** 1 41, 51, 87; 5 48

- Großbritannien** 2 15, 19, 72  
 Abgeordneter, Entwicklung der Stellung des 22 8  
 committee of the whole house 2 121  
 Entwicklung von Fraktionen 37 5  
 Indemnität und Immunität 17 9  
 King in Parliament 2 36  
 king's influence 2 28  
 Normsetzung durch Parlament 39 3  
 Regierung 2 132  
 Unterhaus 19 7; 27 11; 37 7  
 Verfassungszustände 2 2, 7, 26  
 Wahlreform 2 57; 37 8  
**Große Anfragen** 5 66; 18 46; 32 32; 36 43 f;  
 38 52; 49 26; 52 18 f; 54 45  
**Große Koalition** 38 13 f, 21, 55; 42 14; 48 71  
**Grundgesetz** 5 23; 8 3; 9 40; 22 2, 18; 26 7;  
 38 42; 51 7; 52 42, 74; 55 70; 60 3 f, 52  
**Grundkonsens** 1 7, 52, 96  
**Grundmandat** 5 67; 12 37  
**Grundrechte** 4 65; 32 14; 38 24  
**Gruppe, parlamentarische** 37 4, 30  
**Gruppen- und Minderheitenrechte, Antragsrecht** 18 11  
**Gruppenbildung** 7 106, 116  
**Gruppeninteressen** 7 36, 52, 109  
**Gruppenparlament** 21 10  
**Gruppenrechte** 18 29
- Hamburg** 65 44  
 Abgeordnetenamt als Ehrenamt 65 12  
 Amtszeit der Regierung 63 10  
 Bürgerausschuß 65 46  
 Bürgerschaft 15 77; 65 21; 69 30  
 Deputationen 65 40  
 Feierabendparlament 16 6
- Hammelsprung** 18 51  
**Handbuch des Bundestages** 19 11  
**Hannoverscher Verfassungskonflikt** 2 71  
**Hare/Niemeyer'sches Umrechnungsverfahren** 39 14  
**Hauptausschuß** 39 30
- Haushalt**  
 Spezialität 44 17, 19, 27  
 Vollständigkeit 44 21  
**Haushaltsausgleich** 44 24  
**Haushaltsausschuß** 21 42; 44 1 ff, 9, 11, 37;  
 49 90; 50 4; 54 53  
 und Bundesrechnungshof 44 56  
 und Bundesregierung 44 12  
 und Fachausschüsse 44 5  
 und Finanzminister 44 51  
 und Haushaltsvollzug 44 31, 35  
 und qualifizierte Sperren 44 35  
 und Rechnungsprüfungsausschuß 44 40  
 Arbeitsweise 44 2 f
- Berichterstattersystem 44 6  
 Mitglieder 44 23  
 Personalbewilligung 44 26  
 Prüfungsvorgaben 44 22  
 qualifizierte Sperren 44 25  
 Rechnungsprüfungsausschuß 44 40  
 Selbstverständnis 44 57  
 Unterrichtung 44 32  
 Vorsitz 11 61
- Haushaltsausschußsitzungen, Nichtöffentlichkeit der** 44 10  
**Haushaltsberatungen** 44 4  
**Haushaltsbewilligung** 44 8, 26  
**Haushaltseinzelplan des Bundestages** 28 43  
**Haushaltsentwurf** 44 3 f, 6, 22, 29  
**Haushalts Erläuterungen** 44 18  
**Haushaltsfeststellung** 6 25  
**Haushaltsgesetz** 4 53, 56; 44 2, 28  
**Haushaltsgrundsatzgesetz** 44 1  
**Haushaltsjahr** 44 32  
**Haushaltskreislauf** 44 3, 11  
**Haushaltsplan** 4 53; 16 36; 44 4, 6, 8, 11, 15 f  
**Haushaltsvermerke** 44 17  
**Hausordnung** 34 54  
**Hausrecht des Bundestagspräsidenten** 27 11;  
 34 5  
**Hearings** s. a. Anhörungen 3 45; 7 25; 10 25;  
 39 27; 42 3, 10, 25 f, 30 ff, 36, 43, 46  
**Heiliges Römisches Reich** 1 2, 145  
**Herbeirufung von Regierungsmitgliedern** 31 98; 52 1, 3  
**Herbeirufungs- und Informationsbegehren** 52 78  
**Herbeirufungsberechtigte** 52 4  
**Herbeirufungsfolgen, Erscheinungspflicht** 52 11  
**Herbeirufungspraxis** 52 15  
**Herbeirufungsrecht** 49 24  
**Herbeirufungsverfahren** 52 13  
**Herbeirufungsverpflichtete** 52 8  
**Herrenchiemseer Entwurf** 22 20  
**Herrschaft**  
 auf Zeit 5 28; 38 17  
 politische 32 7, 9; 36 15  
**Hessischer Diätenfall** 16 2  
**Hilfsdienste der Fraktionen** 49 45, 56  
**Hilfsorgan des Bundestages** 4 89  
**Hinterbliebenenversorgung** 16 55  
**Hochschullehrer** 23 45  
**Höchstzahlverfahren D'Hondt** 39 14  
**Hochverrat** 2 71, 131  
**Hof- und Reichstag** 1 15 f, 20, 54  
**Hoftag** 1 1, 6, 13 f, 30, 35, 41 f, 46,  
 49, 146  
**Homogenität** 5 55  
**Homogenitätsklausel** 67 5

- Honoratiorenparlament** 5 29, 39; 21 4, 17  
**House of Commons** 69 5
- Identität von Parteienmehrheit und Aktivbürgererschaft** 22 28
- Identität von Regierenden und Regierten** 5 10
- Identitätsrepräsentation** 5 7, 48
- Immerwährender Reichstag 1663–1795/97** 1 124
- Immunität** 2 70 ff; 14 28; 17 6, 16, 40, 50, 54 ff, 68; 43 1  
in Landesverfassungen 17 3  
Aufhebung der 17 5  
Begriff 17 38  
Beugemaßnahmen 17 44  
Ergreifung auf frischer Tat 17 47  
Ermittlungsverbot 17 45  
Erzwingungshaft 17 44  
Europäische Gemeinschaften 17 66  
Freiheitsbeschränkungen 17 46, 49  
Freiheitsstrafen 17 54  
generelle Genehmigung 17 54  
Geschichte 17 7 ff, 17  
mitgebrachte Verfahren 17 48  
Prozeßhandlungshindernis 17 38  
Rechtsquellen 17 1  
Regelungen im Ausland 17 9 ff, 57 ff  
Schutzbereich 17 40  
Verfahrenshindernis 17 38  
Verfolgungsgenehmigung 17 52  
Verkehrs- und Bagatelldelikte 17 54  
Verwarnung 17 44
- Immunitätsrecht** 43 9
- Immunitätsverfahren** 43 10
- Imperatives Mandat** s. a. Mandat, imperatives 5 41; 6 15 f; 15 14, 92; 22 25
- Indemnität** 14 28; 17 18, 20, 24, 27, 69  
als Privileg 17 9  
für Äußerungen in der Fraktion 17 2  
im Kommunalrecht 17 4  
und Disziplinargewalt 34 11  
und Landesverfassungen 17 5  
und Notwehr 17 21  
Begriff 17 19  
Europäische Gemeinschaften 17 66  
Geschichte 17 7 ff, 14, 17  
persönlicher Strafausschließungsgrund 17 20  
Recht des Mitglieds 17 21  
Recht des Parlaments 17 21  
Rechtsquellen 17 1  
Regelungen im Ausland 17 9 ff  
Schutzbereich 17 22 f  
strafrechtliche Verantwortlichkeit 17 5, 19  
Verfolgungshindernis 17 20
- Indemnitätsschutz** 17 26, 29 ff, 32, 35 ff  
für Abstimmungen 17 23  
für Äußerungen (Tatsachen und Meinungen) 17 24  
für Äußerungen in Fraktionen 17 33  
Schutzbereich 17 28, 37
- Ineligibilität** 14 8, 24; 23 19, 22
- Informale Inkompatibilitäten** 11 59, 63
- Informale Regeln** 11 14, 66 f, 69, 75
- Information** 7 80; 40 60; 49 18  
der Opposition 38 43  
der Verbände 7 79  
über und Einblick in Ausschußarbeit 32 43  
und politische Herrschaft 32 7
- Informations- und Kommunikationstechniken** 36 72, 77 f
- Informationsbefugnisse** 9 92
- Informationsbeziehungen** 52 51
- Informationsdienste** 8 20
- Informationsfunktion von Anhörungen** 7 30
- Informationsgewinnung** 48 42; 49 13, 21, 36
- Informationsministerium** 8 60
- Informationspflicht der Regierung** 38 62
- Informationspolitik, restriktiv** 8 70
- Informationsrecht** 15 40; 38 52, 57
- Informationsverarbeitung** 49 15, 44 f
- Informationsvermittlung** 49 29
- Informationsversorgung durch Regierung** 52 55
- Informationsverwertung** 8 42
- Informationsvorsprung der Regierung** 7 77
- Informelle Zusammenschlüsse** 37 60
- Initiativ- oder Beschlußkompetenzen** 9 100
- Initiativ- und Beteiligungsfunktion von Fraktionen** 37 46
- Initiative Parlamentsreform** 22 52, 60, 69, 79; 43 48
- Initiativrecht** 4 53; 6 30; 30 14, 25
- Initiativen und Anträge** 49 103
- Inkompatibilität** 2 76, 78, 81, 83; 4 33; 14 8, 23, 25; 15 80 f; 19 1; 23 1, 12, 46; 56 72
- Inkompatibilitätsregeln** 7 121; 15 67; 23 5
- Innere Führung** 51 11
- Innerparlamentarische Willensbildung** 48 11
- Innerparteiliche Demokratie** 5 45; 6 20, 28
- Innerverbandliche Gruppenbildung** 7 116
- Innovationspotential der Opposition** 38 46
- Institutionalisierung**  
der Interessenverbände 7 68  
der Opposition 38 56
- Integration** 32 33; 38 47; 39 31; 45 13
- Interessen** 7 1, 90  
organisierte 7 5, 110
- Interessengruppen** 42 13
- Interessenkollisionen** 19 9

- Interessenorganisation, plurale** 7 101  
**Interessenpluralismus** 5 12  
**Interessenpositionen** 49 41  
**Interessenrepräsentation** 5 15  
**Interessentenabgeordnete** 7 36  
**Interessentenzahlungen** 16 72; 19 18  
**Interessenverbände** 7 2 f, 6, 9 f, 15, 63, 66, 73 f, 77, 100, 105, 115  
**Interessenverknüpfungen** 7 119  
**Interessenvertreter** 7 26; 40 63  
**Interfraktionelle Gesetzentwürfe** 11 51  
**Interfraktionelle Kooperation** 67 88  
**Interfraktionelle Vereinbarungen** 11 46 f, 49, 54  
**Interfraktionelle Zusammenarbeit** 67 91  
**Interimsausschuß** 43 2  
**Internationale Organisationen** 26 51  
**Interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft** 67 60, 84  
**Interparlamentarische Beziehungen** 67 58, 61, 96  
**Interparlamentarische Union** 26 54; 27 18  
**Interpellationsrecht** 2 34, 88, 110, 116; 3 25  
**Intra-Organ-Beziehungen** 60 1
- Jahresbericht** 51 47 f, 49  
**Journalismus** 8 71  
**Journalisten** 8 2; 24 21  
   Gesprächskreise 8 60  
**Journalistenfragen auf Bestellung** 8 49  
**Julikonstitutionalismus** 2 4, 74, 128, 131  
**Juridifizierung der Politik** 60 2, 42  
**Justiz, Unabhängigkeit der** 45 17
- Kabinettsbeschluß** 30 19 f  
**Kabinettsbildung** 48 1, 51  
**Kabinettsvorlage** 30 19  
**Kaiserreich** 1 71; 22 15  
**Kaisertum** 1 11, 65, 76  
**Kammergericht** 1 27, 57  
**Kandidatenaufstellung** 12 38 ff, 41, 42 f; 22 70  
**Kandidatenauswahl** 6 34; 21 24  
**Kanzler**  
   Demokratie 3 35  
   Mehrheit 26 16; 58 14  
   Verantwortlichkeit 48 55  
   Vorschlag 4 76; 48 51  
   Wahl 30 69; 48 1, 37, 44, 50, 62 f  
   – Dritte Wahlphase 48 45  
   – Erste Wahlphase 48 42  
   – Mißtrauensvotum 49 118  
   – Verfahren 48 46  
   – Vorschlagsrecht des Bundespräsidenten 48 42  
   – Zweite Wahlphase 48 43  
   s. a. Bundeskanzler
- Karl V.** 1 73 f  
**Karlsbader Beschlüsse** 2 3  
**Kassationsfunktion des Bundesverfassungsgerichts** 60 5, 21, 46 f  
**Kirche** 2 10, 36, 50, 55  
**Klassengesellschaft** 24 22  
**Kleine Anfragen** 18 46; 36 46 ff; 52 20 f  
**Kleine Parlamentsreform 1969** 22 35 f; 36 67; 37 31, 43; 42 10; 49 66, 103  
**Kloster Bebenhausen** 69 41  
**Koalitionen** 21 50; 48 1  
**Koalitionsabsprachen** 26 11  
**Koalitionsausschuß** 48 71  
**Koalitionsfraktion(en)** s. Regierungsfraktion(en)  
**Koalitionsfreiheit** 9 87  
**Koalitionsgespräch** 41 8  
**Koalitionspolitik** 48 71  
**Koalitionsprogramm** 38 6  
**Koalitionsregierung** 3 25; 38 13; 48 52  
**Koalitionsvereinbarungen** 3 20; 48 39, 70; 56 40, 107  
**Koalitionsverhandlungen** 48 69 f  
**Koalitionsvertrag** 48 52  
**Koalitionserfall** 3 25, 40; 48 32  
**Kollegialitätsprinzip** 9 97  
**Kommissionen** 28 17; 39 8, 17  
   Adreßkommission 2 123  
   gemischte 2 126  
   s. a. Ausschuß  
**Kommunale Selbstverwaltung** 5 65  
**Kommunale Spitzenverbände** 7 14; 42 10  
**Kommunikation** 9 116  
   und politische Herrschaft 32 7  
   und Willensbildung 32 11  
   politische 32 11 f; 36 1, 9, 26  
**Kommunikationsfunktion des freien Mandats** 36 17  
**Kommunikationsprozeß** 5 53  
**Kommunikationsrechte, politische** 5 67  
**Kompatibilität, Ministeramt und Mandat** 4 30  
**Kompetenzordnung** 52 46  
**Kompromiß** 7 97, 104, 124; 30 11  
**Konferenz**  
   der Landtagspräsidenten 67 60  
   der Präsidenten europäischer parlamentarischer Versammlungen 61 131  
**Konfessionalisierung** 6 15  
**Kongreß der Vereinigten Staaten von Amerika** 39 4  
**König** 1 12  
**Königslose Tage** 1 36, 44  
**Königswahl** 1 39 f  
**Königtum** 1 6 ff, 52, 64  
**Konkordanzdemokratie** 54 37; 55 4, 67



- Konkurrenzdemokratie** 55 41  
**Konsens** 1 21; 60 43  
**Konsens und Konflikt, Stellung des Bundesverfassungsgerichts** 60 5  
**Konsensfunktion des Bundesverfassungsgerichts** 60 5, 18, 43  
**Konsensprozesse** 38 47  
**Konsensuale Gesetzgebung** 30 11  
**Konsensverfahren** 5 52  
**Konstitutionalismus** 32 18; 44 12  
   deutscher 3 14, 37; 37 17  
   Immunität 17 16  
   Indemnität 17 14  
   Julikonstitutionalismus 2 4, 74, 128, 131  
   Märzkonstitutionalismus 2 6, 9 f, 17, 28, 33  
   monarchischer 2 1 ff  
   Provinzialkonstitutionalismus 2 20, 57, 115  
   Spätkonstitutionalismus 2 6 ff  
   s. a. Frühkonstitutionalismus, Hochkonstitutionalismus  
**Konstitutionelle Demokratie** 3 20  
**Konstitutionelle Monarchie** 4 4, 81; 32 48; 37 15; 38 3; 55 8  
**Konstitutionelles System** 38 5; 51 5  
**Konsultationen** 7 46  
**Kontrollausschüsse** 39 17; 40 9  
**Kontrolle** 4 70, 76; 49 2, 4; 50 2, 38 f; 54 61  
   als Machtbegrenzung 50 1  
   als öffentliche Kritik 49 9  
   als Oppositionsaufgabe 38 39  
   als parlamentarische Mitregierung 49 87  
   als Ministerialverwaltung 54 64  
   der Nachrichtendienste 50 8  
   der Regierung 7 95  
   der Verfassungsgerichtsbarkeit 60 53  
   durch Ausschüsse 36 19  
   durch deutsche Stellen 50 47  
   durch externe Organe 13 10  
   durch Opposition 49 9  
   in den Ländern 50 42  
   externe 6 40  
   informationelle 45 20  
   parlamentarische 4 78; 39 10 f; 45 20  
   politische 7 122  
   Rechts- und Zweckmäßigkeitprüfung 50 35  
   verfassungsgerichtliche 6 39  
**Kontrollfunktion des Parlaments** 4 69, 77  
**Kontrollmittel der Opposition** 38 42  
**Kontrollöffentlichkeit** 36 19 f, 42  
**Kontrollprozeß** 49 17  
**Kontrollrechte als Informationsinstrumente** 36 18  
**Kontrollrechte der Opposition** 38 52  
**Kooperation** 7 104; 9 94  
**Kooperationsprinzip** 7 83  
**Kooperationsregeln** 11 46, 54  
**Kooperativer Verwaltungspolitik** 54 80  
**Kooperativer Föderalismus** 55 8, 64, 73; 67 45  
**Kooptationsverbot** 60 20  
**Koordination** 9 93  
   von Ausschüssen 40 80  
   fraktionsinterne 40 27  
**Koordinierungsbürokratie** 54 38, 42  
**Koppelungsverbot** 16 18  
**Körperschaft** 5 48  
**Korporation, lokale** 5 37  
**Korporationslehre** 5 3  
**Korruption** 21 25  
**Kreiswahlausschuß** 12 72  
**Kreiswahlleiter** 12 65  
**Kreuzstichverfahren** 11 45  
**Kriminalstrafe** 17 41  
**Kritik als Oppositionsaufgabe** 38 39  
**Kulturkampf** 38 5  
**Kurfürsten** 1 9, 39 f, 43, 50, 128  
**Kurfürstenkollegium** 5 6, 48  
**Kurfürstenrat** 1 87  
**Kurfürstentum** 1 43  
**Kurfürstenwürde** 1 76  
**Kurzprotokoll** 28 16  
  
**Länder s. Bundesländer**  
**Länderbürokratien** 55 35  
**Länderparlamente** 37 32; 63 20, 26; 64 1 ff, 5 ff  
   und Europa 64 43  
   Befassungs- und Entschließungsrechte 67 35  
   Bestellung der Bundesratsmitglieder 63 27  
   Funktions- und Bedeutungsverlust 63 11  
   Informationsrechte 67 104  
   Konsultationsverfahren 63 25  
**Landesbeamte** 23 25, 27  
**Landesgrundrechte** 45 5  
**Landesgruppen** 37 61  
**Landeshaushaltsordnungen** 63 24  
**Landeslisten** 12 34, 75, 78, 80, 91  
**Landespressekonferenz** 64 18  
**Landesregierung** 56 40; 63 19; 64 22  
**Landesverfassungen** 15 25; 16 25; 17 2 f; 63 7 f, 12  
**Landeswahlausschüsse** 12 70  
**Landeswahlleiter** 12 71  
**Landeswahlvorschläge** 12 34, 78  
**Landstände** 9 11; 17 13  
**Landständische Verfassungen** 2 1, 3, 7; 69 12  
**Landtag** 59 20; 67 52; 69 27  
   Akteneinsicht 64 23  
   Ältestenrat 64 13  
   Bürgerbeauftragter 64 41

- Landtag** (Forts.)  
 Etatrecht 67 52  
 Fachausschüsse 67 57  
 Indemnität 17 2  
 Kompetenzverlagerungen 67 43  
 Kontrollrechte 64 21  
 Minderheitenrechte 64 34  
 Oppositionsführer 64 34  
 Organe 64 10  
 Petitionsrecht 64 40  
 Planungsausschüsse 67 51  
 Rechtsstellung der Opposition im 38 48  
 Untersuchungsausschüsse 64 24  
 Zitierrecht 64 21
- Landtagsausschüsse** 64 15, 17  
**Landtagshäuser** 69 22  
**Landtagsminderheitenrechte** 64 36 ff  
**Landtagsopposition** 64 35  
**Landtagspräsident** 64 10  
**Landtagspräsidenten-Konferenz** 27 18;  
 38 48; 64 18; 67 70, 73 f  
**Landtagspräsidium** 64 11 f, 25 ff  
**Legislative** 60 2 ff  
**Legislatorische Programmsteuerung** 54 1  
**Legislaturperiode** 14 10; 48 29  
**Legitimation** 4 90; 7 84; 13 1; 32 9 ff  
 demokratische 60 4, 20  
**Legitimationsfunktion des Bundestages**  
 36 15  
 des Bundesverfassungsgerichts 60 5, 21, 48  
**Legitimationsprozess** 32 12  
**Legitimität, politische** 32 8  
**Lesungen** s. a. Beratung 30 33 f  
**Liebknecht-Fall** 2 73  
**Live-Berichterstattung** 8 16  
**Lobbyismus** 7 24; 40 63, 65; 42 33  
**Lose gebundene Listen** 12 36  
**Luxemburg, Indemnität und Immunität**  
 17 63
- Machtwechsel** 32 12; 38 13, 18, 32, 34, 37, 61  
**Machtwechselchance** 38 18, 46  
**Mandat** 6 2; 15 23, 27; 23 65  
 freies s. a. Freies Mandat 5 26, 38; 6 15;  
 36 17  
 — als Funktionsbedingung des Parlamentarismus 6 17  
 — als Mittel der Konsensbildung 21 19  
 — des parteigebundenen Abgeordneten 21 18  
 — im Parteienstaat 5 40  
 — und Fraktion 6 18  
 — und Parteibasis 6 19  
 — und Repräsentation 5 26  
 — und Verhaltensregeln 19 22  
 — Einbettung des 21 22  
 — Entscheidung des Grundgesetzes für 6 16  
 — Garantie des 18 2  
 — Inhalt 6 24  
 — innerparteiliche Diskussion 22 23  
 — Schutz des 6 24  
 — Unverzichtbarkeit des 21 22  
 — Vorrang des 22 22  
 generelles 14 39  
 imperatives 5 41; 6 15 f, 19, 21; 22 25  
 parteigebundenes 6 15; 14 39; 15 17; 21 18;  
 22 27 f  
 rahmengebundenes 14 39; 22 27  
 repräsentatives 6 24  
 ruhendes 14 37
- Mandatsannahme** 14 22  
**Mandatsausübung** 22 30  
**Mandatswerb** 14 22, 28; 22 70  
**Mandatswerbungsprüfung** 13 4, 40  
**Mandatsfreiheit** 9 86  
**Mandatsmißbrauch** 19 2  
**Mandatspflichten** 4 14  
**Mandatsprüfung** 13 39  
**Mandatsverlust** 5 46; 6 16; 14 29, 31;  
 15 29, 32, 73; 37 40  
**Mandatsverlustprüfung** 13 4, 41  
**Mandatsverteilung** 5 34  
**Mandatsverzicht** 2 114; 14 33, 37; 15 31  
**Männerparlament, Bundestag als** 36 60  
**Marineakademie** 69 32  
**Marktwirtschaft** 5 53  
**Märzkonstitutionalismus** 2 6, 9 f, 10, 17  
**Maßnahmegesetze** 7 41  
**Massendemokratie** 22 25  
**Massenmedien** 32 21; 36 21, 71  
**Massenpetition** 45 48  
**Matrikularbeiträge** 1 98  
**Maximilianeum (Bayerischer Landtag)** 69 37  
**Mediatisierung des Volkes** 6 23; 22 25  
**Medien** 20 38; 32 28 ff; 36 72  
**Medienpolitik** 67 93  
**Medienvermittlung parlamentarischer  
 Publizität** 36 22  
**Medienvertreter** 8 27  
**Mehrheiten** 4 78; 21 46  
 wechselnde, Verbot 21 50  
**Mehrheits- und Minderheits-  
 entscheidung** 49 34  
**Mehrheitsbeschlüsse** 1 92  
**Mehrheitsentscheidung** 1 53; 5 54, 57 f  
**Mehrheitsfraktion(en)** 7 41; 42 24; 54 45;  
 67 20  
**Mehrheitspartei** 6 11  
**Mehrheitsprinzip** 5 5, 48 ff, 53, 55 f;  
 38 9, 16  
 und Minderheitenschutz 5 48; 9 77

- Mehrheitsrechte** 49 16, 119  
**Mehrheitsregel** 49 106  
**Mehrheitsverhältnisse** 11 30  
**Mehrheitswahl** 5 33; 12 31  
**Mehrheitswahlsystem** 5 34, 37; 38 9, 11  
**Mehrparteiensystem** 38 15; 48 10  
**Meinung, öffentliche** 7 60  
**Meinungsäußerung, freie** 12 9  
**Meinungsfreiheit** 8 6; 12 10  
**Militärgewalt** 2 6, 18  
**Militärhaushalt** 2 22, 24  
**Minderheit(en)** 5 37; 38 64  
    Beschlußrechte 49 107  
    dänische 5 65  
    Folgepflicht der 5 48  
    parlamentarische s. a. Opposition 38 31  
    Rechtsstellung der 47 74  
**Minderheiten und Mehrheitsdemokratie**  
    5 59  
**Minderheitenquorum** 49 65  
**Minderheitsfraktionen** 38 32  
**Minderheitsinitiativen** 49 105  
**Minderheitskanzler** 48 49 f  
**Minderheitsrechte** 4 82, 87; 9 80, 82; 18 11;  
    20 45; 28 25; 31 33, 38; 36 19; 38 42 f, 50,  
    54, 57; 40 72; 42 10; 49 16, 31, 100, 102  
**Minderheitsregierung** 38 33; 48 8  
**Minderheitsschutz** 5 37, 48, 60, 62 ff, 68; 9 77,  
    79; 10 33; 38 14 ff; 39 24; 45 31, 49; 60 46  
**Minister** 4 30  
**Minister-Abgeordnete** 4 32  
**Ministeranklage** 2 25, 33  
**Ministerernennung** 64 20  
**Ministerialbürokratie** 30 9, 17; 41 4; 42 28;  
    49 23; 54 36  
**Ministerialorganisation** 54 11  
**Ministerialsystem** 54 4  
**Ministerialverwaltung** 7 41, 47, 49 f, 65;  
    49 50; 54 4, 7, 21  
**Ministerpräsident** 64 19  
**Ministerpräsidentenkonferenz** 67 92  
**Ministerverantwortlichkeit** 4 76  
**Mißbilligung** 26 17  
**Mißbilligungs- oder Tadelsanträge** 18 14;  
    49 132  
**Mißbilligungsvotum** 2 34, 88; 3 25  
**Mischfinanzierung** 54 38  
**Mißtrauensantrag** 26 19; 27 4, 23; 38 37;  
    49 126  
**Mißtrauensvotum** 48 6 f, 23  
    konstruktives 3 18, 33, 41; 26 16; 38 9, 11,  
    55; 48 31, 33; 49 122  
**Mitarbeiterkosten** 16 36, 91  
**Mitberatung** 9 94; 40 82  
**Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts**  
    23 7  
**Mitglieder- oder Vertreterversamm-  
lungen** 12 39  
**Mitgliedervereinigungen s. Fraktionen**  
**Mitgliederversammlung** 12 40  
**Mittelstand** 7 76  
**Mitwirkung in Ausschüssen** 15 55  
**Mitwirkungs- und Beteiligungsgremien**  
    39 23; 62 1  
**Mitwirkungs- und Kommunikationsrecht**  
    5 19  
**Mitwirkungsverbote** 19 1  
**Modernisierung** 36 73; 54 69  
**Monarchie** 1 32  
    konstitutionelle 4 81; 38 3  
**Monarchisches Prinzip** 3 8; 4 4  
**Mündliche Anfragen** 36 49  
**Mündlichkeit, Prinzip der** 32 1  
**Mustergesetzentwürfe** 67 85  
  
**Nachrichtendienste** 10 11; 21 34; 25 16;  
    44 20; 50 1, 15  
**Nachrichtensperre** 8 71  
**Nachrücker** 14 28  
**Nachtbackverbot** 7 39  
**Nachtragshaushalt** 44 30  
**Namentliche Abstimmung** 18 51  
**Nation** 5 8  
**Nationalrepräsentation** 2 91; 5 13  
**Nationalsozialismus** 3 27; 38 9  
**Nationalversammlung** 3 4, 14  
    in Frankreich 37 11  
**NATO** 61 47  
**Nebeneinkünfte** 19 16  
**Neokorporatismus** 7 111  
**Nettokreditaufnahme** 44 24  
**Neutralität**  
    des Bundesverfassungsgerichts 60 21  
    parteipolitische 6 9; 23 14, 30; 27 11  
**Neuwahlen** 30 70  
**Nichtöffentliche Anhörungen** 49 40  
**Nichtöffentlichkeit der Ausschuß-  
sitzungen** 49 39, 73, 83  
    Niederlande 17 62  
**Niedersachsen, Landtag** 69 31  
**Nordatlantische Versammlung** 26 53;  
    61 47 ff, 50 ff, 60 ff  
**Norddeutscher Bund** 1 1; 14 6; 27 3; 69 19  
**Nordrhein-Westfalen** 69 29, 67  
**Normenflut** 21 2  
**Normenkontrolle**  
    abstrakte 10 45; 38 20; 60 25  
    konkrete 10 46; 60 25  
**Normenkontrollverfahren** 49 110  
    als Kontrollmittel der Opposition 38 42, 52  
    Beteiligung des Bundestages 60 34  
**Norwegen** 17 60

- Notbewilligungsrecht** 4 53; 44 12, 30  
**Notparlament** 4 34; 37 45  
**Notstandsverfassung** 50 21; 58 1  
**Notverordnungsrecht** 58 2  
**Notwehr und Indemnität** 17 20
- Obleute** 40 24, 46  
**Obleutegespräch** 40 46  
**Observanz** 11 1, 72  
**Observierung und Indemnitätsschutz** 17 35  
**Obstruktion** 38 51  
**Offenlegung**  
   von Beraterverträgen 7 120  
   von Spenden 7 119  
   von Staatsgeheimnissen 20 25 f, 30  
   von Verbandseinflüssen 7 119  
**Offenlegungspflicht** 19 12  
**Öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis**  
   56 50  
**Öffentliche Anhörungen** s. a. Hearings 38 42,  
   57; 40 72, 74, 76; 42 1; 48 72  
**Öffentliche Meinung und Parlament** 7 60  
**Öffentlichkeit** 4 76; 16 32; 32 1, 38, 43; 36 1 f;  
   49 9  
   der Ausschußsitzungen 7 30; 32 44; 39 25;  
   40 54; 42 51  
   der Verfassungsrichterwahl 4 93  
   des Bundestages 36 11, 13, 15; 58 9  
   durch Sprache 32 4  
   und Gesetzesvorbehalt 16 32  
   und Rationalität 36 5  
   Ausschluß der 18 22; 31 97; 34 54  
   demokratische 48 72  
   Strukturwandel der 36 7, 41  
**Öffentlichkeitsarbeit**  
   der Opposition 38 53  
   der Regierung 12 13; 38 27  
   des Bundestages 32 49; 36 32  
   Mittel für 38 38  
**Öffentlichkeitsbezug der Aktuellen  
 Stunde** 36 54  
   der Fragestunde 36 50  
   der Kleinen Anfrage 36 48  
**Öffentlichkeitsdefizite, parlamen-  
 tarische** 36 72  
**Öffentlichkeitsfunktion des Parlaments**  
   9 115; 32 17; 36 8  
**Offizialprinzip** 13 31  
**Oktoberverfassung** 2 24  
**Ombudsman** 45 45  
**Opposition** 1 137; 2 131; 3 29; 4 15, 19 ff,  
   44, 46, 58 ff, 67 f, 75, 78, 82, 85; 6 39;  
   7 41, 122; 9 89; 11 58; 21 14; 26 41;  
   30 11; 33 23 f; 36 44; 37 17 f; 38 43;  
   45 19; 49 8; 54 45  
   als parlamentarische Minderheit 38 31  
   als Rechtsbegriff 38 29  
   als Schiedsrichter 38 39  
   als Subjekt der Kontrollöffentlichkeit 36 20  
   als Verfassungsinstitution 38 56  
   im Bundestag 38 50  
   und Aktuelle Stunde 36 53  
   und Fragestunde 36 51  
   und Minderheitsrecht 49 32  
   Akteneinsichtsrecht 38 57  
   Anspruch auf Chancengleichheit 33 23  
   Artikulationsrechte 38 51  
   Aufgaben 38 45, 56, 58; 48 15  
   außerparlamentarische 22 35; 38 25  
   Bedeutung für Kontrollöffentlichkeit 36 19  
   Begriff 38 33  
   demokratische 38 10  
   Demonstrationsrechte 38 51  
   Gesetzesvorlagen der 3 47; 30 27  
   illegitime 38 2  
   Informationsrechte 38 52, 57  
   innerparteiliche 6 28  
   Institutionalisierung der 38 7, 56  
   Kontrollfunktion 3 46; 7 95; 38 41;  
   49 114  
   Kontrollrechte 38 52  
   Kritikfunktion 49 79, 88  
   legitime 38 2  
   liberale 37 16  
   Mitwirkungsrechte 50 28  
   Mobilisierung und Aggregation 38 45  
   Öffentlichkeitsarbeit der 38 53  
   politische 38 3  
   prinzipielle 38 4  
   Rechtsfähigkeit 49 110  
   Rechtsstellung 38 2, 61 f, 48  
   Redezeit 38 51  
**Oppositionelle** 49 113  
**Oppositionsabgeordnete** 38 30, 64  
**Oppositionsalternativen** 38 43  
**Oppositionsausübung** 38 54  
**Oppositionsbonus** 38 30, 50, 64; 54 72  
**Oppositionsfraktion** 5 66; 7 42, 99; 21 50;  
   37 58 f, 66; 38 12 f, 26, 28, 30, 33, 49, 54 f,  
   57 f, 63, 65; 41 4; 42 17; 44 1, 4; 49 87  
**Oppositionsfreiheit** 38 14, 25  
**Oppositionsführer** 38 10, 30, 53, 59, 61, 63,  
   65 f; 48 20  
**Oppositionsfunktion** 38 39, 47, 56, 61  
**Oppositionsgesetz** 38 29  
**Oppositionsgleichheit** 38 28  
**Oppositionsinitiativen** 38 43  
**Oppositionskontrolle** 4 78; 38 42  
**Oppositionsmacht** 38 58  
**Oppositionspartei** 6 9; 12 4, 18; 38 30  
**Oppositionspolitik** 38 52  
**Oppositionspraxis** 38 55

- Oppositionsrechte** 38 38, 42, 50, 53, 65 f;  
 49 108  
**Oppositionsstatus** 38 9, 12, 49, 63  
**Oppositionstil** 42 14  
**Ordentliche Reichsdeputationen** 1 97  
**Ordnung**  
   bundesstaatliche 38 21  
   parlamentarische 34 7  
**Ordnungsgewalt, parlamentarische** 34 1 ff  
**Ordnungsmaßnahmen** 17 35; 34 43 ff, 51, 53  
**Ordnungsrecht** 27 11, 29  
**Ordnungsruf** 34 21 ff, 52  
**Ordnungswidrigkeit** 27 29  
**Organ-Diskontinuität** 37 41  
**Organisations- und Verfahrenskodex** 9 129  
**Organisationsroutinen** 11 36  
**Organisierte Interessen** 7 1, 40  
**Organschaftliche Vertretungsbefugnis** 56 47  
**Organstreitverfahren** 15 78; 17 36; 18 1;  
 34 45; 60 25, 31 f  
**Österreich** 1 135; 17 64  
**Ottonen** 1 35
- Pairing** 11 50, 69; 14 38; 21 51  
**Pairsschub** 2 42  
**Papstwahl** 5 48  
**PARLAKOM** 36 73  
**Parlament** 2 99, 108; 4 8; 6 1, 27; 7 21; 9 24,  
 90; 16 65; 32 11 f; 36 28; 38 3; 39 29;  
 48 8; 49 72; 56 84  
   als Forum für Rede und Gegenrede 33 10  
   als Gesetzgeber 4 3; 60 37  
   als Legitimationsorgan 7 96  
   als Organ der Gesetzgebung 4 2, 25  
   als Ratifikationsorgan 7 96  
   als Volksvertretung 4 4  
   und Abgeordnete 52 60  
   und Bundesverfassungsgericht 60 1 ff, 50  
   und Fraktionen 37 42  
   und Geheimschutz 50 6  
   und öffentliche Meinung 7 60  
   und organisierte Interessen 7 5, 40  
   und Parteien 6 5 f  
   und Präsident 3 7  
   und Regierung 4 82; 48 12 f, 17; 49 5;  
   52 48 f, 52  
   Abberufungsrecht 49 122  
   Absolutismus des 2 28  
   Arbeitsentlastung 54 78  
   Arbeitsteilung 9 90; 39 1  
   Auflösung 2 3  
   Außenbeziehung 10 13  
   Bedeutung 3 39  
   Bedeutungsverlust 54 52  
   Befassungspflicht 9 67  
   Budgetfunktion 4 53
- Büro** 2 98  
**Direktorium** 2 98  
**Disziplin** 2 105  
**Eigenkontrolle** 13 9  
**Einberufung** 2 100 f  
**Einschüchterung** 2 79  
**Enquete-Recht** 39 18  
**Entscheidungsfreiheit des** 31 5  
**Fremdinformation** 52 58  
**Funktionen** 4 2, 6; 6 29; 9 113; 42 2  
**Funktionsfähigkeit** 21 37  
**Gliederung des** 37 3  
**Information des** 52 54  
**Informationsbefugnisse** 9 27; 52 57  
**Informationsdefizite** 54 72  
**Informationsüberflutung** 42 24  
**innerparlamentarischer Pluralismus**  
 9 114  
**Kompetenzverteilung** 67 22  
**Konstituierung** 2 94, 114  
**Kontrollfunktion** 4 33, 67, 77  
**öffentlicher Diskurs** 4 5  
**Öffentlichkeit** 2 3, 115; 8 1  
**Öffentlichkeitsfunktion** 32 17  
**Ordnungsgewalt** 15 39, 47  
**Redeordnung** 2 97, 108, 130  
**Regierungslastigkeit** 4 42, 44  
**Schließung** 2 101  
**Selbstinformation** 52 57, 59; 54 74  
**Selbstkorrektur durch** 6 36  
**Selbstversammlungsrecht** 2 3, 100  
**Sitzordnung** 2 3, 115  
**Vertagung** 2 101  
**Vertretungsfunktion** 4 72, 75, 77  
**Würde des** 17 70  
 s. a. Bundestag, parlamentarische  
 Funktionen
- Parlamentarier**  
   Kabinett 16 71  
   Vereinigungen 67 86, 96  
**Parlamentarische Aktionsformen** 67 16  
**Parlamentarische Anfragen** 49 25  
**Parlamentarische Beschlüsse** 57 30  
**Parlamentarische Debatte** 4 78; 55 39  
**Parlamentarische Demokratie** s. Demokratie,  
 parlamentarische 4 81 f; 22 81; 55 3;  
 63 15; 69 79  
**Parlamentarische Dreiklassengesellschaft**  
 37 65  
**Parlamentarische Entscheidungen** 49 98  
**Parlamentarische Geschäftsführer** 11 53;  
 21 49; 37 65  
**Parlamentarische Geschäftsordnungen**  
 s. Geschäftsordnung  
**Parlamentarische Gleichheit** 9 70  
**Parlamentarische Gruppe** 37 4

- Parlamentarische Hilfsorgane** 49 64  
**Parlamentarische Interorgankontrolle** 55 26  
**Parlamentarische Kontrolle** 4 66, 70 ff; 49 1, 5, 10 f, 97, 121, 140; 54 59; 67 34, 53, 104  
 und Regierung 52 77  
 und informationelle Selbstbestimmung 52 72  
 Begriff 49 11  
 Definition 49 11  
**Parlamentarische Kontrollkommission**  
 10 11; 17 30; 21 34; 45 24; 50 11 ff, 18, 31, 33, 40, 45  
 als Organ eigener Art 50 32  
 Amtsdauer 50 34  
 Aufgaben 50 14  
 Einrichtung nach G 10-Gesetz 45 24  
 Gerichtscharakter 50 30  
 Wahl 50 16  
**Parlamentarische Mitregierung** 3 47; 48 19; 67 55  
**Parlamentarische Observanz** 11 11  
**Parlamentarische Öffentlichkeit** 36 41  
**Parlamentarische Opposition** s. Opposition  
**Parlamentarische Repräsentation** 5 16, 21, 25; 15 6, 12  
**Parlamentarische Staatssekretäre** 4 29, 39, 40 ff; 33 16; 40 15; 48 12, 51; 54 14  
**Parlamentarische Untersuchungsausschüsse**  
 s. a. Untersuchungsausschüsse 4 73 f, 80, 82, 85 ff; 49 29, 66, 108  
**Parlamentarische Verantwortlichkeit** 4 90; 56 41  
**Parlamentarische Vereinigungen** 36 38  
**Parlamentarische Versammlung** 61 8 ff, 16 ff, 21 ff  
**Parlamentarischer Geschäftsführer**  
 s. a. Fraktion(en) 31 17  
**Parlamentarischer Hilfsdienst** 38 64  
**Parlamentarischer Rat** 3 32, 34; 22 20; 29 34; 30 2 f, 7, 13; 38 11; 48 24 f; 56 6; 59 6  
**Parlamentarisches Budgetrecht** 44 1  
**Parlamentarisches Gewohnheitsrecht**  
 s. a. Gewohnheitsrecht 11 6 f, 10, 16, 72, 74  
**Parlamentarisches Regierungssystem** 3 1, 5, 15; 4 18, 22, 27 ff, 38, 67 f, 78; 5 24; 7 5, 41; 11 29; 26 9; 30 28; 37 52; 38 1, 3, 5, 18, 22, 66; 44 7; 54 2 f; 55 2, 62; 67 2  
**Parlamentarisches System** 38 8  
 des Grundgesetzes 3 32  
 in den Ländern 63 1  
 in den Landesverfassungen 63 7  
 Diskontinuitätsprinzip 48 7  
 Geeignetheit für die Länder 63 2  
 Kurationsfunktion 48 1  
 Neuerungen 3 33  
 Regierungsform 48 4  
 Staatsform 48 5  
 Stabilität 3 40  
 Systemvarianten 48 6  
**Parlamentarisches Untersuchungsrecht**  
 s. a. Untersuchungsrecht  
**Parlamentarisches Verfahren** 55 38  
**Parlamentarisches Vertrauensmännergremium** 50 7  
**Parlamentarisches Weisungsrecht** 51 33  
**Parlamentarisierung der Reichsgewalt** 3 2; 38 5 f, 9  
**Parlamentarismus** 3 1, 16, 24; 4 5; 7 65; 21 12; 37 36; 38 4; 55 2; 69 3, 54  
 und Abgeordnetenmandat 15 1  
 und Bundesrat 55 13  
 und Bundesstaatsprinzip 55 8, 10, 69  
 und Föderalismus 55 12  
 und freies Mandat 6 17  
 und Medien 8 8; 64 18  
 historische Entwicklung 3 48  
 Ideologie 3 27; 21 10  
 konstitutioneller 3 4; 32 18  
 parteienstaatlicher 32 18  
 unitarischer 63 3  
 Zukunftschancen des 38 65  
**Parlamentarismuskritik** 3 48; 5 30; 22 39, 65  
**Parlamente** 69 3  
 Aufgaben- und Finanzverflechtung der 67 38, 48  
 Diskussionsfunktion der 67 54  
 Funktionswandel der 67 50  
 Gemeinschaftsaufgaben der 67 48  
 Organisation der 67 46  
 Stärkung der Stellung der 67 102  
**Parlamentsangelegenheiten** 10 3  
**Parlamentsarbeit** 21 45 f; 37 44  
 Verlagerung auf Ausschüsse 42 14  
**Parlamentsarchitektur** 69 4  
**Parlamentsauflösung** 3 22, 26, 33, 41; 30 70; 48 36, 45, 50; 59 45  
**Parlamentsausschüsse** s. Ausschuß  
**Parlamentsautonomie** 10 3 ff, 19 f  
**Parlamentsbaukommission** 69 4  
**Parlamentsbauten** 69 1, 3, 25, 76  
**Parlamentsbeamte** 29 28  
**Parlamentsberichterstattung** 8 11, 13 f, 17; 36 25, 33 ff  
**Parlamentsbeschluß, schlichter** 9 64 f  
**Parlamentsbrauch** s. a. parlamentarisches Gewohnheitsrecht 102; 11 1, 15, 72; 27 2  
**Parlamentsbürokratie** 54 47  
**Parlamentsdebatte** 32 22, 27, 29 ff, 35 ff, 40, 52  
 und Legitimation 32 12  
 und Normsetzung 32 52

- und Transparenz 32 23
- Aktuelle Stunde 32 32
- Argument und Gegenargument 32 16, 29
- Debatten ohne Beschlüsse 32 31
- Debattenordnung 32 46
- Entscheidungsbeitrag der 32 16, 34
- Fernsehübertragung der 32 48
- Formen 32 31
- freie Rede 32 45
- Massenmedien als Adressat 32 21
- Öffentlichkeit als Adressat 32 33
- Öffentlichkeit der 32 22
- Zweck der 32 16
- s. a. Debatte, parlamentarische
- Parlamentsentscheidungen in eigener Sache** 16 30
- Parlamentsforschung, vergleichende** 49 37
- Parlamentsfraktionen** s. Fraktionen
- Parlamentsgebäude** 69 2, 11
- Parlamentsgeschäftsordnungen**
  - s. Geschäftsordnungen
- Parlamentsgesetz** 7 98
- Parlamentsgremien** 67 76
- Parlamentshäuser** 69 1
- Parlamentsinformationsgesetz** 38 44
- Parlamentsinterne Angelegenheiten** 10 8
- Parlamentskanal** 9 109
- Parlamentskompetenzen** 67 21, 36
- Parlamentslose Zeit** 14 9, 17
- Parlamentsmehrheit** 4 17, 22, 54; 49 10
- Parlamentsminderheit** 5 66; 67 20
- Parlamentspräsident** s. Bundestagspräsident(in)
- Parlamentspräsident, Erblandmarschall** 2 67, 100, 103
- Parlamentspraxis** 22 1; 38 62
- Parlamentsrecht** 9 33, 35; 10 1, 10, 15; 11 1, 16, 21; 38 63; 43 41, 55; 64 1
- Parlamentsreform** 9 129; 25 3; 36 67, 71 ff; 37 31; 38 66; 63 23
- Parlamentssoveränität** 3 4
- Parlamentsverdrossenheit** 8 1
- Parlamentsverhandlungen** 52 67
- Parlamentsvorbehalt** 4 87
- Parlamentswahlen** 12 1, 26; 38 17
- Partei und Fraktion** 22 28; 37 36, 49
- Partei(en)** 3 11, 38; 5 19 f; 6 1, 4, 8, 12, 18, 36, 42; 7 3, 8, 52; 12 4, 23, 46 f; 15 19; 22 14; 38 10; 59 24
  - als Bindeglied zum Volk 6 3, 42
  - als Instrumente der Willensbildung 12 4
  - als Wahlvorbereitungsorganisationen 12 4 f
  - im Grundgesetz 22 19
  - im Parlament 21 20
  - und Fraktionen als politische Konsensgemeinschaften 21 19
- und Staat 6 7
- und Verbände 7 55
- Betätigungsfreiheit 23 15
- Chancengleichheit der 12 17
- Demokratisierung der 22 25
- Funktionen der 7 52
- Gründungsfreiheit 12 16 f
- imperatives Mandat 6 19
- interessenmäßige Gliederung der 7 54
- Kandidatenaufstellung durch 6 12, 34
- konkurrierende 6 10
- Kontrolle der 6 41
- Mitwirkungsfunktion 21 20; 22 23
- Rechenschaftsberichte der 27 17
- Repräsentationsfunktion 5 20
- Selbstbegünstigung 6 36
- Staatsausrichtung der 6 8
- Stellung der 22 21
- Teilnahme an Wahlen 6 4
- Verbandseinfluß auf 7 53
- verfassungsrechtliche Institutionen 12 4
- Verfassungswidrigkeit einer 12 48
- Wahlvorschlagsrechte der 12 46
- Zusammenschluß der Wähler 22 25
- Partei- und Fraktionswechsel** 15 33
- Parteiausschluß** 6 16, 27; 21 24
- Parteibindung** 6 13
- Parteiclubs** 37 24
- Parteieigenschaft** 12 48
- Parteiendemokratie** 6 17
- Parteienfinanzierung** 12 22 f; 27 33
- Parteienfreiheit** 12 15 f
- Parteienkoalition** 3 12
- Parteienmonopol bei Kandidatenaufstellung** 22 70
- Parteienprivileg** 12 18
- Parteienstaat** 5 17, 40, 42; 15 7; 22 25; 32 18
- Parteienstaatliche Demokratie** 21 17 f
- Parteienstaatlicher Parlamentarismus** 32 18
- Parteienstaatslehre** 22 24 f, 28
- Parteienstruktur** 48 10
- Parteiensystem** 3 36; 63 3
- Parteienzersplitterung** 5 35
- Parteifähigkeit** 52 82
- Parteimitgliedschaft** 21 19
- Parteiordnungsverfahren** 21 23
- Parteipolitisierung** 54 34
- Parteiprogramm** 22 27
- Parteipropaganda** 12 19
- Parteiproporz** 26 23
- Parteisatzungen** 12 40; 37 50
- Parteisatzungsrecht** 12 43
- Parteiveranstaltungen** 12 39
- Parteiverbot** 14 36
- Parteiwesen** 22 11
- Parteizugehörigkeit** 14 39; 21 8; 22 70

- Partikularrepräsentation** 5 22  
**Partizipation** 2 1; 36 14; 38 47; 55 33  
**Passauer Vertrag** 1552 1 84  
**Paulskirche** 2 20; 8 7  
**Paulskirchenverfassung** 14 3  
**Periodizitätsgrundsatz** 38 17  
**Personalisiertes Verhältniswahlrecht** 48 3  
**Personalkompetenz** 48 55  
**Persönlichkeitswahl** 21 8  
**Petitionen** 45 2, 6, 9, 17  
     und Exekutive 45 18  
**Petitionsausschuß** 2 123; 45 1 ff, 26, 28; 49 52  
**Petitionsbehandlung** 45 20  
**Petitionsinformationsrecht** 45 4, 6, 35, 37,  
     47, 51  
**Petitionsrecht** 49 42  
**Petitionsüberweisungsrecht** 45 42  
**Petitionswesen** 45 24  
**Planung** 55 68  
**Planungsausschüsse** 55 65  
**Plebiszit** 5 11; 55 50  
**Plenararbeit** 42 13  
**Plenarbehandlung, Terminierung der** 40 87  
**Plenarberatung von Anträgen** 31 22  
**Plenardebatte** s. a. Debatte(n) 8 13; 21 9;  
     32 40, 42 f  
**Plenarentscheidungen** 56 91  
**Plenarprotokoll** s. a. Stenographische  
     Bericht(e) 35 2  
**Plenarrede** 21 9  
**Plenarsaal** 38 40; 69 1, 26, 64  
**Plenarsitzung** 36 24, 29, 30; 49 75; 56 104  
**Plenarverhandlungen, Öffentlichkeit der**  
     49 75  
**Plenarvorbehalt** 9 106, 122  
**Plenum** 6 2, 22; 18 20; 21 46; 33 31 f; 36 3;  
     52 13  
     als Forum der Nation 21 11  
     Abgeordneter im 21 11  
     Aufgaben des 21 9  
     Ausschußbesetzung durch 6 34; 21 40, 47  
     Berichterstattung der Ausschüsse im 40 62  
     Entlastung durch Ausschüsse 39 30  
     Entscheidungen durch 6 32  
     Überweisung von Vorlagen an Ausschüsse  
     40 32  
**Pluralismus** 7 102; 32 9  
**Pluralismustheorie** 7 108  
**Pluralistische Demokratie** 49 32, 73, 88  
**Politik und Verwaltung** 54 1  
**Politikberatung** 49 55  
**Politikverflechtung** 55 68; 67 95, 109  
**Politikvermittlung** 9 115  
**Politisch-parlamentarische Praxis** 11 23 f, 81  
**Politische Beamte** 54 13  
**Politische Konsensbildung** 1 132  
**Politische Leitung** 54 12  
**Politische Opposition** s. Opposition  
**Politische Regierungsplanung** 54 9  
**Politische Richtungsentscheidung** 49 22  
**Politische Richtungskontrolle** 49 70, 90  
**Politische Stiftungen** 16 36  
**Politischer Prozeß** 60 53  
**Politisierung**  
     der Bürokratie 54 24  
     der Justiz 60 2  
**Polizeigewalt des Bundestagspräsidenten** 34 5  
**Polyzentrisches Entscheidungssystem** 5 65  
**Post- und Telefonüberwachung** 50 20, 42, 46  
**Präferenzstimme** 12 36  
**Präsidentielles und parlamentarisches  
     System** 49 33  
**Präsidentialdiktatur** 48 24  
**Präsidentialkabinette** 26 8  
**Präsidentialsystem** 30 4  
**Präsidentialtrakt** 69 49  
**Presse** 2 50; 36 36  
     und Informationsamt 8 54  
     und Öffentlichkeitsarbeit 29 87  
**Pressearbeit der Verbände** 7 61  
**Presseberichterstattung** 36 36  
**Presseerklärungen** 8 23 f  
**Pressefreiheit** 8 5 f; 12 9; 36 21  
**Pressekonferenzen** 8 22, 25, 27, 35, 45  
**Pressezentrum des Bundestages** 36 31  
**pressure group** 7 2, 77  
**Preußen** 1 134, 139  
**Preußische Geschäftsordnungsänderung  
     1932** 10 30  
**Preußische Nationalversammlung,  
     Fraktionen in** 37 23  
**Preußische Reformen** 51 3  
**Preußische Zweite Kammer, Tagungs-  
     stätten** 69 19  
**Preußischer Landtag** 10 30  
**Privatgeheimnisse** 9 26  
**Privatsphäre des Abgeordneten** 19 26  
**Privileg, Immunität und Indemnität als**  
     17 39  
**Privilegierte Rolle der Beauftragten** 49 39  
**Programmbeirat der Deutschen Bundes-  
     post** 62 25  
**Proportionalität** 39 23  
**Proportionalitätsprinzip** 9 73, 76  
**Proportionalverfahren** 27 24; 39 15, 23  
**Proportionalwahlssystem** 5 67  
**Proporz** 11 43; 12 89; 60 16  
**Proporz-Patronage** 11 31, 81  
**Proporzregeln** 11 39  
**Proporzsystem** 5 35  
**Protokoll** s. Stenographische Bericht(e)  
**Protokollarische Regeln** 11 34



- Prozentklausel** 12 37  
**Prozeß, politischer** 60 42  
**Prozeßhandlungshindernis, Immunität**  
als 17 38  
**Publizität** 36 2, 13, 22; 45 13  
  
**Qualifizierte Oppositionsminorität** 49 112  
**Quästoren** 9 24  
**Querschnitts-Orientierung** 39 31 f  
**Querschnittsausschuß** 40 6  
**Querschnittsfunktion** 39 32  
**Quorum** 5 48; 9 84; 21 37; 31 12; 37 46  
**Quotenregelungen** 24 25  
  
**Randgruppen, soziale, und Einfluß-**  
chancen 7 89  
**Rat der Volksbeauftragten** 3 4  
**Rat und Hilfe** 1 12, 25, 31  
**Rätendemokratie** 3 4  
**Ratifizierungssituation** 57 6  
**Rationalisierung des Parlamentarismus**  
3 32, 41  
**Rationalität** 32 5, 18; 36 5, 16  
**recall** 15 14, 56  
**Rechnungshofarchitektur** 69 58  
**Rechnungsprüfungsausschuß** 44 3, 41, 45 ff  
**Recht**  
auf Opposition 38 24  
und Politik 11 19; 60 2  
**Rechtsanwälte** 2 75; 19 14; 24 20  
**Rechtsbehelfe** 34 43  
**Rechtskontrolle** 4 75  
**Rechtsmaßstab** 52 44  
**Rechtsprechung** 4 26; 38 19  
**Rechtssprache** 24 25  
**Rechtsstaat** 2 5, 28, 124; 3 28; 21 18; 32 5;  
38 19; 55 1  
**Rechtsstaatsprinzip** 38 19  
**Recusationsrecht** 2 75  
**Rede und Gegenrede** s. a. Wechselrede-  
prinzip 21 9; 33 10, 49; 38 40, 63; 53 23  
**Rede**  
Form der 33 64  
freie 32 45; 33 64  
— und Stenographische Berichte 35 9  
Saalmikrophon 33 66  
**Redebefugnis** 33 4  
**Redebeiträge, Adressaten** 32 19  
**Redechancengleichheit** 33 7  
**Redefreiheit** 15 39; 33 6; 34 10  
und Abstimmungsfreiheit 17 19  
**Redeordnung** 18 34; 33 22; 34 8; 38 40, 63  
bei Aktueller Stunde 33 61  
Begriff 33 33  
Handhabung durch Bundestags-  
präsidenten(in) 33 36 ff  
  
**Kurzbeiträge** 38 40  
**Rechtsgrundlagen** 33 33  
**Redezeit** 49 78  
**Reformüberlegungen** 33 71  
**Sachruf** 33 68; 34 17  
**Verletzung der** 33 67, 69  
s. a. Debattenordnung  
**Redeparlament** 30 10  
**Redeprivileg** 31 118; 32 24, 28  
Einbau in parlamentarische Rede-  
ordnung 33 22  
**Rederecht** 18 34; 21 31; 33 8 ff, 12; 38 53;  
53 19  
der Beauftragten von Bundesregierung und  
Bundesrat 33 15  
der Mitglieder der Bundesregierung und des  
Bundesrats 33 14, 17 f  
der Staatssekretäre 33 16  
des Wehrbeauftragten 33 30  
Ausgestaltung durch Geschäftsordnung  
18 33  
Dritter 10 26  
Bindung an die Rednerliste 53 17  
Inanspruchnahme 53 18  
Inhalt 56 70  
jederzeitiges 33 21  
Mißbrauchsverbot 53 21  
Oppositionsprivileg 33 25  
Privilegierung von Exekutive und Bundes-  
rat 33 21  
Rechtsgrundlagen 33 4  
Rechtsnatur 33 4  
Regierungserklärung 33 20  
Sitzungsleitung 18 34  
Statusrecht des Abgeordneten 33 5  
verfassungsrechtliche Grundlage 18 32;  
33 5  
**Rederechtsbeschränkungen, Formen**  
autonomer 33 11  
**Redezeit** 18 37; 38 38, 65  
der Antragsteller 31 24  
fraktionsloser oder abweichender Abgeord-  
neter 18 39; 33 57  
15-Minuten-Regel 18 37  
Anrechnung von Regierungsreden  
33 27, 29  
Aufteilung auf Fraktionen 21 31  
Ausprachetypen 18 37  
Grundrecht des fraktionslosen Abgeordne-  
ten 6 29  
Zeitausgleichsregeln 33 28  
Zuteilung durch Fraktionen 21 31  
**Redezeit-Urteil** 33 26  
**Redezeitbeschränkung** 53 20  
**Redezeiten der Fraktionen** 33 12  
**Redezeitkontingente** 32 48

- Redezeitregeln** 11 81  
**Redezeitsschlüssel** 11 67  
**Redezeitüberschreitung** 34 27  
**Redezeitverteilung** 11 40; 33 13, 51 ff, 56, 66  
**Redner, Reihenfolge der** 18 36; 33 49 f  
**Rednerliste** 33 48  
**Rednerpult** 33 66  
**Referentenentwürfe** 30 16  
**Reform des Petitionswesens** 45 24  
**Reformation** 1 65, 70  
**Reformatorsche Ideen** 1 77  
**Reformbedürftigkeit der Geheimschutzordnung** 20 43  
**Regierung** 4 24, 42, 45, 49, 70; 38 1, 36, 45; 48 13  
     als vollziehende Gewalt 4 24  
     und Opposition 3 47; 11 57; 21 10  
     – Gewaltenteilung 48 14  
     und Parlament 4 13, 27  
     Auskunftspflicht 49 23  
     Ausschuß der Parlamentsmehrheit 48 13  
     Führung der Mehrheitsfraktion durch – 7 41  
     Funktionsfähigkeit 52 74  
     Grenzen der Informationspflicht 52 64  
     Informationsvorsprung 52 52  
     Initiativ- und Beratungsbereich 38 57  
     Kernbereich der 4 57  
     Öffentlichkeitsarbeit 12 13  
     parlamentarische Bildung und Auflösung 48 26  
     parlamentarische Verantwortlichkeit 4 76; 67 6  
     (Sonder)rechte im Bundestag 53 1  
     Stabilität der 48 68  
     Übermacht der 21 7  
**Regierungsberichte** 52 27  
**Regierungsbildung** 3 19; 4 21; 48 8, 24, 26, 38, 56, 62, 69, 72  
**Regierungschef** 48 20; 49 123  
**Regierungserklärung** 32 32; 33 20  
**Regierungsfähigkeit** 38 33  
**Regierungsfraktion(en)** 4 41 f; 7 50; 37 58, 66; 41 4  
**Regierungsfunktion** 4 19 ff, 40  
**Regierungsgewalt** 3 4  
**Regierungsinformationen** 38 43 f; 52 64  
**Regierungskoalition** 38 55; 48 11  
**Regierungskontrolle** 7 95; 38 56, 61; 44 7; 48 9; 49 6  
**Regierungsmannschaft** 4 30  
**Regierungsmehrheit** 4 20 f, 44, 49; 38 58, 61; 48 21  
     und Opposition 49 75, 93  
**Regierungsmitglied(er)** 4 30, 38 f; 18 21; 31 98; 32 24; 49 136  
**Regierungsorganisation** 4 44, 47, 57  
**Regierungspartei** 6 9, 39; 12 4, 18; 38 55  
**Regierungspolitik** 38 39, 41  
**Regierungsprogramm** 44 28  
**Regierungsrechte** 53 3, 6, 9  
**Regierungsreden** 33 27, 56  
**Regierungssprecher** 8 44, 46  
**Regierungssystem, parlamentarisches**  
     s. Parlamentarisches Regierungssystem  
**Regierungstätigkeit** 4 27  
**Regierungsverantwortlichkeit** 3 38  
     Gewaltenteilungsprinzip 53 5  
**Regierungsvorlage(n)** 30 9, 12, 15, 21, 28 f; 54 44  
**Regierungswechsel** 38 55  
**Register of Members' Interests** 19 7  
**Reich**  
     außerstaatliche Faktoren 1 63  
     äußere und innere Situation 1 47  
     Fortexistenz 1 117  
     Zusammenhalt 1 62  
**Reichs- und Reichstagsverfassung** 1 29  
**Reichsabschied** 1 103  
**Reichsarmee** 1 133  
**Reichsfürsten** 1 15, 38  
**Reichsglieder** 1 48  
**Reichshofrat** 1 57  
**Reichskanzler** 26 5 f  
**Reichskreistag** 1 98  
**Reichsmatrikel** 1 44, 79  
**Reichspatriotismus** 1 133  
**Reichspfennigmeister, Einnahmenverwaltung** 1 112  
**Reichspost** 1 131  
**Reichspräsident** 3 9, 22; 26 6, 39; 38 7, 9; 48 23; 58 2; 59 3  
**Reichsregiment** 1 60  
**Reichsstaatsrecht** 1 131  
**Reichsstädte** 1 15, 44, 51  
**Reichsstände, Konfession** 1 107  
**Reichssteuer** 1 111  
**Reichstag** 1 6, 9, 11, 17, 52, 60, 77; 2 8, 10, 34, 43, 104, 110; 4 1; 26 6; 38 7 f; 59 3  
     als Keimzelle der Repräsentation 5 48  
     im Nationalsozialismus 3 31  
     und Erbländer 1 76  
     und Rechtsordnung 1 122  
     Abschied 1 26  
     Ausschußwesen 1 96  
     Bedeutung 1 125  
     Begriff 1 49  
     Drei Räte 1 86  
     Fraktionen im 37 28  
     Funktionen 3 19  
     Geschäftsordnung 3 19  
     Gesetzgebungskompetenz 3 22

- Kontrollfunktion 3 25
- Mandatsverlust 14 4
- Mitwirkung 1 25
- Neuordnung 1 142
- politische Realitäten 1 28
- Praxis 1 50
- Pressestelle 8 11
- Selbstversammlungsrecht 14 7
- Stellung 1 108
- Verfahren 1 99
- Vertrags-, Auflösungsrecht 14 5
- Voraussetzungen Mandatserwerb 14 8
- Wahlkommission 14 8
- Reichstagsauflösung** 14 7
- Reichstagsbrandverordnung** 3 29
- Reichstagsentscheidungen** 1 24
- Reichstagsentstehung** 1 23, 45
- Reichstagsgebäude** 69 9
- Reichstagsgeschichte** 1 73, 105, 110, 136
- Reichstagsgesetzgebung** 1 130
- Reichsverfassung** 1 20, 78, 87, 107
  - 1871 3 10; 17 8
  - 1919 26 6
  - Verträge 1648 1 119
- Reichsverfassungen**
  - Instruktionsmöglichkeit 56 35
  - Parteien in 22 14
- Reichsverwaltung** 29 32
- Reichswirtschaftsrat** 3 23; 7 114
- Religionsgesellschaften** 7 12
- Repräsentant des Bundestages** 27 7
- Repräsentantenhaus (Committee on Standards of Official Conduct)** 19 6
- Repräsentation** 2 9; 5 1, 4, 10, 32; 15 16; 21 4; 22 8; 37 52; 69 1
  - als Gestaltungsprozeß 5 18
  - als Herrschaftstechnik 5 12
  - als Interessenvermittlung 5 12
  - durch Kommunikation 36 6
  - absorptive 2 63; 5 7, 28
  - demokratische 5 17, 18, 23
  - einseitige 2 56
  - organisierter Interessen 5 15
  - parlamentarische 5 16, 25, 28, 38
  - Partikular- 5 22, 29
  - proportionale 5 32
  - Überrepräsentation 2 46
  - virtuelle 2 64
  - Volksrepräsentation 2 9
- Repräsentationsdefizit** 5 59
- Repräsentationsfunktion der Parteien** 5 20
- Repräsentationsgedanke** 22 8
- Repräsentationsidealismus** 5 10
- Repräsentationsidee** 22 26
- Repräsentationslehre** 5 9, 11
- Repräsentationsöffentlichkeit** 36 17, 55, 66
- Repräsentationsprinzip** 5 34
- Repräsentationspyramide** 5 18
- Repräsentationssystem, klassisch-liberales** 22 25
- Repräsentationsverständnis** 42 40
- Repräsentative Demokratie** 5 21; 55 49
- Repräsentativität** 32 27; 69 2
- Reptilienfonds** 8 10, 54
- Responsible government** 63 17
- Ressort(s)** 7 48; 39 7
- Ressortbeamte in Ausschusssitzungen** 39 25
- Ressortbezogenheit des Verbandseinflusses** 7 48
- Ressortegoismus** 4 45
- Ressortgliederung der Ausschüsse** 39 9
- Ressortprinzip** 9 99; 54 5
- Ressortverantwortung** 30 20
- Revisoren bei Stenographischen Berichten** 35 11
- Reziprozität** 11 76, 78
- Rheinbund** 2 1
- Rheinbundakte** 1806 14 2
- Rheinischer Provinziallandtag** 69 21
- Rhenser Weistum** 5 48
- Richter** 23 59
- Richterwahlausschuß** 17 32; 21 44; 26 46; 39 16, 21
- Richtlinienkompetenz** 4 45; 48 6
- Römisches Recht** 1 10, 23
- Rotation** 14 33, 35; 21 27
- Rotationsprinzip** 14 35
- Rotationsregeln** 11 44
- Rückrufrecht der Fraktionen** 21 14
- Rüge** 34 15, 16
- Ruhestandsbezüge** 23 40
- Rundfunk** 7 62; 8 3; 32 29; 36 37
- Rundfunkanstalten** 12 19
- Rundfunkfreiheit** 36 21
- Rundfunkrat** 62 19
- Saalmikrofon** 33 66
- Sach-, Leistungs- und Richtungskontrolle** 49 22, 71
- Sachanträge** 31 58
- Sachinformation** 49 22
- Sachleistungen** 16 86
- Sachliche Prüfung** 45 8
- Sachruf** 33 68; 34 17 ff
- Sachstandsanalyse** 47 67
- Sachverständigenrat** 15 81
- Sammelübersicht** 45 33
- sanioritas** 5 48
- Sanktionen, parlamentarische** 20 46
- Sanktionsanträge, Zulässigkeit** 49 134
- Sanktionsfähigkeit** 49 33

- Sanktionskompetenz 49 8  
 Sanktionsrecht 49 5  
 Satzungsrecht 12 38, 41  
 Schattenkabinett 2 132  
 Schluß der Aussprache 31 99  
 Schlußabstimmung 30 37; 31 19, 90  
 Schlußbericht 4 85  
 Schlußwort 33 50  
 Schriftführer, Wahl der 25 9  
 Schul- und Bildungswesen 67 93  
 Schutzrechte für Minderheiten 5 64  
 Schweden 39 5; 51 14  
 Schweiz 2 68; 17 65; 69 10  
 Sekretur 20 11  
 Sektion s. a. Abteilungen  
 Selbstbefassungsrecht 9 100; 40 39; 45 21  
   der Ausschüsse 39 10; 40 38  
 Selbstbefassungsverbot der Ausschüsse 21 42  
 Selbstbegünstigung 6 37, 40 f  
   der Fraktionen 37 63  
   der Parteien 6 36  
   Kontrolle durch Bundesverfassungs-  
   gericht 6 38  
 Selbstbeschränkungen, informale 11 65  
 Selbstbestimmung  
   des Volkes 38 18  
   autonome 5 14  
 Selbstorganisation 25 7  
 Selbstorganisationsrecht des Parlaments  
   25 5  
 Selbstversammlungsrecht s. Parlament  
 Selbstverständnis der Abgeordneten 42 13  
 Selbstverwaltung und Minderheitenschutz  
   5 64  
 Senat (Select Committee on Ethics) 19 6  
 Senatsprinzip 30 3; 55 6; 56 7, 37  
 Sendezeit 12 21  
 Seniorenkonvent s. a. Ältestenrat 9 24; 28 1;  
   37 24  
 Separatvotum 2 11, 131  
 Siebenjähriger Krieg 1 136  
 Sitzordnung 2 3, 115; 69 1  
 Sitzung, Aufhebung und Unterbrechung  
   der 34 42  
 Sitzungen  
   Verhältnis von öffentlichen und nichtöf-  
   fentlichen 36 27  
   Zahl der 36 27  
 Sitzungs- und Verhandlungsleiter 9 109  
 Sitzungsausschluß 34 33, 38  
 Sitzungsgewalt 18 34  
 Sitzungsleitung 40 43  
 Sitzungsöffentlichkeit 36 24  
 Sitzungsperiode 2 100 f  
 Sitzungsteilnehmer 34 46  
 Sitzungswochen 28 21  
 Sitzverteilung 12 85  
 Skandalenquete 4 85 f  
 Sockelbeträge 12 25  
 Sonderausschüsse 39 8; 40 5; 50 8  
 Sonderbeiträge 16 97  
 Sondersitzung 28 12, 37; 31 105 f  
 Souveränität 2 1, 13; 5 22  
 Sozialdemokraten 2 129, 131  
 Soziale Randgruppen 7 89  
 Sozialisation 36 11 f  
 Sozialistengesetz 2 131; 38 5  
 Sozialpolitik 1 62  
 Sozialstaat(sprinzip) 7 79, 105; 16 11;  
   21 2, 18; 38 45 f  
 Sozialverbände 7 11  
 Sozialvertragslehre 5 55  
 Spätkonstitutionalismus 17 17  
 Spenden  
   Anzeigepflicht 19 15  
   Offenlegung von 7 119  
 Sperrklausel 5 35 f; 12 37  
   bei Fraktionsbildung 37 37  
   wahlrechtliche 37 38  
 Sperrminorität 5 61; 49 111, 114  
 Speyerer Reichstag 1526 1 82  
 Spiegelreferat 44 9  
 Spitzenverbände, kommunale 7 14  
 Sprache und Politik 32 5  
 St. Lague / Schepers'sches Umrechnungs-  
   verfahren 39 15  
 Staat  
   der Industriegesellschaft 54 28  
   und Armee 51 2  
   und Gesellschaft 5 24  
   und Parteien 6 7  
   demokratischer 6 20  
   Neutralität des 6 9  
   Steuerung des — durch Parteien 6 4  
   Zugang zum 45 21  
 Staatliche Entscheidungsfindung 7 91  
 Staatliche Verbände 7 108  
 Staatlicher Willensbildungsprozeß 4 6  
 Staats- und Sozialverfassung 1 3  
 Staatsakt 59 41  
 Staatsämter 6 34  
 Staatsfreiheit 12 25  
 Staatsgeheimnisse 9 26; 20 25 f  
 Staatsgewalt 4 73, 90; 12 28; 55 12  
 Staatsleitung 4 70; 6 10; 38 3, 36; 48 17, 20, 67  
 Staatsmacht 6 8  
 Staatsoberhaupt s. a. Bundespräsident 3 8;  
   23 5; 48 8; 59 5  
 Staatsorgane 4 90; 6 4; 12 13; 60 1  
 Staatspartei 6 11  
 Staatspraxis 9 40, 103  
 Staatsrat 2 3, 59, 66

- Staatsschutz** 20 5  
**Staatssekretäre** 54 15  
     beamtete 33 16  
     parlamentarische s. a. Parlamentarische  
       Staatssekretäre 40 15  
**Staatsymbole** 24 31  
**Staatsverfassung** 51 1, 4  
**Staatsverschuldung** 4 55  
**Staatsvertrag** 67 56  
**Staatswillensbildung** 5 18; 21 20  
**Staatswohl** 52 66  
**Staatszweck** 1 13, 147, 91  
**Stadtstaaten**  
     und Flächenstaaten 65 23  
     Abgeordnetenanzahl 65 4  
     Abgeordnetenausschluß 65 62  
     Auskunftsrecht und Aktenvorlage 65 61  
     Begriff 65 1 ff  
     Besonderheiten 65 4  
     Durchbrechung der Gewaltenteilung 65 29  
     Durchbrechung des Diskontinuitätsprin-  
       zips 65 65  
     Gliederung von Regierung und Verwal-  
       tung 65 54  
     Mandatsverlust bei Nachrückern 65 71  
     Parlamentsbeteiligung an Regierungsorga-  
       nisation 65 52  
     Parlamentszusammensetzung 65 9  
     Rechtsstellung der Abgeordneten 65 12  
     Umfang der Abgeordnetentätigkeit 65 15  
     Untersuchungsausschüsse 65 24  
     Verfassungsreformkommission 66 33 f  
     Wahlrecht 65 6  
**Staffeldiäten** 16 38  
**Stände** 1 11, 52, 57  
**Ständehaus** 69 27  
**Standesherrn** 2 36  
**Ständerversammlung** 1 21; 17 16; 36 11  
**Ständischer Dualismus** 2 3, 131  
**Stellvertretende Ausschußmitglieder** 40 22  
**Stellvertretende Bundesratsmitglieder** 56 75  
**Stellvertretender Ausschußvorsitzender**  
   40 22  
**Stellvertretung** 28 7  
**Stenographische Bericht(e)** 2 99; 35 4, 8, 9;  
   36 33  
   Anlagen 35 6  
   Aufnahme von Zwischenrufen 35 10  
   Beurkundungsfunktion 35 3  
   Korrekturen durch Redner 35 12 ff  
   Rechtsgrundlagen und Rechtsnatur 35 2 f  
   Revisoren 35 11  
   Schlußdurchsicht 35 17  
   Textteil 35 5  
   unkorrigierte Niederschriften 35 14  
   s. a. Protokoll  
**Stenographischer Dienst, Leiter des** 35 15  
**Sterbegeld** 16 55  
**Steuer** 1 44  
**Steuerfreiheit der Amtsausstattung** 16 92  
**Steuergesetzgebung** 4 51; 44 24  
**Steuerprivileg** 16 16  
**Stimmabgabe** 12 55; 21 50  
**Stimmensplittung** 12 32  
**Stimmführerschaft** 56 31; 40 61  
**Stimmrecht** 18 49, 51  
   Berliner Abgeordneter 18 50; 21 15; 31 91  
   Statusrecht 18 49  
**Stimmverhalten, Weisungen** 56 43  
**Strafausschließungsgrund** 17 20  
**Strafgesetzbuch** 17 5  
**Strafrechtsschutz** 20 32  
**Strategische Kontrolle** 50 43  
**Strategische und Individualkontrolle** 50 25  
**Streitgegenstand** 52 83  
**Streitkräfte, parlamentarische Kontrolle**  
   der 51 7  
**Stufenbau der Rechtsordnung** 11 16  
**Substantiierungstheorie** 13 31  
**Substitutionsbevollmächtigte** 56 32  
**Supplikationsausschuß** 1 95  
**Supranationalität** 61 3  
**Supremat des Parlaments** 48 13  
**System alternativer Staatsleitung** 38 36  
**System, parlamentarisches**  
   s. Parlamentarisches Regierungssystem  
**Tadelsantrag** 2 34  
**Tagesordnung** 11 49; 28 23; 31 21, 101, 107;  
   33 60; 40 46  
**Tagungs- oder Sitzungsperiode** 14 9 f  
**Tarifvertragsparteien** 7 5  
**Tatbeteiligte und Immunität** 17 40  
**Tatsachen, Indemnitätsschutz** 17 24  
**Tatsachen- bzw. Sachkontrolle** 49 70  
**Technikfolgen-Abschätzung** 54 77  
**Teilalimentation** 16 47  
**Teilöffentlichkeit der Ausschüsse** 39 28  
**Teilzeitabgeordnete** 16 48  
**Transparenz** 7 29, 117; 32 23; 39 26  
**Trennung**  
   der föderalen Parlamentsebenen 67 7  
   von Legislative und Exekutive 38 58  
**Tribüne** 34 54  
**Turnusstenographen** 35 8  
**Twesten-Entscheidung** 2 73  
**Übergangsgeld** 16 56, 58  
**Überhangmandate** 12 92 f  
**Übung, parlamentarische** 27 22; 34 6  
**Umrechnungsverfahren, mathematisches** 39, 14

- Umweltschutzinteressen** 7 90  
**Umweltschutzverbände** 7 13  
**Unabhängigkeit der Abgeordneten** 15 67;  
 19 27  
**Ungehorsam, ziviler** 5 58  
**Ungeschriebene Parlamentsregeln** 11 20, 67,  
 71, 76, 81  
**Ungültiger Mandatserwerb** 14 30  
**Ungültigkeit der Wahl** 13 6  
**Universitäten** 2 10, 36  
**Unmittelbarkeit der Wahl** 14 37  
**Unparteilichkeit** 27 11  
**Unterausschüsse** 25 14; 39 6 f; 56 101  
**Unterbrechung der Sitzung** 34 42, 59  
**Unterkommission** 47 21  
**Unterstützungsunterschriften** 12 38  
**Untersuchung**  
     Minderheitenrecht 4 82  
     parlamentarische 4 80 f  
**Untersuchungsausschußgesetz** 4 88  
**Untersuchungsausschüsse** 3 45; 4 34, 80;  
 38 62; 39 16; 40 6; 46 1 ff, 6, 17, 19, 35,  
 40; 50 5  
     und Gerichtsentscheidungen 46 13  
     Aktenvorlage 46 32  
     Antrags- und Bestimmtheitserfordernis  
     46 25  
     Antragsbehandlung im Plenum 46 26  
     Aufgaben 46 1 ff  
     Auflösung durch Bundestagsbeschuß  
     46 22  
     Ausgestaltungsmängel 46 5  
     Aussageverweigerung 46 36  
     Ausschußvorsitzender 46 28  
     Beziehung von Akten 46 32, 34  
     Berichtspflicht 46 41  
     Beschlagnahme und Durchsuchung 46 39  
     Beschränkung des Zutrittsrechts 53 11  
     Bestimmung der Ausschußmitglieder 46 27  
     Beweiserhebung in öffentlicher Verhand-  
     lung 46 29  
     Diskontinuitätsgrundsatz 46 43  
     Einsetzung 46 25; 49 67  
     Einsicht in Landesakten 46 33  
     Geheimhaltung 20 47  
     Hilfsorgan des Bundestages 4 89  
     IPA-Regeln und Geschäftsordnungs-  
     recht 46 12  
     Kontrollinstrument 38 52  
     Landessachverhalte 46 18  
     Minderheitenschutz 46 4, 20 f  
     nichtöffentliche und geheime Beweiserhe-  
     bung 20 47  
     Öffentlichkeitsgrundsatz 46 30  
     Rechte der 43 52  
     Rechtliche Bedeutung 46 7  
     Rechtsgrundlagen 46 10  
     Rechtsschutz 46 44 ff  
     Reformbestrebungen 46 47  
     Schutz der Privatsphäre 46 23  
     strafprozessuale Vorschriften 46 11  
     Themenänderung 46 22  
     Verfassungsrechtliche Grenzen 46 15  
     Zeugniszwang 46 37  
     Zusammensetzung 46 27  
**Untersuchungsbefugnisse** 46 3  
**Untersuchungsberechtigt(e)** 4 88  
**Untersuchungsgrundsatz** 13 32  
**Untersuchungsrecht** 38 42; 39 18; 46 1 f, 9,  
 14; 49 29, 34  
**Unvereinbarkeit von Senatsamt und Bürger-  
 schaftsmandat** 38 58  
**Urlaubsbewilligungsrecht** s. Inkompatibilität  
**Urwahl** 12 40; 21 43  
  
**Verantwortlichkeit** 17 19  
     der Minister 11 64  
     parlamentarische 4 76  
**Verbände** 5 1, 19; 7 1, 10, 13, 59, 61,  
 79, 82  
     nichtregistrierte 40 79  
     Regelung des Kontaktes zu Ministerien in  
     GGO II 7 43  
     Registrierung von 40 65  
     Sozialpflichtigkeit der 7 124  
     staatliche 7 108  
**Verbändegesetz** 7 116  
**Verbandsanhörung** 7 44  
**Verbandsbeteiligung** 7 81  
**Verbandseinfluß** 7 1 ff, 16, 20, 40, 67, 69, 76,  
 83, 85 f, 123; 39 1; 42 30  
     auf Abgeordnete 7 32  
     auf Gesetzgebung 7 22, 19  
     auf Parteien 7 53 f  
     in Ministerialverwaltung 7 41  
     über informelle Konsultationen 7 46  
     über Kontaktgruppen in Fraktionen 7 33  
     und Beraterverträge 7 32  
     und Mitwirkungsregelung 7 68  
     institutionalisierter 7 25  
     Transparenz und Offenlegung des 7 28, 119  
**Verbandsfärbung** 7 35, 37 ff, 47, 56  
**Verbandsforschung** 7 2  
**Verbandsinteressen** 7 35, 87  
**Verbandskompetenz** 45 16  
**Verbandsliste** 7 118  
**Verbandsmitwirkung** 7 34 f, 56  
**Verbandswesen** 7 110 f, 115, 117, 123  
**Verbeamtung des Parlaments** 23 33  
**Verbindung der Beratung** 31 108  
**Verein der Auslandspresse** 8 37  
**Vereinbarung, interfraktionelle** 28 51

- Vereinigte Staaten von Amerika 17 10; 39 4
  - Kapitol 69 11
  - Kongreß 42 3; 49 48 f
  - Verhaltensregeln 19 6
- Vereinigungen, parlamentarische 36 38
- Vereinigungsfreiheit 7 100, 106, 112
- Verfahren
  - Hare/Niemeyer 12 81
  - ehrengerichtliches 17 41
- Verfahrensankträge 18 20; 31 92
- Verfahrensfristen 16 39
- Verfahrenshindernisse 17 38
- Verfahrenskontrolle 50 37
- Verfahrensmängel 16 41
- Verfassung 1 7, 60
  - des Deutschen Reiches 1871 14 7
  - Preußische v. 1850, Indemnität 17 18
- Verfassungen
  - als Regelwerke des politischen Prozesses 60 5
  - frühkonstitutionelle 37 15
- Verfassungsänderung 5 61; 30 65 ff
- Verfassungsauslegung 60 5, 35
- Verfassungsbeschwerdeverfahren 60 25, 34
- Verfassungsentwicklung 38 14
- Verfassungsgericht s. Bundesverfassungsgericht
- Verfassungsgeschichte 3 48
- Verfassungsgewohnheitsrecht 11 5, 16, 72; 34 6
- Verfassungskonforme Auslegung 4 65
- Verfassungskonsens 63 6
- Verfassungskonventionenregeln 11 14
- Verfassungskultur 11 82
- Verfassungsorgane 55 17
- Verfassungspolitik 60 2
- Verfassungspraxis 38 13
- Verfassungsrecht 52 35, 39 ff; 60 5, 47
- Verfassungsreform 54 66; 63 21
- Verfassungsrichterrecht 4 92; 38 50
- Verfassungsschutz 50 19
- Verfassungsstreitigkeiten 27 8
- Verfassungsvollzug 60 44
- Verflechtungsföderalismus 55 64
- Verflechtungsprozeß 55 48
- Verhaltensregeln 19 1 ff, 7, 28; 20 46; 27 32 f
  - und freies Mandat 19 22
  - Adressat 19 9
  - Effizienz der 19 25
  - Rechtsnatur 19 21
  - s. a. Abgeordneter, Verhaltensregeln
- Verhältnswahl 4 12, 91; 5 33; 12 31 f; 21 36; 60 11
- Verhältnswahlssystem 5 35, 37, 63; 12 32, 37; 37 48; 38 9; 39 24; 48 69
- Verhandlungsdemokratie 7 107; 9 124
- Verhandlungsöffentlichkeit 36 21
- Verkehrs- und Bagatelldelikte, Immunität 17 54
- Verkündung von Gesetzen 30 58, 64
- Verkürzung der Beratungsfristen 31 102
- Verlangen, Abgrenzung zu Antrag 31 6
- Verlassen des Präsidentenstuhls 34 42
- Verlautbarungsrecht 38 38, 53
- Verleumdung, Indemnitätsschutz 17 25
- Vermittlungsantrag 30 51
- Vermittlungsausschuß 2 126; 17 30; 30 7, 11 f, 49, 57; 55 19; 56 36; 57 1, 12, 17, 23, 35, 37, 48
  - und Einspruchsgesetz 30 50
  - und Zustimmungsgesetz 30 50
  - Abänderungsankträge 55 45
  - Anrufung des 57 17, 21 f, 25 ff, 46, 4
  - Anrufungspflicht bei Einspruchsgesetz 30 44
  - Anrufungsrecht(e) von Bundestag und Bundesregierung 57 22
  - Bedeutung 55 44; 57 4 f
  - Berichterstattung 57 54
  - Beschlußfähigkeit 55 32
  - Bestellung der Abgeordnetenmitglieder 26 32
  - Diskontinuität 26 33
  - Dispositionsrahmen 57 17, 44
  - Einigungsvorschlag 26 29; 57 50
  - Funktion und Rechtsstellung 26 29 f
  - Gesetzesspaltung 57 52
  - Hilfsorgan von Bundestag und Bundesrat 26 30
  - Kompetenzgrenzen 30 56
  - mehrfache Anrufung 57 25
  - Organqualität 57 9
  - Rechtsstellung der Mitglieder 57 14
  - Schwächung der Landtage 55 55
  - unterlassene Anrufung 30 48
  - Verfahren des 30 52
  - Verfahrensbeendigung ohne Einigungsvorschlag 57 53
  - Verfassungsrechtliche Grenzen 55 46
  - verfassungsrechtlicher Status 57 9
  - Vorsitz und Geschäftsführung 57 15
  - Zusammensetzung 26 31; 30 52; 57 10
- Vermittlungsverfahren 30 12, 49, 52 ff, 57
- Vermittlungsvorschlag, Abstimmung über 31 72
- Verordnungsrecht 54 79
- Verpflichtungsermächtigungen 44 17
- Versammlung, parlamentarische 37 34
- Versammlungen, altständische 17 13
- Verschlusssachen 20 7, 9 ff, 16 f, 37 f
- Verschwiegenheitspflicht 20 23, 35 f
- Versorgung 16 51

- Verstaatung** 1 129  
**Vertagung**  
   der Beratung 31 99  
   der Sitzung 31 100  
**Verteidigungsausschuß** 49 32, 65; 51 9  
**Verteilungsprinzip, rechtsstaatliches** 38 19  
**Vertragsgesetz** 30 34; 31 69  
**Vertrauen** 11 78  
**Vertrauens- bzw. Mißtrauensfrage** 49 10  
**Vertrauensabstimmung** 49 127  
**Vertrauensfrage** 4 35; 26 18; 48 6 f, 35, 50;  
   49 10, 127, 131  
**Vertrauensgremium** 44 20  
**Vertretungsfunktion** 4 11 f  
   des Parlaments 4 9, 13 ff, 20, 22, 77  
**Vertretungskörperschaft** 5 28  
**Vertretungsmöglichkeit** 52 10  
**Verwaltung** 4 24, 70  
   des Bundesrates 29 1  
   des Parlamentarischen Rates  
     (1948–1949) 29 34  
   des Reichstags 29 32  
   des Wirtschaftsrates (1947–1949) 29 33  
   Informationsvorsprung der 7 77  
   Parlamentsbeteiligung 65 30  
**Verwaltungsföderalismus** 30 3  
**Verwaltungskontrolle** 67 15  
**Verwertungsverbote, Vernichtungs-  
   gebote** 50 36  
**Veto-Rechte** 4 54  
   der Opposition 38 52  
**Vielparteiensystem** 2 132; 3 19  
**Volk** 4 8; 6 8, 13, 20, 23; 7 91; 21 11; 22 25  
**Völkerrecht** 60 25  
**Volksabstimmungen** 12 2; 56 42  
**Volksbegehren, -entscheid** 3 9  
**Volksentscheidung** 5 11  
**Volksgesetzgebung** 16 29  
**Volkshaus** 2 9; 14 4  
**Volkskammer** 2 9  
**Volkskammer der DDR**  
   Ausschüsse 68 45  
   Fraktionen 68 39  
   Gesetzesinitiative 68 55  
   Gesetzgebungstätigkeit 68 58  
   Gesetzgebungsverfahren 68 56  
   Interne Organe 68 39  
   Interparlamentarische Beziehungen 68 60  
   Kompetenzen 68 52  
   Plenum 68 54  
   Präsidium 68 49  
   Verfassungsrechtliche Stellung 68 52  
**Volksrepräsentation** 12 2, 37  
**Volkssouveränität** 2 13; 5 21 f, 24, 28 f;  
   12 1; 21 43  
**Volkstreter** 8 1  
**Volksvertretung(en)** 4 9; 5 24, 29; 15 1, 16;  
   21 1; 45 11, 19, 28, 30  
   der Länder 17 2  
   moderne 1 148  
   ortsfest 69 4  
   s. a. Parlament  
**Volkswille** 4 9; 5 17  
**Volkswillensbildung** 5 18  
**Vollalimentation** 16 12, 27  
**Vollzeitabgeordnete** 16 48  
**Vollziehung** 38 19  
**Vorblatt zu Ausschußbericht** 40 86  
**Vorformung des politischen Willens** 5 19  
**Vorlagen** 18 6; 40 32; 44 2; 56 105  
**Vorlagenverbindung** 40 46  
**Vormärz** 5 15, 24; 14 3  
**Vorprüfung der Petitionen und Eingaben**  
   29 85  
**Vorwahlkampf** 12 7  
**Vorzeitige Einberufung des Bundestages,  
   Antrag auf** 18 22  
**Waffengleichheit von Regierung und  
   Opposition** 38 26, 42  
**Wahl(en)** 5 28; 6 6, 10, 39; 18 4; 22 25  
   als Integrationsvorgang 12 2  
   als Repräsentationsakt 12 2  
   durch Bundestag, Vorschlagsrechte für  
     21 37  
   durch Staatsvolk 6 12  
   im Bundestag 25 1 ff; 26 1 ff  
   Teilnahme der Parteien an 6 4  
   volksunmittelbare 7 72  
   von Staatsorganen 6 25  
**Wahlanfechtung** 13 30, 32  
**Wahlbeamte auf Zeit** 23 51  
**Wahlbeeinflussung** 12 10  
**Wahlbehörden** 12 59  
**Wahlberechtigte** 13 33  
**Wahlbeteiligung** 2 52, 57; 12 44, 48  
**Wahlchancen parteiloser Wahlbewerber**  
   22 70  
**Wahldelikte** 13 3  
**Wahleinspruch** 13 25 f  
**Wähler-/Bürgerinitiativen** 12 11  
**Wählerauftrag** 38 41  
**Wahlergebnis** 12 60, 67, 75, 100  
   Bekanntmachung 12 67, 74, 79  
   Ermittlung und Feststellung 12 60, 61, 64;  
     14 22  
   Neufestsetzung 14 31  
**Wählergruppen** 12 4, 17, 38, 43  
**Wählerminderheiten, Schutz der** 5 67  
**Wählervereinigungen** 12 45  
**Wählerverzeichnis** 12 59  
**Wahlfehler** 13 38



- Wahlfreiheit** 2 48, 50; 12 15  
**Wahlfunktion** 3 42; 48 28  
**Wahlgebiet** 12 29  
**Wahlgeheimnis** 12 98  
**Wahlinformations- und Werbestände**  
 12 12  
**Wahlkampf** 12 1, 5 ff, 12 ff; 38 42  
**Wahlkampfabkommen** 12 14  
**Wahlkampfkosten** 27 17  
**Wahlkampfkostenerstattung** 10 10, 22, 24  
**Wahlkapitulation** 1 26, 80  
**Wahlkreis** 5 37; 12 30  
**Wahlkreisabgeordnete** 12 30, 33  
**Wahlkreisarbeit** 22 64  
**Wahlkreiseinteilung** 12 30  
**Wahlkreisgeometrie** 2 45, 49  
**Wahlkreiskandidat** 7 56; 12 21; 37 48  
**Wahlkreiskommissionen** 12 30  
**Wahlleiter** 12 60  
**Wahlmänner** 2 47; 12 41  
**Wahlmännerausschuß** 39 20  
 -gremium 4 92; 21 44; 25 15; 26 21; 39 20;  
 60 11, 13  
**Wahlmonarchie** 1 9  
**Wahlorgane** 12 57 f  
**Wahlorganisation** 12 57  
**Wahlperiode** 14 1 f, 10 ff, 18 f  
**Wahlpflicht** 12 51  
**Wahlphasen** 26 12  
**Wahlprüfung** 10 3, 5, 10; 13 1, 4, 15, 64; 43 1  
 im Bundestag 13 19  
 zu Volksentscheiden, Volksbegehren und  
 Volksbefragungen 13 19  
 Begriff 13 4  
 Entstehungsgeschichte 13 13  
 Petitionscharakter 13 61  
 positive 14 29  
 Rechtskontrolle 13 3  
 Schutz objektiven Wahlrechts 31 1  
 Verfahrensgrundsätze 13 31  
 vorläufiger Rechtsschutz 13 48  
 Wahl des Bundespräsidenten 13 20  
 Ziel 13 1  
**Wahlprüfungsausschuß** 13 21, 23; 25 17;  
 39 19; 43 2, 13, 22  
 Aufgaben und Arbeitsweise 43 1, 5, 13 f  
 Beschlußempfehlungen 13 28; 43 13  
 Initiativrecht 43 14  
 Konsensprinzip 43 5  
 Vorsitz 43 19  
 Zusammensetzung 43 6, 16  
 Zuständigkeit 13 22  
**Wahlprüfungsbeschwerde** 13 42, 44, 47  
**Wahlprüfungsfolgen** 13 6, 56  
**Wahlprüfungsfunktionen** 13 58  
**Wahlprüfungsgerichte** 13 11  
**Wahlprüfungsgesetz** 13 23  
**Wahlprüfungsgrundsätze** 13 53  
**Wahlprüfungsinstanzen** 13 8  
**Wahlprüfungsrecht** 13 7, 17, 51, 68  
**Wahlprüfungsverfahren** 13 40, 65 f; 14 30;  
 38 52; 43 12  
**Wahlrecht** 2 43; 3 2; 5 29; 6 1, 23; 12 1, 26;  
 48 2; 69 3  
 als materielles Verfassungsrecht 12 27  
 aktives und passives 12 51  
 allgemeines 6 3  
 Auslandsdeutsche 12 52  
 Bürger in der DDR 12 52  
 Demokratisierung des 22 25  
 mehrheitsbildendes 54 66  
 Oligarchisierungstendenzen 2 46, 56, 58, 66  
 passives 12 53; 15 82; 16 1  
 Städteaversion 2 44, 46  
**Wahlrechtsprinzipien** 12 28; 13 52  
**Wahlrechtsverletzungen** 13 57  
**Wahlsendungen** 12 12  
**Wahlstatistik** 12 95 ff  
**Wahlssystem** 3 35; 12 31; 37 18  
**Wahltag** 1 36  
**Wahlvereine** 22 13  
**Wahlverfahren** 12 1, 26; 13 54  
**Wahlvolk** 5 44  
**Wahlvorbereitungsurlaub** 15 68  
**Wahlvorbereitungsverfahren** 12 5  
**Wahlvorschläge** 12 49; 21 37; 26 42  
**Wahlvorschlagsrecht** 12 44 f; 18 26 f, 29;  
 21 38  
**Wahlwerbung** 12 9, 12 f, 18  
**Wahlzulassung** 12 44, 50  
**Wechselredeprinzip** 2 108; 22 36  
**Wechselspiel zwischen Regierung und  
 Opposition** 38 19, 58  
**Wehrbeauftragter** 3 45; 15 81; 23 8; 25 19;  
 27 27; 33 30; 34 46; 45 23; 49 65; 51 1,  
 12, 27, 32, 38 ff  
 und Petitionsausschuß 51 36  
 und Wehrverfassung 51 8  
 Amtsbefugnisse 51 21 ff  
 Amtsverhältnis und -dauer 51 17, 19  
 Ausführungsgesetz 51 16  
 Berichte, Berichtspflicht 51 43 ff  
 Entscheidung 51 34  
 Hilfsorgan des Bundestages 51 30  
 Stellvertretung 51 20  
 verfassungsrechtliche Grundlage 51 15  
 Wahl und Ernennung 49 116; 51 18  
 Zuständigkeit 51 30 f  
**Wehrbeschwerdeverfahren** 51 37  
**Wehrpflichtarmee** 51 13  
**Weimarer Koalition** 38 8  
**Weimarer Nationalversammlung** 3 19

- Weimarer Präsidialsystem** 3 32  
**Weimarer Reichsverfassung** 8 6; 14 9; 17 7;  
 38 7; 48 23, 55; 55 9  
**Weimarer Republik** 3 15; 5 9; 8 11, 32; 22 16;  
 26 40; 38 8; 42 13; 48 30; 51 6; 59 3  
**Weimarer Staatsrechtslehre** 38 9  
**Weimarer System** 3 11, 25  
**Werttotalität** 5 10  
**Wesentlichkeitstheorie** 4 49, 57; 9 41, 65  
**Westeuropäische Union** 61 27 ff, 38 ff  
   Ausschüsse 61 35  
   Beschlussfassung 61 45  
   Fraktionen 61 31  
   Gründung 61 29  
   Jahresbericht 61 42  
   Organcharakter 61 28  
   Plenartagungen 61 32  
   Präsidialausschuß 61 34  
   Rechtsgrundlage 61 27  
   Sekretär 61 36  
   Tagungspräsidium 61 33  
   Zusammensetzung 61 30  
   Zuständigkeiten 61 42  
**Westfälischer Friede** 1 26, 29, 87, 118, 121  
**Westminster-Palast** 69 2  
**Widerspruch** 18 16  
**Widerspruchsrecht der Opposition** 38 52  
**Widerstand** 38 2  
**Wiederbewaffnung** 51 10  
**Wiederholungswahl** 14 31  
**Wiener Behörden** 1 131  
**Wiener Reichsratsgebäude** 69 11  
**Willensbildungsprozess, repräsentativer** 5 22  
**Willensbildung**  
   des Volkes 7 91  
   und Kommunikation 32 11  
   innerfraktionelle 22 30  
   politische 21 20  
**Willensbildungs- und Entscheidungs-**  
**prozesse** 38 46  
**Willensbildungsprozess, parlamen-**  
**tarischer** 21 20  
**Wirkungskontrolle bei Gesetzen** 32 52  
**Wirtschaftliche Inkompatibilitäten** 15 89;  
 23 66  
**Wissenschaftliche Dienste** 29 89;  
 49 46, 51 f  
**Wissenschaftliche Dokumentation** 49 52  
**Wissenschaftsfreiheit** 5 53  
**Wormser Edikt** 1 79  
**Wormser Reichstag**  
 1495 1 49  
 1521 1 78  
   Grundurkunden 1 55  
**Wortentziehung** 33 69 f; 34 27, 29, 31 f  
**Worterteilung** 31 116; 33 39  
**Wortmeldung** 33 39  
**Württemberg-Hohenzollern** 69 41  
**Zabern-Affäre** 2 34  
**Zeitausgleichsregeln** 33 28, 53  
**Zeitplan** 28 21  
**Zeitungen** 8 67  
**Zensurmaßnahmen** 8 6  
**Zensuswahlrecht** 5 30; 37 14  
**Zeugnisverweigerungsrecht** 14 28; 15 61  
**Zitierrecht** 4 80; 38 62  
**Ziviler Ungehorsam** 5 68  
**Zugriffverfahren** 28 34; 40 11  
**Zugriff auf Regierungsinformationen** 38 44  
**Zuhörer, Ordnungsmaßnahmen gegen**  
 34 53  
**Zusammenschlüsse, informelle** 37 60  
**Zusatzentschädigung** 16 51, 96  
**Zustimmungsgesetze** 30 7 f, 41 f, 45 f  
**Zustimmungsrecht des Bundesrates** 30 45  
**Zutrittsrecht** 20 14, 23; 36 24; 58 31 ff  
**Zweidrittelmehrheit** 31 90; 38 42; 60 13, 22  
**Zweigruppensystem** 38 13  
**Zweikammersystem** 3 5  
**Zweiparteiensystem** 38 12  
**Zweite Kammer** 30 3  
**Zweite Lesung** 30 37  
**Zweite Wahlphase** 26 13  
**Zweiter Koalitionskrieg** 1 140  
**Zweites Reichsregiment** 1 80  
**Zweitstimme(nsystem, -wahl)** 12 34, 60  
**Zeitstimmenergebnis** 12 68, 70, 73  
**Zwischenbericht** 40 70  
**Zwischenfrage** 33 39  
**Zwischenruf(e)** 33 39; 35 10; 36 62  
**Zwischenstaatliche Versammlungen**  
 61 1, 112 f, 118, 122, 127  
**Zwischenwahlkampf** 12 7